

Integriertes Sozialprogramm (ISP)

Jahresbericht 2011



Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	1
Allgemeine Vorbemerkungen	4
Kooperationsgremium	5
Angebotsbereiche	6
Finanzierungsrahmen	6
Darstellung der Angebotsbereiche	7
Einleitung	7
Angebotsbereich 0.1 Spitzenverbandsförderung (Zentrale Aufgaben)	8
Beschreibung der wesentlichen Aufgaben und Ziele im Angebotsbereich Zentrale Aufgaben	8
Erstellung der Jahresplanung im Angebotsbereich Zentrale Aufgaben	9
Auflistung aller geförderten Projekte mit Projektsummen im Angebotsbereich Zentrale Aufgaben	10
Projektübersicht im Angebotsbereich Zentrale Aufgaben	11
Angebotsbereich 1.1.1 – Mobilitätshilfedienste	22
Vorbemerkungen	22
Leistungsdaten	22
Angebotsbereich 1.1.2 – Psychogeriatrische Projekte	28
MenschenKind	28
Pflege in Not	30
Fachstelle für pflegende Angehörige	32
Angebotsbereich 1.1.3 – Landesseitige Pflegestützpunkte	34
Allgemeines	34
Ziele	34
Zielgruppen	34
Aufgaben	35
Finanzierung/ Ressourcen	35
Leistungen 2011	36
Bewertung und Ausblick	39
Angebotsbereich 1.1.4 – Beratungsstelle der Jüdischen Gemeinde für Ältere und Menschen mit Behinderungen	40
Allgemeines	40
Ziele	40
Zielgruppe	40
Aufgaben	40
Finanzierung/Ressourcen	40
Leistungen 2011	40

Ausblick und Bewertung des Projekts	41
Angebotsbereich 1.1.5 – Fachberatungsstellen Altenhilfe	42
Angebotsbereich 1.2.1 – Hospize	45
Zentrale Anlaufstelle Hospiz (ZAH)	45
Geschäftstelle des Hospiz- und PalliativVerbandes Berlin e.V. (HPV Berlin)	47
Angebotsbereich 2.1 – Selbsthilfeprojekte für Senioren, für Menschen mit Behinderung und für Sonstige	50
Allgemeiner Überblick	50
Zusammenfassende Darstellung der Daten für 2.1.1	50
Zusammenfassende Darstellung der Daten für 2.1.4	52
Zusammenfassende Darstellung der Daten für 2.1.5	53
Angebotsbereiche 2.2 – Ehrenamtliche Besuchsdienste und Allgemeine ehrenamtliche Tätigkeiten	55
Allgemeiner Überblick	55
Entwicklungen in den Angebotsbereichen	55
Zusammenfassende Darstellung der Leistungsdaten für 2.2.1	55
Zusammenfassende Darstellung der Leistungsdaten für 2.2.2	58
Zusammenfassende Darstellung der Leistungsdaten für 2.2.4	60
Zusammenfassende Darstellung der Leistungsdaten für 2.2.5	61
Angebotsbereiche 3.1.2, 3.1.5 und 3.1.6	64
Allgemeiner Überblick	64
Entwicklung im Angebotsbereich	64
Angebotsbereich 3.1.2 - Datenbank für Menschen mit Behinderung	65
Angebotsbereich 3.1.5 - Wohnplatzvermittlung und Beratung für Menschen mit	66
Allgemeiner Überblick	66
Angebotsbereich 3.1.6 – Treffpunkt für Menschen mit Behinderung	68
Angebotsbereich 3.2.1 - Beratungsangebote für Menschen mit Behinderung	69
Allgemeiner Überblick	69
Entwicklung im Angebotsbereich	69
Leistungen	70
Fachstelle Migration und Behinderung	71
Angebotsbereich 3.2.2 – Kontakt- und Beratungsstelle	72
Allgemeiner Überblick	72
Leistungen	72
Angebotsbereich 3.3.1 – Freizeitangebote für Menschen mit Behinderung	73
Allgemeiner Überblick zum Angebotsbereich	73
Entwicklung im Angebotsbereich	74

Angebotsbereich 4.1 – Angebote der Wohnungslosenhilfe	75
I. Vorbemerkung zur Auswertung 2011	75
Ergebnisse	76
II. Soziodemographische Daten	78
III. Probleme in Rangfolge	83
IV. Darstellung der wichtigsten Leistungen und Ergebnisse	84
Bewertung SenSoz	84
Angebotsbereich 4.2 Straffällige, Haftentlassene	86
I. Vorbemerkung zur Auswertung 2011	86
II. Soziodemographische Daten	87
III. Probleme in Rangfolge	93
IV. Darstellung der Leistungen und Ergebnisse	94
Bewertung SenSoz	95
Angebotsbereich – 4.3.3 Überschuldete	96
Allgemeiner Überblick	96
Entwicklungen	97
Zusammenfassende Darstellung der Leistungsdaten	97
Angebotsbereich 5.1.1 – Migrantensozialdienste	99
Wesentliche Aufgaben und Ziele im Angebotsbereich	99
Ergebnisse der Arbeiten in den Projektgruppen	100
Leistungen	100
Anhang: Förderung ISP 2011 - Projektübersicht	107

Allgemeine Vorbemerkungen

Mit Beginn des Jahres 2011 übernahm die für Soziales zuständige Senatsverwaltung (zum damaligen Zeitpunkt Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales; zur besseren Lesbarkeit wird im Folgenden grundsätzlich auf die seit Januar 2012 zuständige Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales verwiesen) die Verantwortung für die Förderung und Weiterentwicklung gesamtstädtischer Projekte der sozialen Versorgung vom Berliner Landesverband der Arbeiterwohlfahrt und dem Deutschen PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverband, die diese Aufgaben als Beliehene unter Beitritt der GbR „Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege“ zuletzt von 2005 bis 2010 wahrgenommen hatten.

Damit wird für das Jahr 2011 erstmalig durch die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales ein Jahresbericht zum Leistungsgeschehen in den geförderten Angebotsbereichen des Integrierten Sozialprogramms (ISP) vorgelegt.

Das erste Jahr nach der Übernahme der o.g. Aufgaben war geprägt von den neuen Rahmenbedingungen. Das Land Berlin und die Wohlfahrtsverbände haben sich mit dem Abschluss des Rahmenfördervertrages und der Kooperationsvereinbarung¹ zur Umsetzung des Integrierten Sozialprogramms u.a. auf Grundlagen der weiteren partnerschaftlichen Zusammenarbeit, auf Zielbereiche und übergreifende Themenfelder, die für die Weiterentwicklung der sozialen Angebotsstruktur leitend sind, und auf die geförderten Angebotsbereiche verständigt. Darüber hinaus erfolgte für das ISP und die Spitzenverbandsförderung eine landesseitige Förderzusage über insgesamt 12.919.000,- €/Jahr bis 2015.

Um dieses Regelwerk mit Leben zu füllen war es erforderlich, dass sich sowohl die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales als auch die Wohlfahrtsverbände mit ihren neuen Rollen auseinandersetzen. Dieser Prozess war mühsam und führte insbesondere im Zusammenhang mit der Abstimmung der Finanzierungsplanung für 2012 zu erheblichem Klärungsbedarf und zu zielführenden Diskussionen im Kooperationsgremium.

Für die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales bedeutete dies auch, zunächst unter hohem Zeitdruck eine funktionierende Infrastruktur zur Sicherstellung der Zuwendungsverfahren aufzubauen. Dies erfolgte in enger Kooperation mit dem Landesamt für Gesundheit und Soziales, das die Aufgaben der Bewilligungsstelle im ISP übernommen hat, während der fachlich – inhaltliche Bereich durch die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales abgedeckt wird. Vorrangiges Ziel war es dabei, eine größtmögliche Kontinuität in den Zuwendungsverfahren sicherzustellen, um den geförderten Projekten die reibungslose Fortführung ihrer Arbeit zu ermöglichen und Planungssicherheit herzustellen. Darüber hinaus wurde damit begonnen, sich einen vertieften Überblick über die Projektstrukturen zu verschaffen. Dies erfolgte im Rahmen der fachlichen Begleitung hauptsächlich durch Projektbesuche, Sichtung von Konzeptionen und Gesprächen.

Kooperationsgremium

Das Kooperationsgremium ist das zentrale Gremium der Zusammenarbeit zwischen den Verbänden und der Senatsverwaltung. Es wird von beiden Vereinbarungspartnern des Rahmenfördervertrages paritätisch besetzt und dient im Wesentlichen der Abstimmung von Arbeitsschwerpunkten und der jährlichen Finanzplanung. Darüber hinaus unterrichten sich die Vereinbarungspartner regelmäßig zum Stand der Umsetzung der Arbeits- und Finanzierungsplanung.

Im Berichtsjahr tagte das Kooperationsgremium viermal. Thematische Schwerpunkte lagen in der Konstituierung des Gremiums (Abstimmung der Geschäftsordnung, Benennung von Vertretern etc.), Klärung von zuwendungsrechtlichen Grundsatzfragen, Unterrichtung zum Stand der Vertragsumsetzung (z.B. Veränderungen gegenüber der Finanzplanung) und der Beginn der Fortschreibung einer Arbeits- und Finanzplanung für 2012.

¹ - Land Berlin vertreten durch die damaligen Senatsverwaltungen für Integration, Arbeit und Soziales, sowie für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz,

- Wohlfahrtsverbände: Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V., Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V., Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e.V., Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Berliner Rotes Kreuz e.V., Diakonisches Werk Berlin - Brandenburg - schlesische Oberlausitz e.V. und Jüdische Gemeinde zu Berlin, Körperschaft des Öffentlichen Rechts

- Rahmenfördervertrag einsehbar unter: <http://www.berlin.de/sen/soziales/vertraege/rahmenfoerdervertrag/index.html>

Angebotsbereiche

Im Jahr 2011 wurden 117 gesamtstädtische Projekte (ohne den Angebotsbereich Zentrale Aufgaben) gefördert, die sich wie folgt auf fünf übergeordnete Angebotsbereiche verteilen:

1. Altenhilfe: 38 Projekte
2. Ehrenamt und Selbsthilfe: 26 Projekte
3. Menschen mit Behinderung: 31 Projekte
4. Wohnungslose und Haftentlassene: 18 Projekte (einschließlich 1 Projekt Schuldner- und Insolvenzberatung)
5. Migrantensozialdienste: 4 Projekte

Eine detaillierte Übersicht ist dem Anhang zu entnehmen.

Finanzierungsrahmen

Entsprechend der im Rahmenfördervertrag erfolgten landesseitigen Finanzierungszusage standen im Berichtsjahr insgesamt 12.919.000,--€ zur Verfügung. Davon waren gem. Festlegung im Rahmenfördervertrag 3.300.000,--€ für die Spitzenverbandsförderung einzusetzen. Darüber hinaus standen einmalig zusätzliche Mittel zur Verfügung, um einen entsprechenden Mehrbedarf in 2011 zu decken. Dieser entstand zuvor im alten Liga-Vertrag Soziales (bis 2010) und wurde durch die Möglichkeit der Übertragung nicht verbrauchter Mittel in das Folgejahr bis in das Jahr 2011 vorgetragen. Letztendlich konnte in 2011 ein Fördervolumen i.H.v. 13.051.638,74,-- € sichergestellt werden. Die Rückführung der Finanzplanung 2012 auf das o.g. Vertragsvolumen stellte für die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales und den Abstimmungsprozess im Kooperationsgremium eine erste große Herausforderung dar.

Die Mittel verteilten sich wie folgt auf die o.g. Angebotsbereiche:

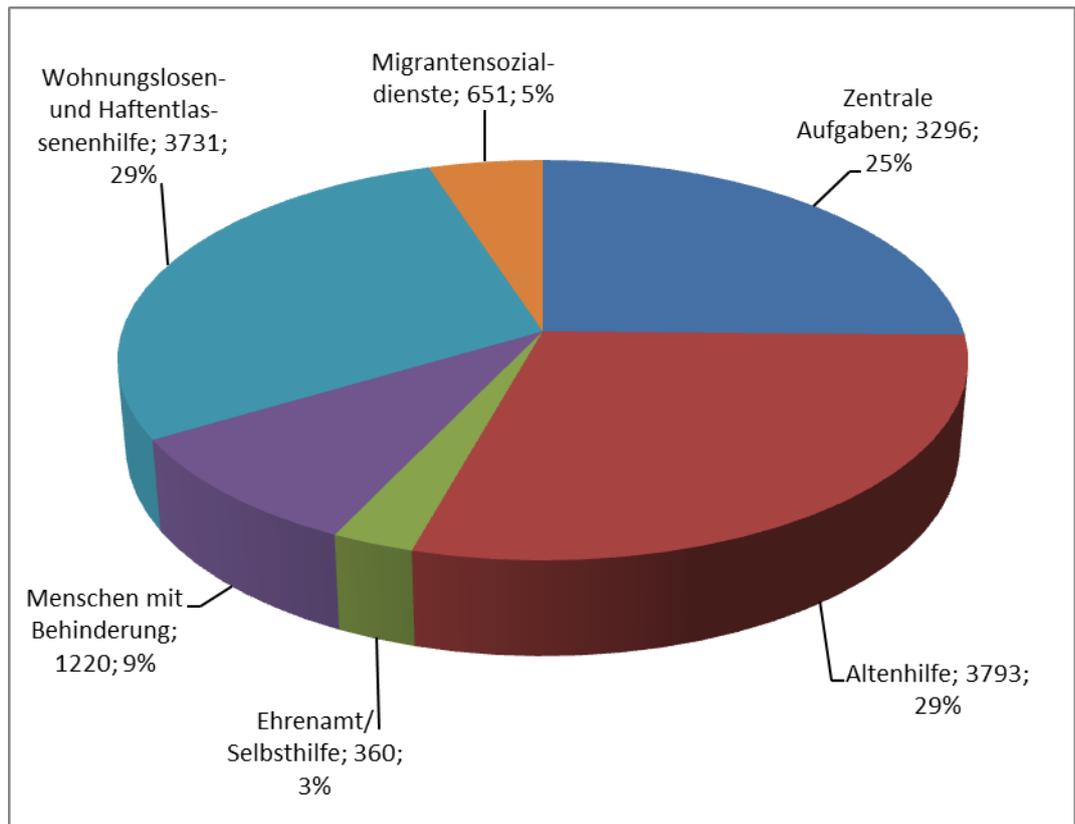


Abb.: Verteilung der Fördermittel in T€ und % auf die Angebotsbereiche

Mit jeweils rund 29% sind die größten Teile der Mittel in die Angebotsbereiche Altenhilfe (rund 3.793.000,-- €) und Wohnungslose/ Haftentlassene (rund 3.731.000,--€) geflossen. Im Bereich Zentrale Aufgaben erhielten die Wohlfahrtsverbände rund 25 % der Mittel (rund 3.296.000,-- €). Weitere Mittel fließen in die Bereich Menschen mit Behinderung rund (9% = 1.220.000,-- €), Migrantensozialdienste (rund 5% = 651.000,-- €) und Ehrenamt/ Selbsthilfe (rund 3% = 360.000,-- €).

Durch den für das Integrierte Sozialprogramm vertraglich bis 2015 festgeschriebenen jährlichen Finanzierungsrahmen in Höhe von 12.919.000,-- € (ISP und Spitzenverbandsförderung) erfordert die Finanzierung von Angebotsausweitungen und neuen Projekten grundsätzlich Einsparungen an anderer Stelle im Integrierten Sozialprogramm.

Darstellung der Angebotsbereiche

Einleitung

Im folgenden wird ein Überblick über die einzelnen Angebotsbereiche gegeben. Neben allgemeinen Ausführungen zur Ausrichtung der Projekte einschließlich der Ziele der Angebote werden auch die vorrangigen Zielgruppen benannt und teilweise Hinweise auf die Entwicklung in den letzten Jahren gegeben. Eine wichtige Grundlage für die Ausführungen bilden die Sachberichte der Projekte. Darüber hinaus fließen auch Erkenntnisse aus den 2011 begonnenen Projektbegleitungen und Ergebnisse aus den Projektgruppen, die vom Kooperationsgremium für jeden Angebotsbereich eingesetzt worden sind, ein.

Bei der Auswertung der Sachberichte wurden, wie in den vergangenen Jahren, in einigen Bereichen erneut externe Dienstleister mit der Auswertung von Leistungsdaten beauftragt. Für den Bereich der

Mobilitätshilfedienste (Angebotsbereich 1.1.1) basieren die Aussagen auf den Ergebnissen der BBI Gesellschaft für Beratung Bildung Innovation mbH. Die Qualitätsgemeinschaft Soziale Dienste e.V. hat ihre Ergebnisse für den Angebotsbereich 4.1 und die BBI Gesellschaft für Beratung Bildung Innovation mbH für den Angebotsbereich 4.2 in Kurzberichten zusammengefasst, die in den entsprechenden Abschnitten wiedergegeben werden.

Angebotsbereich 0.1 Spitzenverbandsförderung (Zentrale Aufgaben)

Beschreibung der wesentlichen Aufgaben und Ziele im Angebotsbereich Zentrale Aufgaben

Die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege im Land Berlin sind Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V., Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V., Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e.V., Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Berliner Rotes Kreuz e.V., Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V. und die Jüdische Gemeinde zu Berlin.

Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege sind ein integraler Bestandteil des Systems der sozialen Sicherung im historisch gewachsenen Sozialstaat. Durch die Gesetzgebung ist den Trägern der Sozialhilfe nicht nur der Schutz dieser Funktion, sondern vor allem Förderung, Zusammenarbeit und unter bestimmten Voraussetzungen der Verzicht auf eigene Einrichtungen und Veranstaltungen aufgegeben (vgl. § 17 SGB I, §§ 4, 71, 74, 78 und 80 SGB VIII, § 13 Abs. 6 SGB IX, §§ 4 und 5 SGB XII). Darüber hinaus können die Träger der Sozialhilfe die Durchführung eigener Aufgaben den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege übertragen (§ 5 Abs. 2 SGB XII).

Grundlegender Bestandteil im Zusammenwirken von Träger der Sozialhilfe und Freier Wohlfahrtspflege ist die Selbstständigkeit der Wohlfahrtsverbände bei der Zielsetzung und der Durchführung ihrer Aufgaben (§ 5 Abs. 2 Satz 2 SGB XII).

Im Rahmen der sog. Zentralen Aufgaben erbringen die Spitzenverbände vorrangig Leistungen gegenüber angeschlossenen Organisationen und Projekten vor Ort. Hierbei handelt es sich insbesondere um Steuerungs-, Informations-, Koordinations- und Beratungsdienstleistungen, Erfahrungsaustausch sowie Vertretungsleistungen. Gleichzeitig nehmen die Spitzenverbände die Funktion des Ansprechpartners für Verwaltung und Politik auf der Landesebene wahr. Dies erfolgt zum Teil auf vertraglicher und gesetzlicher Basis.

Als gesamtstädtisch wirkende soziale Steuerungsinstanzen tragen sie darüber hinaus zur Bewältigung sozial- und gesundheitspolitischer Handlungserfordernisse und zur Weiterentwicklung und Effizienzsteigerung im Bereich sozialer Dienstleistungen bei. Bei der Erbringung ihrer Dienstleistungen sind die Verbände deshalb grundsätzlich an denselben Leitkriterien wie andere Leistungserbringer zu messen (Fachlichkeit, Wirtschaftlichkeit, Qualität, Bedarfsorientierung).

Ziele, Aufgaben und Leistungen wurden in § 5 Rahmenfördervertrag in Verbindung mit § 3 Abs. 8 Kooperationsvereinbarung zur Umsetzung des Integrierten Sozialprogramms am 16.12.2010 von der LIGA und der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (fachlicher Nachfolger: Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales) festgelegt.

Durch die Spitzenverbandsförderung auf Grundlage des § 5 Abs. 3 SGB XII unterstützt die für Soziales zuständige Senatsverwaltung die Freie Wohlfahrtspflege bei der:

- aktiven Gestaltung der sozialen Arbeit im Land Berlin,
- Mitwirkung an der Herstellung einer zeit- und bedarfsgerechten gesundheitlichen und sozialen Versorgung,
- Verhinderung und Reduzierung sozialer Benachteiligung, Ausgrenzung und Not,
- interkulturellen Öffnung, Förderung der ehrenamtlichen Arbeit und des gesellschaftlichen Engagements sowie weiteren Querschnittsthemen und
- sozialpolitischen Begleitung und Beförderung der Umsetzung landespolitischer Maßnahmen.

Die weitere Konkretisierung ergibt sich aus Anlage 1 des Vertrages.²

Erstellung der Jahresplanung im Angebotsbereich Zentrale Aufgaben

Die o. g. festgelegten Ziele und Aufgaben bilden die Referenzebene, an der sich die Spitzenverbandsförderung im Bereich der sog. Zentralen Aufgaben nachweisbar zu orientieren hat. Die Vereinbarungspartner sollen verbandsübergreifende sowie die verbandsbezogene Arbeitsschwerpunkte im Rahmen der Spitzenverbandsförderung zu verfolgenden Ziele abstimmen (§ 3 Absatz 8 KoopV ISP).

Dies geschieht von Seiten der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales mit der Ermittlung fachpolitischer Ziele, welche regelmäßig den Spitzenverbänden mit der Bitte um Berücksichtigung im Rahmen der Jahresplanung der Projekte zugeleitet wird.

Die im Rahmen einer Projektförderung von der Senatsverwaltung vergebene Spitzenverbandsförderung korrespondiert mit den traditionellen Fachgebieten der sozialen und gesundheitlichen Arbeit, wie z. B. Altenhilfe, Behindertenhilfe, Gesundheitsvorsorge, Wohnungslosenhilfe, Migration etc. und übergeordneten Arbeitsfeldern wie Organisationsentwicklung, Qualitätsmanagement, Interkulturelle Öffnung und unterstützende Infrastruktur. Diese Arbeitsfelder sind in den Organisationseinheiten bzw. Geschäftsfeldern der Spitzenverbände abgebildet.

Für jedes Geschäftsfeld bzw. jede Organisationseinheit erstellen die Spitzenverbände eine Scorecard (Geschäftsfelder, Einzelübersicht, Jahresvorhaben, Stellenplanung). Diese beruhen auf Rahmenplanungen und Rahmenvorgaben des Landes und berücksichtigen bundes- und landesrechtliche Vorgaben, aktuelle Entwicklungen und strategische Vorgaben der Spitzenverbände. Die Bearbeitung geeigneter verbandsübergreifender Themenstellungen wird zwischen den Verbänden abgestimmt, um Synergieeffekte zu erzielen und den effizienten Einsatz der zur Verfügung stehenden Ressourcen zu gewährleisten.

² Anlage 1 zum RFV formuliert allgemeine wohlfahrtspflegerische Ziele der Verbände. Sie widerspiegelt den gegenwärtigen Zielkatalog der Verbände und ist für die Zukunft offen.

Die Scorecards und die darauf beruhende Sachberichtserstattung liefern dem Land Berlin, vertreten durch die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, wichtige Informationen über die Arbeit der Wohlfahrtsverbände.

Unter Berücksichtigung der Unabhängigkeit der Wohlfahrtsverbände ist ein beratender Einfluss der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales auf die verbandsbezogenen Arbeitsschwerpunkte fachlich sinnvoll. Dies soll u. a. durch die schwerpunktmäßige Umsetzung/Überprüfung der sog. „Allgemeinen wohlfahrtspflegerischen Ziele“, welche als Anlage 1 den Rahmenfördervertrag ergänzt, erfolgen.

Dieser Wunsch einer Optimierung der bestehenden Projektgestaltung, u. a. auf Grundlage des Rahmenfördervertrages und der dazugehörigen Anlage 1, durch die Ergänzung um aktuelle fachpolitische Bedarfe, selbstverständlich unter Wahrung der verbandlichen Autonomie, wurde im Jahr 2011 zwischen den Verbänden und der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales beraten.

Die o. g. Erläuterungen beschreiben die Prozesse der operativen Steuerung der Projekte im Rahmen der Spitzenverbandsförderung und stellen die übergreifende Funktion der Spitzenverbände im Rahmen der gemeinsamen Aussteuerung der drei Förderprogramme (ISP, IGP und IFP STZ) und deren Angebotsbereiche dar.

Auflistung aller geförderten Projekte mit Projektsummen im Angebotsbereich Zentrale Aufgaben

Insgesamt wurden im Rahmen der Förderung der Spitzenverbandsarbeit im Bereich der sog. Zentralen Aufgaben Fördermittel in Höhe von 3.268.008,65 € eingesetzt. Hierfür wurden insgesamt sechs Förderprojekte der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Berlin gefördert.

Die Zuwendungen werden als Projektförderungen vergeben, die in Form einer Festbetragsfinanzierung eine bedarfsbezogene finanzielle Förderung von Personalkosten vorsieht. Die Verbände bringen Eigenmittel in Form von sog. Pauschalen Sachkosten (in Anlehnung an eine Empfehlung der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement) ein.

	2007	2008	2009	2010	2011
Anzahl Projekte	6	6	6	6	6
Zuwendungssumme (in Euro)	3.729.049,87	3.362.602,93	3.308.724,60	3.322.553,07	3.268.008,65

Quellen: 2007 bis 2010: Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege,

2011: Landesamt für Gesundheit und Soziales

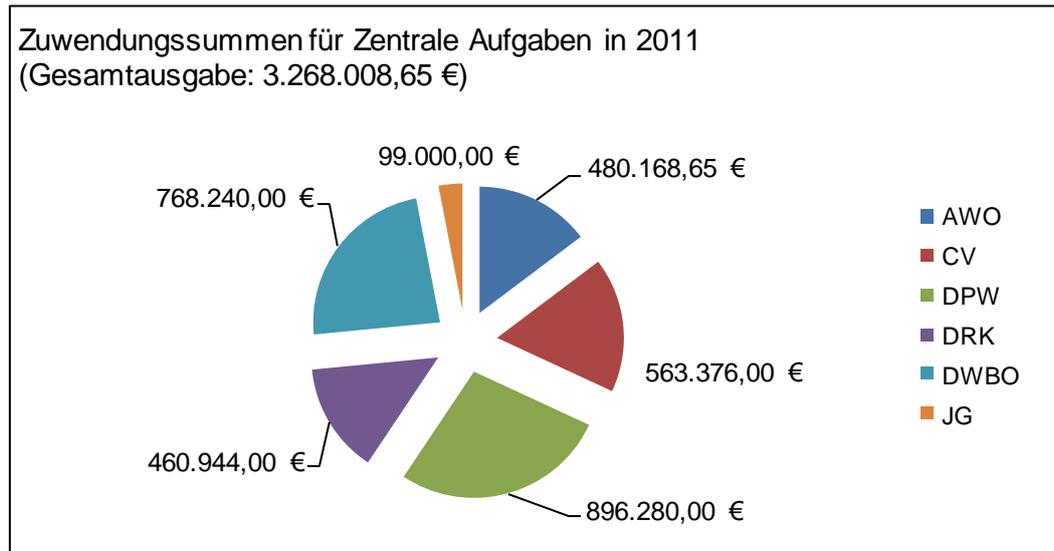
Gefördert Projekte:

- Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V. (AWO)
- Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V. (CV)

- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e.V. (DPW)
- Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Berliner Rotes Kreuz e.V. (DRK)
- Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V. (DWBO)
- Jüdische Gemeinde zu Berlin (JG)

AWO ³	CV	DPW	DRK	DWBO	JG
480.168,65 €	563.376,00 €	896.280,00 €	460.944,00 €	768.240,00 €	99.000,00 €

Quelle: Landesamt für Gesundheit und Soziales, Stand: 31.12.2011



Quelle: Landesamt für Gesundheit und Soziales, Stand: 31.12.2011

Über die o. g. Fördermittel hinaus, erhielt das Diakonische Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz Fördermittel in Höhe von 27.560,44 Euro für die ergänzende statistische Auswertung von Daten und Einzeldiensten in den Zielgruppen 4.1 und 4.2 (Wohnungslosen- und Haftentlassenenhilfe).

Projektübersicht im Angebotsbereich Zentrale Aufgaben

Im ersten Jahr nach der Rückholung der Treuhandverträge (Ligavertrag Soziales, Integrierter Gesundheitsvertrag, Stadtteilzentrumsvertrag) in die Regie des Landes Berlin, stand die neue Rollenverteilung zwischen Senatsverwaltung und Wohlfahrtsverbänden im Blickpunkt. Der Bereich Zentrale Aufgaben nahm hierbei, aufgrund der direkten Förderung der Wohlfahrtsverbände, eine wesentliche Rolle ein.

Die anstehenden Aufgaben des Angebotsbereiches Zentrale Aufgaben werden im Rahmen der Arbeitsgruppe Spitzenverbandsförderung besprochen (vgl. § 5 Rahmenfördervertrag in Verbindung mit § 3 Abs. 8 Kooperationsvereinbarung Integriertes Sozialprogramm).

³ Mit der genannten Summe wurden im Jahr 2011 weniger Personalkosten abgerechnet als ursprünglich in der Jahresplanung angesetzt, da bestimmte Personalkostenanteile im Rahmen des anhängigen Insolvenzverfahrens von anderen Leistungsgebern übernommen wurden.

Im Jahr 2011 fand am 10.05.2011 die konstituierende Sitzung der Arbeitsgruppe statt. Eine weitere Sitzung erfolgte am 13.09.2011. Themen waren u. a. Optimierung der Projektbeschreibung (Einbindung von Schwerpunktthemen in die Jahresplanung der Wohlfahrtsverbände), Festlegung zur Art der Finanzierung und Eigenmittelbeteiligung der Wohlfahrtsverbände (pauschale Sachkosten), Mitteilung zu fachlichen Zielen der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales sowie organisatorische Verabredungen im Rahmen der Antragstellung.

Im Rahmen der Projektübersicht werden nachfolgend die durch jeden Wohlfahrtsverband für 2011 festgelegten Geschäftsfelder in Form eines Organigramms aufgeführt. Aus Gründen der Barrierefreiheit erfolgt für jede Übersicht zu den Geschäftsfeldern eine kurze schriftliche Einleitung.

Die von den Wohlfahrtsverbänden für jedes Geschäftsfeld eingereichte Sachberichtserstattung wurde vom zuständigen Fachbereich der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales überprüft. Die Darstellung der verbandlichen Aktivitäten ist äußerst umfangreich und würde den Rahmen dieses Berichtes überschreiten. Etwaiger Ergänzungs- und Erläuterungsbedarf wurde von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales jedem Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege mitgeteilt.

Ergänzend wurde auf Basis der Sachberichtserstattung, und den von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales den Wohlfahrtsverbände hierzu übermittelten Hinweisen, zwei ergänzende Fragen mit Rückblick auf das Jahr 2011 und zur Aussicht für das Jahr 2012 gestellt. Die Fragen lauteten:

Welche beiden Maßnahmen, Entwicklungen, Initiativen etc. im Bereich der Spitzenverbandsförderung (Zentrale Aufgaben), die durch den Wohlfahrtsverband erfolgreich ausgeführt, begleitet und/oder initiiert wurde, sind für den Rückblick auf das Jahr 2011 besonders hervorzuheben.

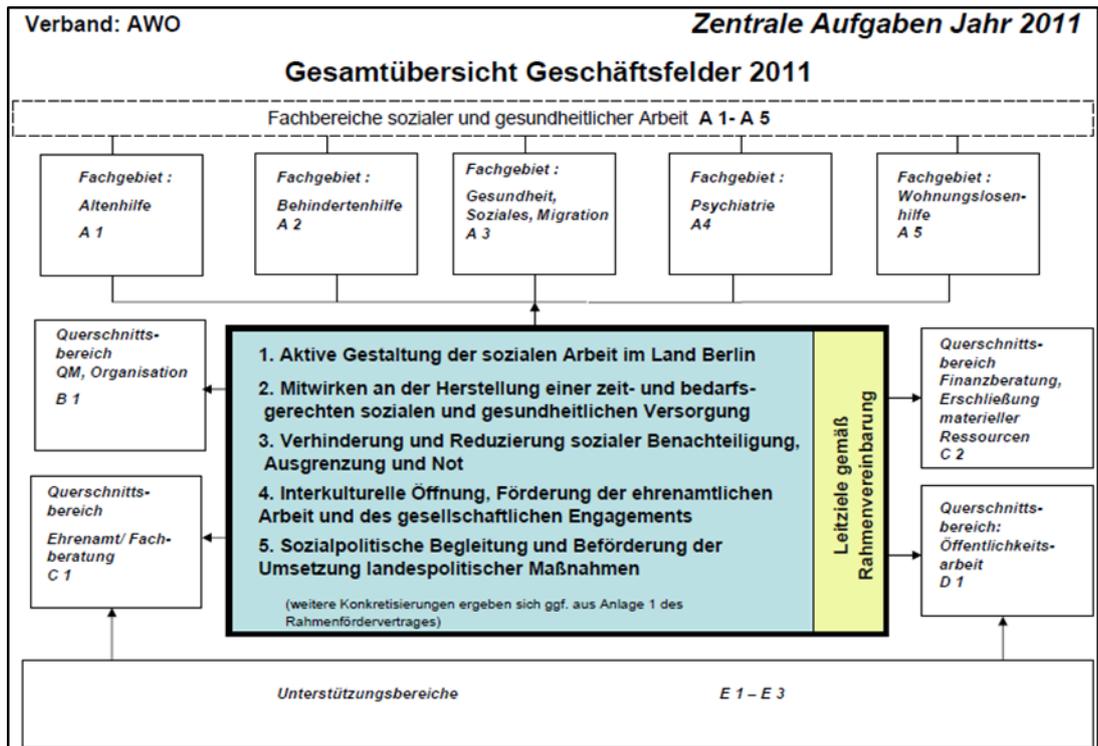
Welche/s Problem, Hindernis, Maßnahme etc. im Bereich der Spitzenverbandsförderung (Zentrale Aufgaben), war für den Wohlfahrtsverband die größte Herausforderung im Jahr 2011 und steht ggf. auch in darauffolgenden Jahren auf der Tagesordnung.

Für jeden teilnehmenden Wohlfahrtsverband wurde auf Basis der eingereichten Rückmeldungen eine Ergänzung der Leistungsbilanz vorgenommen (jeweils im Anschluss an die grafische Übersicht zu den Geschäftsfeldern).

Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V.

Die Fachbereiche sozialer und gesundheitlicher Arbeit der AWO umfassten im Jahr 2011 die Fachgebiete Altenhilfe, Behindertenhilfe, Gesundheit/Soziales/Migration, Psychiatrie und Wohnungslosenhilfe. Die Querschnittsbereiche bildeten u. a. Qualitätsmanagement, Organisation, Finanzen, Ehrenamt/Fachberatung und Öffentlichkeitsarbeit ab.

Inklusive der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Unterstützungsbereichen waren durchschnittlich 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit unterschiedlicher tariflicher Bewertung (Vollzeitäquivalent ca. 11,16 Stellen) mit der Durchführung der Projektaufgaben betraut. Für die Finanzierung dieser Stellen wurden von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Personalkosten in Höhe von 480.168,65 € übernommen.



Quelle: Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V.

In der Verbandsentwicklung benannte die Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V. nachfolgende Arbeitsschwerpunkte die in 2011 bearbeitet wurden und in 2012 ebenfalls aktuell sind, welche sich auf alle Aufgabenfelder der Spitzenverbandsarbeit beziehen:

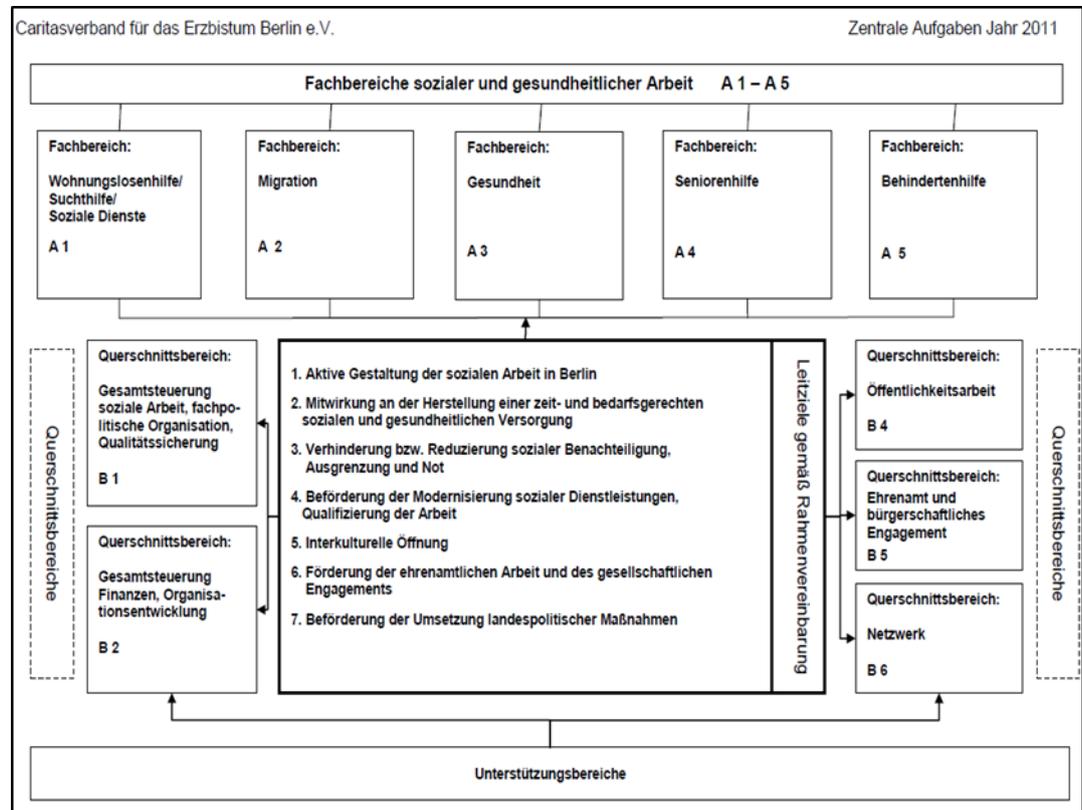
- Die Implementierung des Prinzips der sozialen Inklusion in konzeptionelle Überlegung für die durch die AWO betreuten Zielgruppen und Umsetzung in praktische Handlungsfelder bei den angeschlossenen Trägern und Einrichtungen.
- Die Entwicklung einer Umsetzungsstrategie für die Transparenzkriterien der Initiative *Transparente Zivilgesellschaft* (Schaffung der Voraussetzungen für den Handlungsvollzug);
- Der Aufbau eines Qualitätsmanagementsystems nach DIN ISO 9001 und AWO Qualitätskriterien, ist beim Landesverband der AWO weitgehend abgeschlossen. Im Dezember 2012 ist die Zertifizierung durch die Deutsche Gesellschaft zur Zertifizierung von Managementsystemen (DQS GmbH), einem staatlich anerkannten Zertifizierer und AWO-Auditoren geplant. Im Anschluss ist die Begleitung der Entwicklungs- und Umsetzungsprozesse bei den Gliederungen der AWO in Berlin und – wenn gewünscht – bei den kooperativen Mitgliedern des Verbandes vorgesehen.

Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.

Die Fachbereiche sozialer und gesundheitlicher Arbeit des CV umfassten im Jahr 2011 die Fachgebiete Wohnungslosenhilfe/Suchthilfe/Soziale Dienste, Migration, Gesundheit, Seniorenhilfe und Behindertenhilfe. Die Querschnittsbereiche bildeten u. a. Qualitätsmanagement, Finanzen, Organisation, Öffentlichkeitsarbeit, Ehrenamt/Bürgerschaftliches Engagement und Netzwerk ab.

Inklusive der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Unterstützungsbereichen waren durchschnittlich 28 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit unterschiedlicher tariflicher Bewertung (Vollzeitäquivalent ca. 12,25 Stellen) mit der Durchführung der Projektaufgaben betraut. Für die

Finanzierung dieser Stellen wurden von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Personalkosten in Höhe von 563.376,00 € übernommen. Aufgrund seiner tarifvertraglichen Verpflichtungen übernahm der CV einen darüber hinausgehenden Anteil in Höhe von 41.080,47 €.



Quelle: Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.

Für alle Fach- und Querschnittsbereiche ist ein ausführlicher Sachbericht eingereicht worden. Auf dessen Grundlage ist für das Jahr 2011 festzustellen, dass mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen (ca. 0,30 bis 0,75 Stellenanteilen pro Fachgebiet) umfangreiche Steuerungs-, Informations-, Koordinations-, Beratungsdienst- und Vertretungsleistungen wahrgenommen wurden.

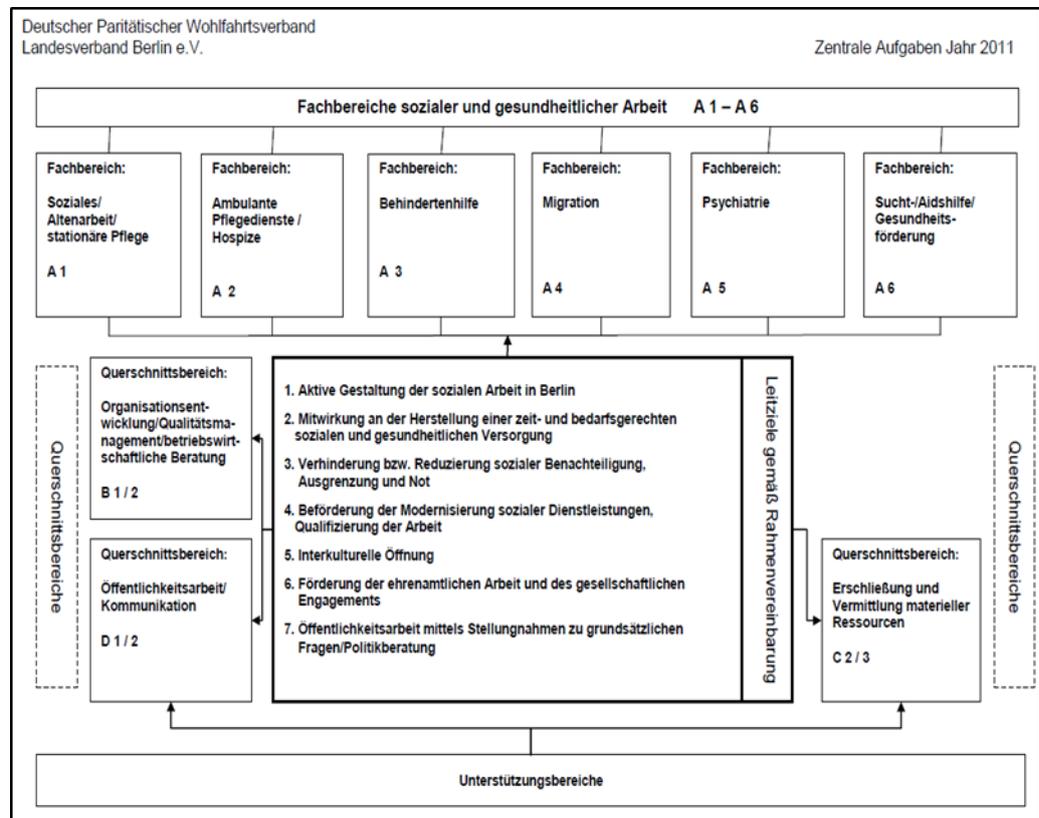
Eine Rückmeldung des Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V. zu besonders hervorzuhebenden Entwicklungen und Initiativen für das Jahr 2011 sowie bedeutsamen Problemen und Maßnahmen im Jahr 2012 ging nicht rechtzeitig für eine Veröffentlichung im Rahmen dieser Berichterstattung ein.

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e.V.

Die Fachbereiche sozialer und gesundheitlicher Arbeit des DPW umfassten im Jahr 2011 die Fachgebiete Soziales/Altenarbeit/stationäre Pflege, Ambulante Pflege/Hospize, Behindertenhilfe, Migration, Psychiatrie und Sucht-/Aidshilfe/Gesundheitsförderung. Die Querschnittsbereiche bildeten u. a. Organisationsentwicklung/Qualitätsmanagement, Öffentlichkeitsarbeit/Kommunikation, Erschließung und Vermittlung materieller Ressourcen ab.

Inklusive der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Unterstützungsbereichen waren durchschnittlich 22 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit unterschiedlicher tariflicher Bewertung (Vollzeitäquivalent ca. 16,58 Stellen) sowie mehrere Honorarkräfte (Honorarkosten rd. 49.820,00 €) mit der Durchführung der Projektaufgaben betraut. Für die Finanzierung dieser Stellen wurden von

der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Personal- und Honorarkosten in Höhe von insgesamt 896.280,00 € übernommen.



Quelle: Deutscher Paritätische Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e.V.

Für alle Fach- und Querschnittsbereiche ist ein ausführlicher Sachbericht eingereicht worden. Auf dessen Grundlage ist für das Jahr 2011 festzustellen, dass mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen (ca. 0,50 bis 0,90 Stellenanteilen pro Fachbereich und ca. 1,15 bis 1,80 Stellenanteilen pro Querschnittsbereich) umfangreiche Steuerungs-, Informations-, Koordinations-, Beratungsdienst- und Vertretungsleistungen wahrgenommen wurden.

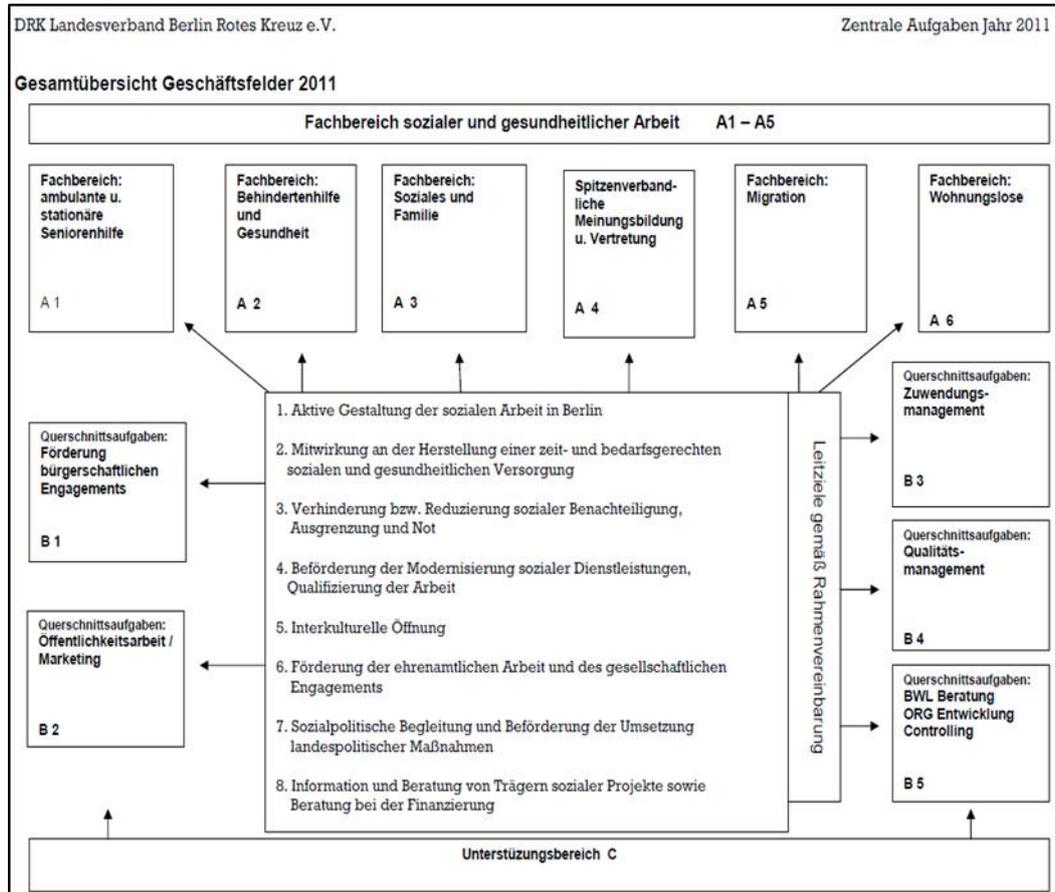
Eine Rückmeldung des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e.V. zu besonders hervorzuhebenden Entwicklungen und Initiativen für das Jahr 2011 sowie bedeutsamen Problemen und Maßnahmen im Jahr 2012 ging nicht rechtzeitig für eine Berücksichtigung im Rahmen dieser Berichterstattung ein.

Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Berliner Rotes Kreuz e.V.

Die Fachbereiche sozialer und gesundheitlicher Arbeit des DRK umfassten im Jahr 2011 die Fachgebiete Seniorenhilfe, Behindertenhilfe und Gesundheit, Soziales und Familie, Spitzenverbandliche Meinungsbildung, Migration und Wohnungslose. Die Querschnittsbereiche bildeten u. a. Förderung bürgerschaftlichen Engagements, Öffentlichkeitsarbeit/Marketing, Zuwendungs-/Qualitätsmanagement und Controlling ab.

Inklusive der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Unterstützungsbereichen waren durchschnittlich 19 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit unterschiedlicher tariflicher Bewertung (Vollzeitäquivalent ca. 12,20 Stellen) mit der Durchführung der Projektaufgaben betraut. Für die Finanzierung dieser Stellen wurden von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Personal- und Honorarkosten in Höhe von 460.944,00 € übernommen.

Quelle: Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Berliner Rotes Kreuz e.V.



Der Deutsche Rote Kreuz Landesverband Berliner Rotes Kreuz e.V. benannte nachfolgende in 2011 erfolgreich ausgeführte, begleitete und/oder initiierte Maßnahmen, Entwicklungen und Initiativen die im Rahmen der Spitzenverbandsarbeit besonders hervorzuheben sind:

Förderung des Ehrenamtes

Nach langjähriger Vorbereitungszeit wurde auf der Landesversammlung im November 2011 eine neue Satzung für den Berliner Landesverband verabschiedet, welche die Beteiligungsrechte der ehrenamtlich Tätigen in der sozialen Arbeit innerverbandlich stärken. Neben den Gemeinschaften der Wasserwacht, der Bergwacht, des Rettungsdienstes und der Gemeinschaft Jugendrotkreuz, ist die Gemeinschaft Wohlfahrt und Sozialarbeit in der neuen Satzung verankert. Die Gemeinschaften sind im Roten Kreuz die von ehrenamtlichen Mitgliedern aktiv gestalteten Organisationseinheiten. Mit der Implementierung der Gemeinschaft Wohlfahrt und Sozialarbeit stärkt der Verband zivilgesellschaftliches und ehrenamtliches Engagement von 2.285 aktiven Berlinerinnen und Berlinern in der sozialen Arbeit des Berliner Roten Kreuzes.

Interkulturelle Öffnung

Gesellschaftliche Wandlungsprozesse, insbesondere die ökonomische Globalisierung und die Zuwanderung, haben in den letzten Jahrzehnten das Leben der Menschen in Deutschland verändert. Die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund ist somit kein Sonderproblem der sozialen Arbeit.

Die Anforderungen an einen zeitgemäßen modernen Verband lauten daher, sich den strukturellen Problemen von Migrantinnen und Migranten als Querschnittsthema in allen Verbandsbereichen des Berliner Roten Kreuz zu stellen. Deshalb wurde um die eigene Position neu zu überdenken in 2011 ein Schwerpunkt auf die interkulturelle Öffnung des Verbandes gesetzt. In einem Prozess, der Haupt- und Ehrenamtliche einbeziehen soll und sowohl die Entwicklung interkultureller Kompetenzen der Mitarbeitenden als auch die moderne Gestaltung von Inhalten und Strukturen zum Ziel hat, will das Berliner Rote Kreuz interkulturelle Orientierung zu regulären Bestandteil der Arbeit machen.

Ausgewählte Initiativen und Maßnahmen zum Erwerb von interkulturellen Kompetenzen waren eine Fachtagung, eine Seminarreihe, die Teilnahme an der bundesweiten Ausbildung zum IKÖ-Manager sowie die Überarbeitung von Ausbildungsunterlagen und die Teilnahme am Projekt „Protect – Lernen und helfen im Ehrenamt“ für Hilfsorganisationen.

Nachfolgende/s Problem, Hindernis, Maßnahme im Jahr 2011 stellte die größte Herausforderung für das Deutsche Rote Kreuz Landesverband Berliner Rotes Kreuz dar und ist auch in künftigen Jahren von Bedeutung:

Freiwilliges Soziales Jahr und Bundesfreiwilligendienst

Das Berliner Rote Kreuz war bis zur Einführung des Bundesfreiwilligendienstes einer der größten Anbieter von Freiwilligendiensten in Berlin. Im Zuge der Einführung des Bundesfreiwilligendienstes kam es zu zahlreichen Störungen, die den gleichwertigen Aufbau dieses Dienstes als zweite Säule neben dem Freiwilligen Sozialen Jahr erschwerten.

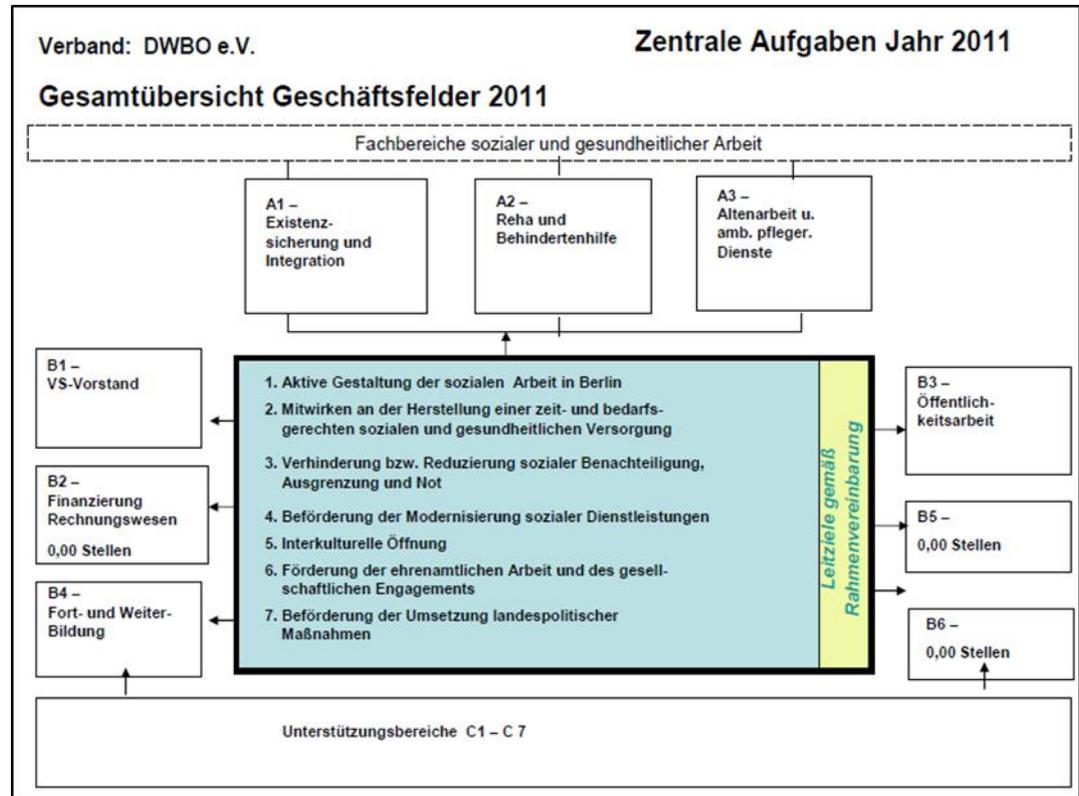
Das Berliner Rote Kreuz sieht Risiken in der Kopplung der Finanzierung des Freiwilligen Sozialen Jahres mit dem Bundesfreiwilligendienst. Insbesondere besteht die Gefahr, dass künftig beide Freiwilligendienste unter Führung des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben zusammengeführt werden und damit die bisher starke Rolle der lokalen Träger der Freiwilligendienste zurückgedrängt wird.

Trotz dieser Befürchtungen sieht das Berliner Rote Kreuz die Bedeutung des Freiwilligen Sozialen Jahres und des Bundesfreiwilligendienstes als elementarer Bestandteil von zivilgesellschaftlichem Engagement in Berlin und wird die Dienste weiterhin aktiv fördern.

Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.

Die Fachbereiche sozialer und gesundheitlicher Arbeit des DWBO umfassten im Jahr 2011 die Fachgebiete Existenzsicherung und Migration, Reha und Behindertenhilfe, Altenarbeit und ambulante pflegerische Dienste. Die Querschnittsbereiche bildeten u. a. Vorstand, Fort- und Weiterbildung und Öffentlichkeitsarbeit ab.

Inklusive der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Unterstützungsbereichen waren durchschnittlich 22 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit unterschiedlicher tariflicher Bewertung (Vollzeitäquivalent ca. 13,70 Stellen) mit der Durchführung der Projektaufgaben betraut. Für die Finanzierung dieser Stellen wurden von der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales Personalkosten in Höhe von 768.240,00 € übernommen.



Quelle: Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.

Für alle Fach- und Querschnittsbereiche ist ein ausführlicher Sachbericht eingereicht worden. Auf dessen Grundlage ist für das Jahr 2011 festzustellen, dass mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen (ca. 1,00 bis 2,25 Stellenanteilen pro Fachgebiet; Ausnahme VS-Vorstand mit 0,50 Stellenanteilen) umfangreiche Steuerungs-, Informations-, Koordinations-, Beratungsdienst- und Vertretungsleistungen wahrgenommen wurden. Die Fachbereiche B 2 – Finanzierung/Rechnungswesen sowie B 5 (unbenannt) und B 6 (unbenannt) wurden im Jahr 2011 nicht aus Mitteln der sog. Zentralen Aufgaben finanziert.

Der Diakonische Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V. benannte nachfolgende in 2011 begleitete und/ oder initiierte Entwicklungen und Initiativen sowie auch für künftige Jahre bestehende Maßnahmen und Probleme, die im Rahmen der Spitzenverbandsarbeit besonders hervorzuheben sind:

Einer der Themenschwerpunkte der Arbeit war die spürbare Verschärfung von Armutslagen innerhalb der Berliner Bevölkerung. Dies betraf insbesondere die Bereiche Wohnraumverknappung und EU-Bürgerinnen und – Bürger in prekären Lebenssituationen. Beide Themen werden nach Ansicht des DWBO auch in den nächsten Jahren anzugehende Herausforderungen bleiben.

Für die Träger des DWBO (z. B. der Wohnungslosen- und Eingliederungshilfe) wird es zunehmend schwieriger, angemessenen Wohnraum für betreute Wohnformen und Anschluss-Unterbringung zu finden.

Immer wieder geraten EU-Bürgerinnen und – Bürger aufgrund von Risiken der Migration und Binnenwanderung innerhalb der EU in prekäre Lebenssituationen. Die Klärung von Leistungsansprüchen und der Zugang zu sozialen und medizinischen Leistungen ist für sie häufig erschwert und die Rechtslage komplex. Die vom DWBO angebotenen Fortbildungen hierzu waren stark nachgefragt.

Die Fachgruppe Migration der Landesarmutskonferenz Berlin führte unter Federführung des DWBO anlässlich der im Mai 2011 in Kraft getretenen vollen Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den „neuen“ EU- Mitgliedstaaten einen Fachtag zur Situation von EU-Bürgerinnen und –Bürgern in prekären Lebenslagen mit ca. 150 Teilnehmenden aus Verbänden und Einrichtungen, Senats- und Bezirksverwaltungen sowie Initiativen und Projekten durch.

Die Förderung interkultureller Öffnung sozialer Dienste und Einrichtungen war ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des DWBO und wird auch in den nächsten Jahren fortzusetzen sein, um in nennenswertem Umfang Zugangsbarrieren zu sozialen und Gesundheitsdienstleistungen abzubauen und die Versorgungslage und Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund nachhaltig zu verbessern. Die Publikation „Diakonie ist Vielfalt – Interkulturelle Öffnungsprozesse gestalten und unterstützen“ vom September 2011 stieß auf großes Interesse und positive Resonanz. Sie dient der aktuellen Standortbestimmung und bietet Materialien und Anregungen für die Praxis.

Für den Rückblick auf das Jahr 2011 weiterhin besonders hervorzuheben ist für das DWBO die Durchführung eines Fachtages zur Palliativpflege im März 2011. Die Palliativkompetenz in der stationären Pflege wird auch verbandsübergreifend zum Thema der Sonderveranstaltung des Landespflegeausschusses 2012.

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist ebenfalls ein Thema von besonderer Bedeutung gewesen. Hier bestehen nach intensiver Befassung im vergangenen Jahr Themen fort, die insbesondere über die klassischen Schnittstellen der Politikbereiche und damit auch der Sparten sozialer Arbeit hinausgehen: Die „Einbeziehung in die Gemeinschaft“ (Inklusion, Art. 19 der UN-BRK) betrifft neben der Behindertenhilfe genauso die Bereiche Kindertagesbetreuung, Schule u. a. Alle von diesem Thema tangierten Bereiche befassen sich auch mit Inklusion, bisher aber nicht immer genug spartenübergreifend. Dieser Aspekt soll im Weiteren auch in die Öffentlichkeitsarbeit der Diakonie einfließen.

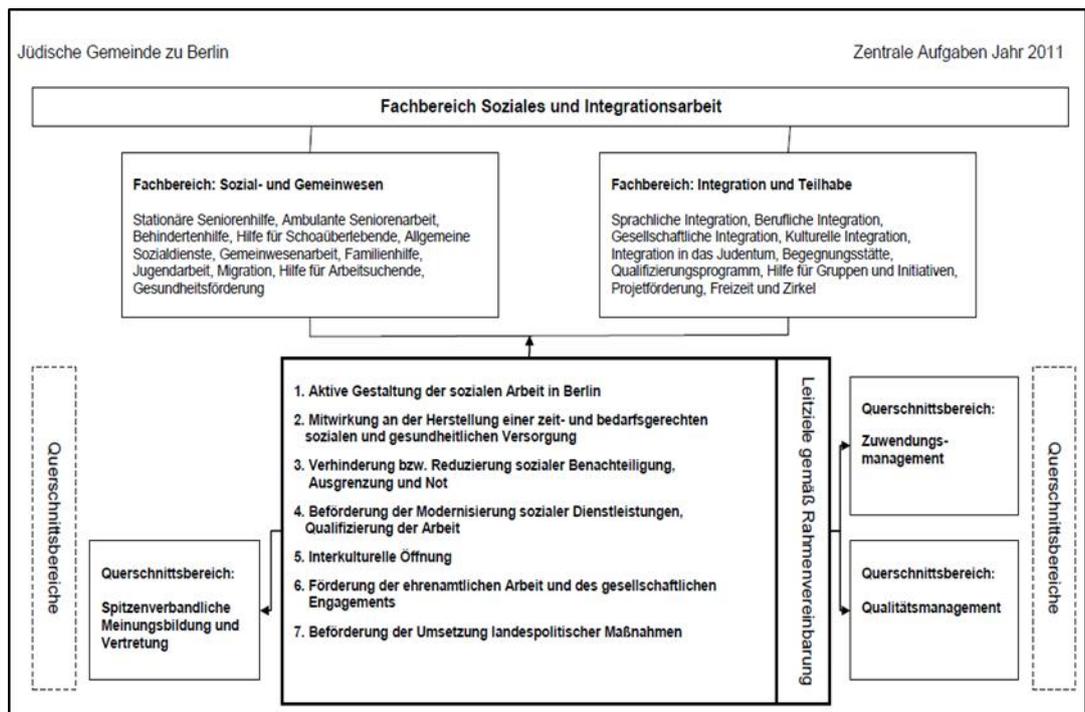
Im Jahr 2011 stellten die Veränderungen im Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung eine der großen Herausforderungen für den Verband dar.

Obwohl die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse überdurchschnittlich gestiegen ist, haben viele der langzeitarbeitslosen Menschen in Berlin aufgrund verfestigter Problemlagen nur wenig Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Gerade für diesen Personenkreis fallen durch die Instrumentenreform auf Bundesebene und die massive Kürzung der Eingliederungsmittel wichtige Beschäftigungsmöglichkeiten weg, was zu weiterer Verarmung und Ausgrenzung der betroffenen Menschen führt. Die genannten Kürzungen führten auch zur Reduzierung und Schließung von Projekten zur Verbesserung der Teilhabechancen sozial benachteiligter Gruppen. Dies wird auf die Entwicklung der Armutslagen der Berliner Bevölkerung auch in den kommenden Jahren deutliche Auswirkungen haben.

Jüdische Gemeinde zu Berlin

Die Fachbereiche sozialer und gesundheitlicher Arbeit der JG umfassten im Jahr 2011 die Fachgebiete Sozial- und Gemeinwesen sowie Integration und Teilhabe. Die Querschnittsbereiche bildeten Spitzenverbandliche Meinungsvertretung und Zuwendungs-/ Qualitätsmanagement ab.

Inklusive der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Unterstützungsbereichen waren durchschnittlich 6 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit unterschiedlicher tariflicher Bewertung (Vollzeitäquivalent ca. 2,18 Stellen) mit der Durchführung der Projektaufgaben betraut. Für die Finanzierung dieser Stellen wurden von der Sen GS Personalkosten in Höhe von 99.000,00 € übernommen.



Quelle: Jüdische Gemeinde zu Berlin

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin benannte nachfolgende erfolgreich ausgeführte, begleitete und/oder initiierte Maßnahmen, Entwicklungen und Initiativen die im Rahmen der Spitzenverbandsarbeit besonders hervorzuheben sind:

Fachgebiet Sozial- und Gemeinwesen

Im Rückblick auf das Jahr 2011 ist der Umgang mit Minderheiten in der Gemeinde und deren Unterstützung besonders hervorzuheben. Es handelt sich insbesondere um die Gruppe der Holocaustüberlebenden, die Aufmerksamkeit und vielfältige Unterstützung im Jahre 2011 erhielten. Dies umfasst u. a. die Gründung der Gruppe „Phönix aus der Asche“ und deren Betreuung, z. B. durch regelmäßige Begleitung, Unterstützung bei der Beantragung von Ghetto-Renten etc..

Fachgebiet Integration und Teilhabe

Einer der wichtigen Projektaufgaben im Bereich der Förderung des Ehrenamtes war die Akquise und soziale Aktivierung von neuen ehrenamtlich tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Hilfe von intensiven Kontakten, zahlreichen Fachberatungen, Seminaren, Bildungsmaßnahmen und Motivationstrainings. Mit Hilfe dieser Maßnahmen wurden neben den 36 im Bereich regelmäßig und

15 sporadisch tätigen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren 6 weitere Akteure und 2 neue Kooperations- und Ansprechpartner gewonnen und in den aktiven Integrationsprozess einbezogen.

Weitere Ziele wie z. B. demotivierte Menschen aus der Selbstisolation zu holen und ihnen neue Kenntnisse und Tätigkeit im Bereich Integrationsarbeit zu vermitteln sowie die gelungene Einbindung von erwerbstätigen Menschen in die aktive ehrenamtliche Tätigkeit, wurden ebenfalls erfolgreich realisiert und stellen eine Bereicherung für das Gemeindeleben dar.

Nachfolgende/s Problem, Hindernis, Maßnahme im Jahr 2011 stellte die größte Herausforderung für die Jüdische Gemeinde zu Berlin dar und ist auch in künftigen Jahren von Bedeutung:

Fachgebiet Sozial- und Gemeinwesen

Eine große Herausforderung war und ist die Problematik der rückwirkenden Verrechnung bereits erhaltener und verbrauchter Renten (Russland-Renten) in den vergangenen Jahren mit der Grundsicherung, dies führt zur Kürzung des Lebensunterhaltes der Seniorinnen und Senioren, oft bis zu einem Drittel. Eine politische Entscheidung dieses Problems ist dringend erforderlich, damit dieser Personenkreis nicht dauerhaft unter die Armutsgrenze fällt.

Fachgebiet Integration und Teilhabe

Im Bereich Förderung des Ehrenamtes und Integration bleibt die Akquise von neuen, vor allem jungen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren eine Herausforderung, da immer noch akuter Bedarf auch an ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern besteht. Hierzu wurden die Bestimmung der Zielgruppen und die Akquise-Argumentation geprüft und neu konzipiert.

Kurzes Fazit zur Durchführung der Projekte und Ausblick

Wie bereits an anderer Stelle erwähnt stand im ersten Jahr nach der Rückholung der Treuhandverträge in die Regie des Landes Berlin, die neue Rollenverteilung zwischen Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales und Wohlfahrtsverbänden im Blickpunkt. Insgesamt kann festgestellt werden, dass im Förderbereich Zentrale Aufgaben eine gute Kooperation mit den Wohlfahrtsverbänden besteht.

Im Bereich der Schwerpunktthemen gilt es, auch durch die konkrete Benennung von Ermittlungsbedarfen durch die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, in 2012/2013 einen Fortschritt zu erreichen. Damit würde der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, selbstverständlich unter Wahrung der verbandlichen Autonomie, ein beratender Einfluss auf die verbandsübergreifenden sowie die verbandsbezogenen Arbeitsschwerpunkte, der im Rahmen der Spitzenverbandsförderung übereinstimmend zu verfolgenden Ziele (s. § 8 KoopV zum ISP), zukommen und ein wesentlicher Vertragspunkt des Rahmenfördervertrages erfüllt werden.

Für das Jahr 2012 ist eine Darstellung ergänzender Förderungen der Spitzenverbandsarbeit vorzusehen. Dies betrifft u. a. die durch den Stiftungsrat der Deutschen Klassenlotterie Berlin bewilligte Förderung der sog. „Kernaufgaben der freien Wohlfahrtspflege“. Entsprechende Daten wurden im Rahmen der Zuwendungsgewährung 2012 erstmalig von den Wohlfahrtsverbänden ermittelt und sind für eine Darstellung im Leistungsbericht 2012 vorgesehen.

Angebotsbereich 1.1.1 – Mobilitätshilfdienste

Vorbemerkungen

Die nachfolgenden Ausführungen basieren auf dem Jahresbericht der Koordinationsstelle der BBI GmbH vom August 2012.

Die Berichterstattung zum Leistungsgeschehen der Mobilitätshilfdienste (Mhd) folgt dem in den Vorjahren entwickelten Konzept. Zur Qualitätsverbesserung des Berichtskonzepts sowie wegen fällig gewordener Anpassungen der Datenbank zur Erfassung der Leistungsdaten wurde zum 1.10.2011 eine Neuprogrammierung umgesetzt die u.a. eine präzisere Darstellung der Einsatzzeiten ermöglicht. Für den Jahresbericht bedeutet dies, dass die Einsatzzahlen für das letzte Quartal sowie hieraus abgeleitete Daten näherungsweise berechnet wurden, und Vergleiche mit den Einsatzzahlen der Vorjahre nur eingeschränkt möglich sind.

Leistungsdaten

Im Jahr 2011 wurden die Mhd über Zuwendungen aus dem neuen Integrierten Sozialprogramm (ISP) des Landes finanziert. Die Zuwendungssumme für die Mhd entsprach 2011 mit rund 1.610.000 Euro in etwa dem im Vorjahr über die Liga der Wohlfahrtspflege zugewendeten Betrag. Die nachfolgende Übersicht fasst einige Daten zum Leistungsgeschehen der Mobilitätshilfdienste zusammen:

Auf einen Blick: Leistungen der Berliner Mhd in 2011		
Anzahl der ISP-geförderten Mhd	16	
Einsätze⁴	286.700	
davon Treppentransporte mit Hilfsmittel	8.600	3 %
Treppentransporte ohne Hilfsmittel	5.500	2 %
Gruppenveranstaltungen, Busfahrten, Ausflüge	1.400	0,5%
Klienten		
Anzahl Klient/ -innen	4.975	
Alter:		
71 – 80 Jahre	1.248	26 %
81 – 90 J.	1.870	39 %
über 90 J.	678	14 %

⁴ Originäre Leistungen: Begleitungen zu Terminen, Einkaufen, Spaziergänge

Auf einen Blick: Leistungen der Berliner Mhd in 2011		
Weibliche Klientinnen	3.740	78 %
Migrationshintergrund (nicht-dt. Muttersprache)	175	4 %
Besondere Bedarfe:		
Gehbehinderung	3.715	75 %
Rollstuhl	2.049	41 %
Sehbehinderung	925	19 %
Demenz	602	13 %
Pflegestufe	2.746	58 %
Mitarbeiter/ -innen der Mhd, Gesamtzahl	1.379	
davon hauptamtl. Mitarbeiter (ISP-finanziert)	50	4 %
Ehrenamtliche Helfer	300	20 %
Helfer mit nicht-deutscher Muttersprache	228	17 %
Finanzielle Ressourcen der Mhd		
insg. in € (gerundet)	1.963.000.-	
davon: Zuwendungen aus ISP-Mitteln des Landes für 16 Dienste	1.610.000.-	
Eigenbeteiligung der Klienten	241.000.-	
Eigenmittel der Träger	80.000.-	
Zuwendungen Dritter	32.000.-	

Hinweis: Für projektübergreifende Maßnahmen (Rehatechnische Unterweisungen, Dokumentation, Koordinator und das Update für die Datenbank) wurden in 2011 Mittel in einer Gesamthöhe von rd. 37.475 € ausgereicht.“

Angesichts eines sehr großen Bedarfs an Mobilitätshilfeleistungen bei älteren Bürgerinnen und Bürgern in Berlin ist es Ziel der Mhd, die Inanspruchnahme ihrer Leistungen zu steigern. Hierzu ist 2011 mit einer Gesamtzahl von 4.975 Klientinnen und Klienten eine Abnahme von 3,8 % gegenüber 2010 (5.171) festzustellen. Vor dem Hintergrund einer reduzierten Zuweisung von Helferinnen und Helfern aus arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zeigt dieser relativ geringe Rückgang einen beachtlichen Erfolg der Mhd, die Klientinnen und Klienten trotz geringerer Personalressourcen betreuen zu können.

Wichtigste Ressource für die Ausführung der Mobilitätshilfen sind die Helferinnen und Helfer. Zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben sind die Mhd auf eine ausreichende Anzahl von Helferinnen und Helfern angewiesen. Infolge der Kürzung arbeitsmarktpolitischer Programme im Bundeshaushalt kam es 2011 zu einem Rückgang der Zuweisungen aus solchen Maßnahmen. Festzustellen ist auch, dass die Zuweisung von Helferinnen und Helfern an die Mhd oder deren Kooperationspartner durch

die Jobcenter in den Bezirken unterschiedlich gehandhabt wurde; teils wurden Zuweisungen stark verringert.

Klienten der Mobilitätshilfedienste

Klientenzahlen 2011

Die Klientenzahlen sind mit 4.975 Personen gegenüber 2010 um ca. 3,8 % gefallen. Im Durchschnitt wurden von jedem der 16 Mhd 311 Personen (Mittelwert) betreut.

Demografie (Geschlecht, Alter, Migrationshintergrund), Geschlechterstruktur der Klientel

Rund 78 % der betreuten Personen sind weiblich.

Altersstruktur der Klientel

Ein großer Teil der Klientinnen und Klienten ist im Alter von 81 bis 90 Jahren (39 %), gefolgt von den 71 bis 80-Jährigen (26 %). Bis zu 70 Jahre sind 19,6 %.

Migrationshintergrund der Klientel

Die überwiegende Mehrheit der Klientinnen und Klienten ist deutsch. Ein Kriterium für die Feststellung eines Migrationshintergrundes ist die Muttersprache. Sie ist bei 96 % der Klientinnen und Klienten deutsch. 97,5 % haben eine deutsche Staatsangehörigkeit.

Beschreibung der Klientel

Bei den Klientinnen und Klienten werden folgende Merkmale einer Mobilitätsbehinderung erfasst:

- Vorliegen einer Gehbehinderung (3.715 Nutzerinnen und Nutzer = 75 %)
- Angewiesen sein auf den Rollstuhl (2.049 Nutzerinnen und Nutzer = 41%)
- Vorliegen einer Sehbehinderung (925 Nutzerinnen und Nutzer = 19%)
- Vorliegen einer Demenz (602 Nutzerinnen und Nutzer = 13%)
- Angabe einer Pflegestufe (2.746 Nutzerinnen und Nutzer = 58 %)

Leistungen der Mobilitätshilfedienste

Veränderung des Erhebungskonzepts

In den Berichtszeitraum fiel die Überarbeitung der Mhd-Datenbank zum 1.10.2011 aufgrund technischer und datenschutzrechtlicher Anpassungserfordernisse. Die Datenbank ist Bestandteil des Qualitätsmanagements der Mhd (Referenzhandbuch 2011) und Instrument zur Dokumentation der Leistungen. Mit der neuen Datenbank wurden Änderungen des Erhebungskonzepts zum Leistungsgeschehen der Mhd umgesetzt, u.a. die Erfassung der Einsätze in Zeitintervallen von 30 Min. Diese Änderung erfolgte für eine präzisere Darstellung der aufgewendeten Zeitressourcen sowohl aus Perspektive der Klientinnen und Klienten als auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die für diesen Bericht wesentlichen Änderungen sind:

Erfassung der Einsatzzeiten in Intervallen von 30 Minuten als „Einsatzpunkte“. Ein Einsatzpunkt entspricht einer Einsatzzeit von bis zu 30 Minuten, zwei Einsatzpunkte entsprechen einer Einsatzzeit von über 30 bis zu 60 Minuten usw.

Die Zeit weiter beteiligter Helferinnen und Helfer (z.B. Treppenhilfe) wird nach demselben Schema erfasst.

Die früheren „Hol- und Bringendienste“ werden nicht mehr gesondert ausgewiesen, sondern wie sonstige Einsätze, ebenfalls nach Einsatzpunkten erfasst.

Auswirkungen der veränderten Erfassung für die Berichterstattung.

Bis 30.09.2011 wurden die Einsätze wie in den Vorjahren erfasst. Im letzten Quartal des Jahres 2011 wurden die Einsätze der Helferinnen und Helfer in der neuen Datenbank nach Einsatzpunkten erfasst. Für einen Vergleich mit 2010 erfolgt eine Umrechnung durch eine Kumulation der Einsatzpunkte in zweistündige Einsatzzeiten. Hier ist zu beachten, dass diese Methode keine exakten Einsatzzeiten liefert, sondern nur eine näherungsweise Orientierung gestattet.

Einsatzzahlen 2011

Die Anzahl der Einsätze hat im Vergleich zu 2010 von 349.974 Einsätzen auf 286.679 Einsätze abgenommen, dies entspricht etwa 18 %.

Besondere Einsatzformen

Bei folgenden Leistungen handelt es sich um Einsatzformen, die über die üblichen Mhd-Leistungen hinausgehen:

- Treppentransporte mit Hilfsmittel (8.593 Einsätze)
- Treppentransporte ohne Hilfsmittel (5.500 Einsätze)
- Hol- und Bringendienste (9.465 Einsätze)
- Gruppenveranstaltungen (629 Einsätze)
- Busfahrten / Ausflüge (733 Einsätze)

Helfergruppen und Mitarbeiterstruktur der Mobilitätshilfedienste

Ein Großteil stammt aus sogenannten MAE-Maßnahmen (Mehraufwandsentschädigung) mit 42 %. Weitere Helfergruppen sind Ehrenamtliche mit 20,3 %, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Kommunal-Kombi mit 11,1 % sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Entgeltvariante mit 9,2 %. Veränderungen zum Vorjahr gab es bei den Mitarbeiterzahlen der Ehrenamtlichen, die einen Zuwachs von etwa einem Drittel aufweisen.

Ressourcen der Mobilitätshilfedienste 2011

Im Berichtszeitraum wurden 16 Mobilitätshilfedienste, eine Koordinierungsstelle und die Mhd-Datenbank gefördert, sowie die rechtechnische Unterweisung (im Rahmen der Förderung für DRK Berlin Süd West).

	2007	2008	2009	2010	2011
Anzahl Projekte	19+1	16+1	16+1	16+2	16+2
Zuwendungssumme (in Euro)	1.827.968,28	1.634.444,64	1.636.068,12	1.671.012,80	1.647.639,26

Quellen: 2007 bis 2010: Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege,
2011: Landesamt für Gesundheit und Soziales

Insgesamt standen für die Mhd im Berichtsjahr 1.963.246,19 Euro zur Verfügung. Der Hauptanteil der Finanzierung wird im Umfang von ca. 82 % durch ISP-Zuwendungen in Höhe von 1.610.163,80 Euro getragen. Die Einnahmen in Form gestaffelter Beiträge zum Verwaltungsaufwand belaufen sich auf 241.245,00 Euro (12 %). Eigenmittel der Träger in Höhe von 80.210,38 Euro machen einen kleineren Anteil von rund 4 % aus, ebenso wie Zuwendungen anderer in Höhe von 31.626,04 Euro (1,6 %). Je berechnetem Einsatz ergibt sich somit eine durchschnittliche Quote von rund 6,84 Euro je Einsatz. Bezogen auf die ISP-Zuwendungen wurden im Berichtsjahr pro Einsatz durchschnittlich 5,72 Euro aufgewendet.

Bewertung:

Mit der Übernahme der fachlichen Verantwortung des Bereichs Mobilitätshilfedienste durch die für Soziales zuständige Senatsverwaltung wurden in 2011 umfangreiche qualitätssichernde Maßnahmen durchgeführt (u.a. Erstellung von projektübergreifenden Rahmenbedingungen, Überarbeitung des Referenzhandbuchs /Qualitätsleitfaden, Anpassung der Einzelkonzeptionen der Träger).

Für eine genauere Erfassung der Leistungen wurde die Datenerhebung von Einsätzen auf Einsatzpunkte umgestellt. Unterstützt wird die für Soziales zuständige Senatsverwaltung durch die Koordinationsstelle bei BBI GmbH und die Vertreter der Wohlfahrtsverbände.

Die Koordinationsstelle koordiniert und fördert die Zusammenarbeit der Dienste und unterstützt die Senatsverwaltung bei der fachlichen Weiterentwicklung des Angebotes. Sie ist u.a. verantwortlich für die Durchführung der monatlich stattfindenden Konzept AG und Koordinatorenrunde, ist Anlaufstelle für Anfragen Dritter, die Erstellung von Dokumentationen wie Halbjahrs- und Jahresbericht und kurzfristige Abfragen vor allem zur aktuellen Helfersituation der Dienste. Darüber hinaus nimmt sie an Fachveranstaltungen wie z.B. Seniorenwoche und Freiwilligenbörse teil.

Fachveranstaltungen

Im Berichtszeitraum fanden gemeinsame projektübergreifende Veranstaltungen (KonzeptAG, StatistikAG, ÖffentlichkeitsAG, Koordinatorenrunde, Zukunftswerkstatt, Seniorenwoche am Breitscheidplatz, Freiwilligenbörse im Roten Rathaus) statt, daneben gab es zahlreiche bezirkliche Veranstaltungen unter Teilnahme der Projekte.

Zentrale Themen

Im Vordergrund stand ganzjährig die Problematik der Helferbewilligung aus arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Der Rückgang von Beschäftigungsmaßnahmen hatte erhebliche Auswirkungen auf die Bewilligung von Helferinnen und Helfern und damit unmittelbar auf das Leistungsangebot der Dienste, da Zuwendungsmittel für die Helferinnen und Helfer nicht zur Verfügung stehen. Über ein gemeinsames Projekt der Kooperationspartner tandem BQG und agens e.V. gelang es, auch bezirksübergreifend Plätze aus dem Instrument Bürgerarbeit zu akquirieren.

Unterlegt wurden die Aktivitäten durch regelmäßige Abfragen zu Bedarfen und besetzten Helferstellen.

Fazit

Die Sicherung der Helferstellen hat einen erheblichen Arbeitsaufwand sowohl bei den Projekten wie auch bei der Koordinationsstelle und der Senatsverwaltung zur Folge. Solange es hier nicht gelingt, dauerhafte und ausreichende Strukturen zu schaffen, ist die Zukunft dieses niedrigschwelligen Angebots nicht gesichert.

Schon jetzt steht das Angebot einer wachsenden Nachfrage von älteren Menschen gegenüber, die in der eigenen Häuslichkeit verbleiben möchten, jedoch Hilfestellungen aufgrund der eingeschränkten Mobilität benötigen.

Aufgrund der demografischen Entwicklung wird der Bedarf an derartigen Angeboten perspektivisch steigen. Ziel muss es daher sein, den Menschen in dieser Stadt ein Angebot vorzuhalten, das ihnen die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft ermöglicht.

Angebotsbereich 1.1.2 – Psychogeriatrische Projekte

Der Angebotsbereich umfasst 3 Projekte des Humanistischen. Verbands Deutschlands. LV Berlin-Brandenburg (MenschenKind), und der Diakonie Stadtmitte e.V (Pflege in Not und Fachstelle für pflegende Angehörige) mit vielfältigen Angeboten für verschiedene Zielgruppen. Der Diakonie Pflege Reinickendorf e.V. hat in 2011 keine Zuwendungsmittel mehr erhalten.

	2007	2008	2009	2010	2011
Anzahl Projekte	2	2	2	3	3
Zuwendungssumme (in Euro)	128.692,90	128.692,63	128.692,63	138.387,22	219.325,75

Quellen: 2007 bis 2010: Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege,

2011: Landesamt für Gesundheit und Soziales

MenschenKind

Allgemeines / Entstehung

Das Projekt „MenschenKind – Koordinierungsstelle rund um Familien mit schwerkranken und betreuungsintensiven Kindern“ in Trägerschaft des Humanistischen Verbandes Deutschlands Landesverband Berlin-Brandenburg e.V. wurde nach Auflösung des Externen Pflegedienstes e.V. 2008 als Nachfolgeprojekt gemeinsam mit dem Trägerverband und Liga-Vertretern konzipiert. Der Auftrag bestand zunächst darin, die bestehende Beratungslücke für Familien mit schwerstkranken Kindern zu schließen, eine Bestandsaufnahme der bestehenden Versorgungsstrukturen vorzunehmen, Fachkräfte und den Sektor des Ehrenamtes für Familien mit schwerkranken und betreuungsintensiven Kindern zu erfassen, ein Netzwerk der an der Versorgung der Zielgruppe beteiligten Dienste, Einrichtungen und Projekte aufzubauen, die Entstehung eines Qualitätsverbunds zu befördern, Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben sowie Ressourcen, Lücken und Defizite in der Versorgung aufzuzeigen. Mit Etablierung der Berliner Pflegestützpunkte wurde eine Umsteuerung der Aufgaben vorgenommen, so dass nun die zentrale Beratung der Familien bei den Pflegestützpunkten liegt und MenschenKind sich sukzessive aus der Beratung zurückzieht.

Ziel des Projektes

Übergeordnetes Ziel des Projektes ist eine nachhaltige Verbesserung der medizinischen, therapeutischen, pädagogischen, pflegerischen und psychosozialen Versorgung von Familien mit schwerkranken und betreuungsintensiven, d.h. chronisch kranken, pflegebedürftigen, schwerstbehinderten, lebensbedrohlich erkrankten, verhaltens- und/oder auffälligen Kindern.

Zielgruppe

Zielgruppen sind Leistungserbringer von Beratungs-, pflegerischen, medizinischen, therapeutischen, psychosozialen, pädagogischen und anderen Angeboten, Träger und Verbände, Gremien und Netzwerke, Politik und Verwaltung auf Landes- und Bezirksebene, die beteiligt sind an der oder

(mit-)verantwortlich sind für die Versorgung von Familien mit schwerkranken und betreuungsintensiven Kindern, sowie die Betroffenen selber.

Aufgaben

Das Projekt MenschenKind hat vorrangig folgende Aufgaben:

- Moderation einer Unter-Arbeitsgruppe der Arbeitsgemeinschaft Berliner Pflegestützpunkte zum Thema Pflegeberatung von Angehörigen schwerstpflegebedürftiger Kinder,
- Entwicklung/Weiterentwicklung von Standards für die Beratung und anderer Instrumentarien und Initiativen,
- Identifizierung und Qualifizierung von Multiplikatoren zum Thema Pflege/Betreuung von schwerkranken Kindern,
- Förderung der Bildung und Nutzung bestehender regionaler, bezirklicher Netzwerke zur Implementierung und Diskussion von Themen (z.B. Kinderkrankenpflege, pädiatrische Palliativversorgung, kultursensible Arbeit) sukzessive in allen Bezirken,
- Erstellung von Publikationen für die Beratung von pflegenden Angehörigen,
- Einflussnahme auf die Etablierung benötigter Fortbildungsangebote sowie Information zu guten Ansätzen/Praxisbeispielen und Diskussion neuer Ansätze, ggf. Anregung von Forschungsprojekten, Zusammenarbeit mit entsprechenden Forschungseinrichtungen etc.,
- Organisation/Beteiligung von/an Fortbildungsveranstaltungen/Fachtagungen auf Landesebene.

Leistungen 2011

Ein klarer Schwerpunkt in 2011 stellte die Netzwerkarbeit dar. Die bereits in 2010 begonnene Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berliner Pflegestützpunkte (PSP) wurde in 2011 fortgesetzt. Ausgehend von einer Idee von MenschenKind kam es in 2011 zur Ernennung von „Kinderbeauftragten“ in den PSP. Sieben vierstündige und eine ganztägige Fortbildungsveranstaltung für die Kinderbeauftragten fanden große Resonanz. Darüber hinaus wurden Grundlagen zur Netzwerkarbeit erarbeitet und konkrete Schritte für den Aufbau bezirklicher Netzwerke für Familien mit schwerkranken und betreuungsintensiven Kindern festgelegt.

Auf Initiative von MenschenKind existiert seit 2010 der Arbeitskreis Kinderintensivpflegedienste in Berlin (AKIB), für den ein bedarfsgerechtes Bildungsangebot mit acht Schwerpunkten erarbeitet und durchgeführt wurde. Darüber hinaus fanden sechs Arbeitskreistreffen statt. MenschenKind hat 13 Einrichtungen im Netzwerk zusammengeführt, die die bisherige Arbeit als sehr wertvoll schätzen, fortsetzen und für weitere Teilnehmer öffnen wollen.

Mit ca. 20 Organisationen, Vereinen, Verbänden und Institutionen pflegt MenschenKind regelmäßige Kontakte. Aus Kontakten mit vom Land Berlin geförderten Stabsprojekten Fachstelle für pflegende Angehörige, Kompetenzzentrum Pflegeunterstützung und Kompetenzzentrum Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe entwickelten sich regelmäßige Arbeitstreffen mit dem Ziel des Austauschs, der Ressourcenbündelung und der Erarbeitung gemeinsamer Strategien.

MenschenKind unterstützt organisierte Eltern-Selbsthilfeaktivitäten in Berlin und arbeitet dabei u.a. auch mit den seit 2010 bestehenden Kontaktstellen PflegeEngagement zusammen.

Da in Berlin ca. 40 % der Kinder und Jugendlichen einen Migrationshintergrund aufweisen und Migrantenfamilien mit einem behinderten oder schwerkranken Kind einen besonderen Unterstützungsbedarf aufweisen, hat MenschenKind vielfältige Kontakte zu zehn

Migrantenselbstorganisationen geknüpft, Vortragsreihen organisiert und verschiedenen Projekten kontinuierliche Unterstützung gewährt.

Einen weiteren Schwerpunkt in 2011 stellte der Wissenstransfer dar. Es wurden 65 umfangreiche telefonische bzw. elektronische Anfragen, z.B. zur individuellen Hilfsmittelversorgung, schulischen Situation, sozialrechtlichen Anliegen, pflegerischen und therapeutischen Betreuung an MenschenKind gerichtet. Neben Fachkräften nahmen Familien diese Beratungsmöglichkeit durch MenschenKind wahr. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der PSP nutzten die telefonische und elektronische Beratung zur konkreten Fallberatung; bei ca. 20 Anfragen wurde eine umfangreiche Beratung durchgeführt.

Die überarbeitete Homepage ermöglicht eine noch bessere Übersicht der Beratungs-, Entlastungs- und Unterstützungsangebote in Berlin und Umgebung. Der Aufbau einer Plattform für die Kooperationspartner von MenschenKind wurde 2011 begonnen. Von März bis Dezember 2011 wurde die Homepage [Der Link führt zum Projekt Menschenkind](#) ca. 3.400mal aufgerufen.

MenschenKind hat am 6. „Gute-Tat-Marktplatz“ sowie an ca. 30 Veranstaltungen und Fortbildungsangeboten teilgenommen.

Zusätzlich hat sich MenschenKind in dem Projekt Schulhelfer engagiert, da es vielfach auf fehlende Schulungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten nicht nur für Schulhelferinnen und Schulhelfer, sondern vielmehr aus dem breiten Feld der pädagogischen Angebote und Bereiche aufmerksam gemacht wurde. Mit dem Geschäftsführer der Tandem SH wurde ein Qualifizierungsangebot für Schulhelferinnen und Schulhelfer initiiert und Dank der finanziellen Unterstützung des dpw umgesetzt.

Insgesamt wird die engagierte und stark praxisbezogene Arbeit von MenschenKind in 2011 als erfolgreich bewertet.

Ausblick

Bei seiner Arbeit ist MenschenKind nach wie vor häufig konfrontiert damit, dass

- strukturelle Lücken im Versorgungssystem bestehen,
- tragfähigen regionalen Netzwerke benötigt werden,
- ein hoher Informationsbedarf in Bezug auf schwerkranke und betreuungsintensive Kinder seitens der Fachkräfte besteht.

Insofern gewinnt die Netzwerkbildungs- und -arbeit unter Einbindung der vielfältigen Akteure sowie dem effektiven Informations- und Wissenstransfer eine immer größere Bedeutung und wird auch weiterhin einen Schwerpunkt der Projektarbeit darstellen.

Pflege in Not

Allgemeines / Entstehung

Der seit Mitte 1999 arbeitende „Pflege ergänzende Spezialberatungsdienst“ Pflege in Not (P 204) in Trägerschaft des Diakonischen Werkes Stadtmitte e.V. ist ein Solitär mit einem Spezialauftrag im Bereich der Altenhilfe. Es nimmt im Bereich der Altenhilfe eine Scharnierstelle zwischen Betroffenen, Angehörigen, Leistungsanbietern, Fachkräften und sonstigen Akteuren ein. Das Projekt arbeitet gesamtstädtisch, anbieterneutral, verbands- und konfessionsübergreifend.

Ziel des Projektes

Ziel des Projekts ist es, Betroffenen, die sich im Kontext Pflege mit Gewalt konfrontiert sehen oder diese wahrnehmen, als Anlauf-, Informations-, Beratungs- und Vermittlungsstelle Möglichkeiten der Entlastung, Konfliktbewältigung und weiterführenden Hilfe anzubieten. Dazu wird ein Krisentelefon betrieben.

Mit seinem Leistungsangebot trägt das Projekt dazu bei, Mängel in der pflegerischen Versorgungsstruktur zu identifizieren und zu beseitigen, die Pflegequalität in (familialen) Pflegearrangements zu verbessern, die „Kundenposition“ im Rahmen des Verbraucherschutzes zu stärken sowie die öffentliche und private Aufmerksamkeit für die Problematik von Gewalt im Kontext Pflege zu schärfen.

Zielgruppe

„Pflege in Not“ richtet sich an pflegebedürftige alte Menschen, pflegende Angehörige, Angehörige von Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern, andere Bezugspersonen Pflegebedürftiger, Pflegepersonal, Institutionen und Initiativen der Altenhilfe und Medien/Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.

Aufgaben

Schwerpunkt der Projektarbeit ist Beratung (in akuten Krisensituationen, in gewaltförmigen und aggressiven Pflegesituationen, zur persönlichen Stabilisierung, über Verbraucherrechte und Beschwerdewege). In Ergänzung hierzu erfolgt Aufklärung über Entlastungsmöglichkeiten und ihre Finanzierung, Kontaktherstellung zu Heimaufsicht oder Medizinischem Dienst der Krankenkassen und Vermittlung zu anderen Beratungs-/Hilfeeinrichtungen. Vermittlungsgespräche – Mediation – bei Konflikten mit/in Pflegeeinrichtungen und Informationsveranstaltungen zum Thema „Gewalt in der Pflege“ runden das Leistungsspektrum ab.

Finanzierung / Ressourcen:

Um dem gewachsenen Informations- und Beratungsbedarf der Zielgruppen Rechnung zu tragen, engagiert sich das Projekt seit Jahren, über die Landesfinanzierung hinaus erfolgreich Dritte zur Unterstützung seiner Aktivitäten zu gewinnen. Durch Mittel der AOK Nordost konnte die Finanzierung einer weiteren Mitarbeiterin gesichert werden. Darüber hinaus gelang es dem Projekt, 4 Personen - drei davon Frauen - zu gewinnen, die es auf ehrenamtlicher Basis mit Fachbeiträgen unterstützen.

Trotzdem kann aus Ressourcengründen der Nachfrage nur teilweise entsprochen werden. Der Projektträger hat den erhöhten Personalbedarf angemeldet. In 2011 war im Rahmen bestehender Ressourcen eine befristete Stellenausweitung möglich.

Leistungen 2011

Das Projekt führte 1.164 telefonische, 144 persönliche Beratungen sowie 22 Mediationsgespräche durch.

Fachaustausch und Vernetzung sind ein wichtiger weiterer Baustein der Projektarbeit. Der Schwerpunkt bildete hierbei die Teilnahme an diversen Expertentischen. Das Projekt war dort speziell als Experte für Gewalt- und Konfliktsituationen in der häuslichen Pflege gefragt. In diesem Kontext übernahm das Projekt die Federführung von 6 regionalen bzw. länderübergreifenden Gremien und beteiligte sich an 5 weiteren. 14 Fachvorträge, die Moderation von 3 Veranstaltungen sowie 7, 9 Artikel in Fachzeitschriften, 3 TV-Interviews, u.a. in der Tagesschau sowie 5 Interviews in Printmedien rundeten 2011 die Projektarbeit ab.

Wichtige Eckpunkte in 2011 bildeten die Teilnahme am Runden Tisch Pflege und die Verleihung des Berliner Gesundheitspreises des Bundesministeriums für Gesundheit im Februar.

Das Projekt beförderte die freiwillige Vereinbarung und Veröffentlichung von Qualitätsstandards für Wohngemeinschaften innerhalb der Diakonischen Pflegedienste.

Im Juni 2011 organisierte das Projekt erstmalig anlässlich des internationalen World Elder Abuse Awareness Day einen Fachtag zum Thema „Diskriminierung und Misshandlung alter Menschen“ mit großer positiver Resonanz (250 Teilnehmer/-innen). Ähnlich wie dem Welt-Alzheimer Tag soll diesem Tag zukünftig eine wichtige öffentliche Bedeutung zugeschrieben werden. In 2011 begannen zudem die Vorbereitungen für einen erneuten Fachtag oder eine andere Form der Öffentlichkeitsarbeit in 2012. Zusammen mit den wichtigsten Berliner Krisen- und Beratungsdiensten wurde darüber hinaus ein Plakat entwickelt, das nun an den zentralen Orten der Stadt zu finden ist.

Fachlich erwies sich der Bereich „gerichtlich eingesetzte Betreuung“ als problematisch. Erfahrungen belegen, dass es nahezu aussichtslos ist, einen Betreuerwechsel durchzusetzen. Familien scheitern regelmäßig an diesem Vorhaben. Betreute beschreiben häufig Situationen von starker Bevormundung, keine Einbeziehung in Entscheidungen sowie absolutes Ausgeliefertsein. Als besonders problematisch erwiesen sich zudem Konstellationen, in denen die Vermutung bestand, dass eine Betreuerin oder ein Betreuer sehr eng mit einem Pflegedienst zusammen arbeitet. Klientinnen und Klienten konnten dann z. B. keinen Wechsel des Pflegedienstes durchsetzen oder wurden in entsprechende Wohngemeinschaften „vermittelt“. Recherchen des Projekts in solchen Fällen konnten dies allerdings nie zweifelsfrei belegen.

Ausblick

Das Projekt leistet sehr gute Arbeit. Es kommt angesichts der Nachfrageentwicklung an Kapazitätsgrenzen. Sprunghaft steigende Anrufe nach Artikeln in den Printmedien oder Auftritten im Fernsehen, nicht erfolgreiche Anrufversuche (ca. 500), Wartezeiten von Ratsuchenden auf eine telefonische Beratung (teilweise drei bis vier Tage) sind als Indiz zu werten, dass die bestehende Nachfrage mit der 2011 bestehenden Personalausstattung nur schwierig befriedigt werden kann.

Fachstelle für pflegende Angehörige

Allgemeines/ Entstehung

Um die Unterstützungsbereitschaft pflegender Angehörige (und anderer sozialer Unterstützungssysteme) auch weiterhin auf einem hohen Niveau zu erhalten, ist es unumgänglich, die in diesem Rahmen geleistete Arbeit noch stärker gesellschaftlich anzuerkennen und zu stützen. Es fehlte bis zur Einrichtung der Fachstelle Mitte 2010 eine berlinweit agierende Stelle zur Ermittlung und Aufbereitung von Handlungsbedarfen, Entwicklung von Strategien, zur Impulsgebung und Modellbegleitung zu Fragen der Unterstützung pflegender Angehöriger. Durch die mit der Bildung von Pflegestützpunkten einhergehenden Ausweitung des Angebots insbesondere an Beratung und Information für Pflegebedürftige und deren Angehörige wurde in 2010 das Projekt "Berliner Service- und Informationszentrum für Angehörigenarbeit" eingestellt.

Ziel des Projektes

Ziel des Projektes ist es, die fachliche Weiterentwicklung der Unterstützungs- und Anerkennungsstrukturen für pflegende Angehörige zu befördern.

Zielgruppe

Die Fachstelle richtet sich nicht direkt an die pflegenden Angehörigen sondern an die professionellen fachlichen Akteure bis hin zu der für Pflege zuständigen Senatsverwaltung.

Aufgaben

Die Fachstelle hat folgende Aufgaben:

1. Bedarfs- und Angebotsanalyse und Ableitung von Maßnahmen
2. Erstellung und Fortschreibung eines „Maßnahmenplan zur Verbesserung der Situation pflegender Angehörige in Berlin“
3. Identifizierung und bekannt machen von „Good Practice“- Maßnahmen bzw. Projekten
4. Inhaltliche Impulsgebung und Moderation von neuen Ansätzen
5. Beförderung von Netzwerkarbeit
6. Gezielter Aufbau von Kooperationen mit überregionalen Netzwerken oder Arbeitskreisen regionalen Informations-, Beratungs- und Hilfsangeboten
7. Entwicklung von Bausteinen zugehender Arbeit
8. Anregung von Forschungsprojekten

Leistungen 2011

Schwerpunkte der Arbeit in 2011 waren

- die Entwicklung von Struktur und Grundlagen des geplanten Maßnahmenplans zur Verbesserung der Situation pflegender Angehöriger in Berlin,
- die Vernetzung des Projekts mit den bestehenden Unterstützungsstrukturen,
- Öffentlichkeitsarbeit,
- die Weiterentwicklung der Beratungsbesuche nach § 37.3 SGB XI,
- Voten zu Anfragen der Senatsverwaltung.

Das Projekt übernahm die Federführung von vier Gremien und beteiligte sich an fünf weiteren Gremien. Fünf Fachvorträge sowie die Beteiligung an drei Podiumsdiskussionen, ein Workshop, fünf Fachtagen, fünf Demenzinitiativen und zwei „Tagen der offenen Tür“ sowie zwei Artikel in Fachzeitschriften, drei Interviews und sechs Vorträge waren Gegenstand der Projektarbeit in 2011.

Ein besonderes Ereignis in 2011 waren zwei Open-Space Veranstaltungen in der Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem Titel „pflegst Du schon, oder...?“. Hierbei entstand, von der Fachstelle initiiert, die Idee eines Straßenfestes für pflegende Angehörige. Diese Idee zu einem Konzept weiter zu entwickeln und Vorbereitungen zur Umsetzung in 2012 zu treffen, war ein Schwerpunkt der Arbeit der Fachstelle im 2. Halbjahr. Ende 2011 bestand eine Projektgruppe von verschiedenen Berliner Projekten, die mit den Planungen für eine „Woche für pflegende Angehörige“ im September 2012 begonnen hatte.

Hintergrund ist auch, dass sich das von der Fachstelle 2011 organisierte und koordinierte "Forum für pflegende Angehörige" auf der Berliner Seniorenwoche aufgrund seiner Struktur als wenig geeignet erwies, das Thema der Angehörigenpflege in der Berliner Öffentlichkeit in den Focus zu rücken.

Ausblick/ Entwicklungsbedarfe

Die Maßnahme „Woche für pflegende Angehörige“ bindet in 2012 erhebliche Kapazitäten. Der im Entwurf vorliegende "Maßnahmenplan zur Verbesserung der Situation pflegender Angehöriger" soll diskutiert und abgestimmt werden, wozu weitere Kontaktaufnahmen und intensivierte Netzwerkarbeit geplant sind.

Angebotsbereich 1.1.3 – Landesseitige Pflegestützpunkte

Allgemeines

Der Anfang Mai 2009 zwischen den Landesverbänden der Pflege- und der Krankenkassen und dem Land Berlin geschlossene Landesrahmenvertrag gemäß § 92c Abs. 8 SGB XI (Elf) zur Arbeit und zur Finanzierung der Pflegestützpunkte regelt für alle Pflegestützpunkte in Berlin die Ausgestaltung der gemeinsamen Trägerschaft durch die Pflege- und Krankenkassen und durch das Land. Er schafft damit die Grundlage für eine Beteiligung des Landes und regelt in diesem Zusammenhang die Integration der ehemaligen 12 Berliner Koordinierungsstellen „Rund ums Alter“ in die Pflegestützpunkte. Das Land Berlin finanziert diese zwölf Einrichtungen aus Mitteln des Integrierten Sozialprogramms. Die Leistungen der Pflegestützpunkte werden trägerneutral gewährt und sind für die Nutzerinnen und Nutzer unentgeltlich.

Ziele

Die beratende, koordinierende und vernetzende Tätigkeit der Pflegestützpunkte ist darauf gerichtet, dass ältere und pflegebedürftige Menschen wunschgemäß möglichst in der eigenen Wohnung verbleiben, ein weitgehend selbstbestimmtes Leben führen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Ihre Arbeit zielt vornehmlich darauf ab, die Versorgung alter und pflegebedürftiger Menschen zu verbessern. Unterziele hierzu sind beispielsweise die Erleichterung der Inanspruchnahme der gesetzlich vorgesehenen Sozialleistungen von Menschen mit allgemeinem Betreuungs- und/oder Pflegebedarf und die einzelfallbezogene Sicherstellung eines bedarfsgerechten Hilfemixes. Sie sind Lotsen durch die Vielfalt des Sozial- und Gesundheitswesens für alle Hilfesuchenden.

Pflegestützpunkte fördern darüber hinaus freiwilliges Engagement im Sinne der Einbindung von Mitgliedern von Selbsthilfegruppen, ehrenamtlichen und sonstigen zum bürgerschaftlichen Engagement bereiten Personen und Organisationen in ihre Tätigkeit.

Zielgruppen

Hauptzielgruppen bei den Aufgaben Information, Beratung und Case Management sowie Datenbank und Öffentlichkeitsarbeit sind:

- ältere Menschen und pflegebedürftige Kinder, Jugendliche und Erwachsene sowie
- pflegende Angehörige und sonstige Kontaktpersonen.

Zielgruppen für die Aufgaben Information/ Auskunft/ Beratung für juristische Personen, Datenbank und Vernetzung sind

- Institutionen des Versorgungssystems,
- öffentliche Verwaltung,
- öffentliche, gemeinnützige und private Dienstleister,

- Kostenträger,
- Selbstvertretungsorgane und -initiativen,
- Fachöffentlichkeit.

Neben den genannten gehören im Aufgabenbereich Aus- und Fortbildung auch Ausbildungsstätten und Praktikantinnen und Praktikanten zur Zielgruppe.

Die Förderung von freiwilligem Engagement zielt ab auf:

- an freiwilligem Engagement interessierte Personen,
- Bürger- und Selbsthilfegruppen und -vereinigungen,
- Freiwilligenvermittlungsstellen.

Aufgaben

Aufgaben bzw. Leistungsmodule sind:

1. Information/ Auskunft/ Beratung für juristische Personen
2. Information/ Auskunft für natürliche Personen
3. Beratung für natürliche Personen
4. Case Management
5. Vernetzung
6. Förderung von freiwilligem Engagement
7. Datenbank
8. Öffentlichkeitsarbeit
9. Aus- und Fortbildungen

Finanzierung/ Ressourcen

	2007	2008	2009	2010	2011
Anzahl Projekte	12	12	12+1*	12+1*	12
Zuwendungssumme (in Euro)	1.581.996,12	1.602.958,21	1.584.995,12	1.639.720,53	1.649.845,50

*Enthalten ist hier auch die Sozialarbeiterstelle zur Sicherung des fachlichen Standards der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, die aber kein Pflegestützpunkt ist.

Quellen: 2007 bis 2010: Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege,

2011: Landesamt für Gesundheit und Soziales

Leistungen 2011

Klienten, Kontakte und Leistungen

Rund 18.500 Klientinnen und Klienten, davon rund 2.300 juristische und rund 16.200 natürliche Personen, haben die Angebote Informationen, Beratung und Case-Management der zwölf landesseitigen Pflegestützpunkte genutzt. Im Schnitt waren dies rund 1.500 Klienten pro Pflegestützpunkt und Jahr. Es sind dabei erhebliche Unterschiede in der Inanspruchnahme der Pflegestützpunkte in den einzelnen Bezirken zu verzeichnen. Die Spanne der tatsächlichen Inanspruchnahme reicht von rund 700 bis rund 2.500 Klientinnen und Klienten. Ursachen hierfür sind vielfältig und bedürfen einer näheren Analyse. Die Größenordnung der natürlichen Personen, die Auskünfte und Informationen erhielten belief sich auf rd. 7.900. Mit rund 7.400 lag die Zahl der beratenen natürlichen Personen nur wenig niedriger, allerdings fanden hier 13.000 Kontakte und damit im Schnitt bei mehr als zwei Dritteln der Fälle Folgeberatungen statt – abstrahiert man von mehr als zwei Beratungsterminen pro Fall. Insgesamt wurden 1.133 Case-Management-Fälle bearbeitet, wobei es hier zu 8.400 Kontakten kam.

Der Weg, wie die Kontaktaufnahme erfolgt, wird erst seit Ende des Jahres 2011 erfasst. Mit gebotener Vorsicht lässt sich die Tendenz beschreiben, dass der Großteil der Ratsuchenden beim Erstkontakt (rund 80%) telefonisch Kontakt aufnimmt.

Es liegen nähere Strukturdaten zu den rund 8.400 natürlichen Personen vor, bei denen Beratung oder Case-Management erfolgte. Nur rund 35 % von ihnen waren sogenannte „Betroffene“ – also alte bzw. pflegebedürftige Menschen -, der Rest mit rund 65 % stellte Bezugspersonen, hier sind insbesondere Angehörige zu nennen, dar. Es ist eine Tendenz zur Erhöhung des Anteils von Bezugspersonen erkennbar.

Zwei Drittel der Personen waren in 2011 weiblich, was der Größenordnung von 2010 entspricht. Der noch in 2010 erkannte leichte Trend zu mehr männlichen Klienten scheint sich nicht weiter zu bestätigen.

Die große Mehrheit ist 60 Jahre und älter; rund ein Drittel ist bereits über 80 Jahre alt.

Gegenüber 2010 ist der Anteil der unter 60-Jährigen leicht angestiegen (rund 10 %). Der Anteil der Altersgruppe 60 bis 80 Jahre hat sich gegenüber 2010 etwas zu Lasten der über 80-Jährigen erhöht. Menschen nehmen damit tendenziell früher die Angebote der Pflegestützpunkte in Anspruch.

Besondere Zielgruppen

a) Menschen mit Migrationshintergrund

Eine valide Aussage zum Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund ist nicht möglich, da hier eine Erfassung schwierig ist. Bei 584 Personen, die Angebote der Pflegestützpunkte in Anspruch genommen haben, lag eindeutig ein Migrationshintergrund vor.

Gegenüber 2010 ist hier ein Anstieg von 8,3 % auf 12,7 % zu verzeichnen. Die Berliner Pflegestützpunkte sehen sich als Anlaufstelle für alle ratsuchenden Seniorinnen und Senioren und deren Angehörige, also auch für Menschen mit Migrationshintergrund. Die Pflegestützpunkte stellen sich auf diese Zielgruppe, die in Zukunft noch mehr in die Beratungsstellen kommen wird,

ein. Bei Bedarf wird beispielsweise der Gemeindedolmetscherdienst zur Beratung hinzugezogen. Im Internet sind die Informationsblätter über die Beratungsangebote der Berliner Pflegestützpunkte auch in Türkisch abrufbar.

Im Pflegestützpunkt Friedrichshain-Kreuzberg, bei dem in 2011 überdurchschnittlich viele Menschen mit Migrationshintergrund beraten wurden, wurde im Rahmen eines Projektes des Europäischen Sozialfonds (ESF) beispielgebend die Weiterentwicklung der interkulturellen Öffnung und der Aufbau von tragfähigen Kooperationsbeziehungen im Rahmen der interkulturellen Öffnung gefördert mit dem Ziel

- des Abbaus von Zugangshemmnissen,
- des Abbaus von Misstrauen und Vorurteilen,
- der Aufklärung zu Möglichkeiten der Versorgung und Pflege von älteren Menschen,
- der Aufklärung über Entlastungsmöglichkeiten für die pflegenden Angehörigen,
- der Befähigung der Menschen mit Migrationshintergrund, Leistungen aus dem Gesundheits- und Sozialwesen und der Altenhilfe in Anspruch zu nehmen.

In einem weiteren Pflegestützpunkt in Neukölln, in dem 100 Migrantinnen und Migranten Rat suchten, wurde zusätzlich (ebenfalls im Rahmen eines ESF-Projekts) das Ziel verfolgt, eine Anlaufstelle im Bezirk zu schaffen, die die Aufgabe hat, ältere Migrantinnen und Migranten zu informieren, zu beraten und zu unterstützen, damit sie den Zugang zum Hilfesystem schaffen bzw. die notwendigen Hilfen erhalten.

b) Menschen mit Demenz

In allen Pflegestützpunkten wurden 742 Menschen informiert und beraten, die eine ärztlich diagnostizierte Demenz haben. In den Vorjahren war nicht sicher, ob bei der Erfassung der Daten hierfür eine einheitliche Definition zugrunde lag. Insofern sind diese Zahlen nicht mit den aus den Vorjahren ins Verhältnis zu setzen.

Überdurchschnittlich viele demenzkranke Klientinnen und Klienten haben in den Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf und Lichtenberg Angebote der Pflegestützpunkte in Anspruch genommen.

Im Pflegestützpunkt in Lichtenberg, in dem allein 142 Menschen mit Demenz beraten wurden, wurde im Rahmen eines ESF-Projekts zusätzlich das Ziel verfolgt, eine demenzfreundliche Kommune zu entwickeln und damit eine Anlaufstelle im Bezirk zu schaffen, die sich insbesondere diesem Personenkreis widmet.

Themenspektrum bei Information/Auskunft, Beratung und Case-Management

Es liegen projektbezogenen Erkenntnisse zu den bei den 12 Pflegestützpunkten nachgefragten Themen vor:

Nachgefragte Themen (Mehrfachnennungen möglich)	Anzahl
1. Sozialeistung / Sozialrecht	6.559
2. Teil-/stationäre Angebote	4.808
3. Alltagsmanagement/Haushaltsführung	4.404
4. Häusliche Pflege	4.370
5. Sonstiges	3.472
6. Senioren- und behindertengerechtes Wohnen	3.083
7. Freizeit/Kultur/Kommunikation	3.010
8. (Pflege-)Hilfsmittel	2.773
9. Entlastung Angehörige	2.479
10. Mobilitäts- und Begleitsdienste	2.341
11. Beschwerdemanagement	1.986
12. Beratung Demenz	1.878
13. Verbraucherschutz/-recht	1.825
14. Bauliche Wohnungsanpassung	1.769

Es wird hier besonders deutlich, dass die Pflegestützpunkte eine breite Palette von Themen bedienen. Alle 12 statistisch erfassten Themengebiete werden in unterschiedlicher Intensität auch nachgefragt. Angeführt wird die Hitliste der nachgefragten Themen in allen Bezirken von Fragen nach Sozialleistungen/ Sozialrecht, nach teil- und stationären Angeboten, nach häuslicher Pflege sowie nach Alltagsmanagement/ Haushaltsführung.

Schwerpunkte 2011 nach Aufgabenbereichen

Die Aufgaben Information/ Auskunft/ Beratung für juristische und natürliche Personen sowie das Case-Management nehmen bei den Pflegestützpunkten rd. 40 % der Arbeitszeit ein. Vernetzungsaufgaben beanspruchen 11 % der Arbeitszeit. Mit über 7 % der Arbeitszeit bindet die Arbeit an der Datenbank Hilfelotse Ressourcen. Öffentlichkeitsarbeit steht nur um einen Prozentpunkt nach. Mit einem Anteil von 3 % an der erfassten Arbeitszeit fällt Zeit für Förderung des Ehrenamts und Fortbildungen relativ gering ins Gewicht.

Nach wie vor ist der Anteil für andere Leistungen an der Arbeitszeit mit fast 29 % relativ hoch.

Die Statistische Auswertungen und Bewertung der Leistungen analog der Form der Vorjahre unter Nutzung relativer Häufigkeiten lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Daher wird hier kein Vergleich zu Vorjahren geführt.

Bewertung und Ausblick

Grundsätzlich hat sich die beratende, koordinierende und vernetzende Tätigkeit der landesseitigen Pflegestützpunkte an den bestehenden Standorten gut etabliert. Entwicklungstrends, Themen- und Arbeitsschwerpunkte sind erkennbar und werden nach Vorliegen der ausstehenden breiteren Auswertung Grundlage für die Diskussion zur Weiterentwicklung der Pflegestützpunkte noch vor Vorliegen der Ergebnisse der geplanten Evaluation bieten.

Um fundierte Erkenntnisse zur Weiterentwicklung der Pflegestützpunkte zu gewinnen, hat das Steuerungsgremium, das mit dem Ziel der fachlichen Steuerung, Qualitätssicherung und Weiterentwicklung des Angebotes zur Beratung, Versorgung und Betreuung in den Pflegestützpunkten gebildet wurde, die Durchführung einer Evaluation beschlossen.

Von den Ergebnissen der Evaluation wird erwartet, dass sie auch Anhaltspunkte dafür liefert, wie die Struktur der Pflegestützpunkte zu optimieren ist. Dazu gehört auch die Frage in welchen weiteren Sozialräumen die wohnortnahe Einrichtung von Pflegestützpunkte sinnvoll ist.

Aktuelle Überlegungen in Berlin gehen nicht nur in die Richtung, neue Standorte zu errichten, sondern die Arbeit der Pflegestützpunkte gesamtstädtisch zu optimieren.

Angebotsbereich 1.1.4 – Beratungsstelle der Jüdischen Gemeinde für Ältere und Menschen mit Behinderungen

Allgemeines

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin bietet berlinweit Beratung für ältere Menschen aus der jüdischen Gemeinde an, die zu einem erheblichen Teil Überlebende der Shoa und deren Angehörige sind. Zusätzlich bietet sie ihren behinderten Gemeindemitgliedern Beratungen an.

Ziele

Die älteren und behinderten Mitglieder der Jüdischen Gemeinde sollen möglichst in der eigenen Wohnung verbleiben und weitgehend ein selbstbestimmtes Leben führen können. Die Arbeit der Beratungsstelle zielt auf eine entsprechende Beratung in Fragen zum Gesundheits- und Sozialsystem und motiviert und unterstützt die Gemeindemitglieder die Hilfen und Dienstleistungen bei Bedarf auch in Anspruch zu nehmen.

Zielgruppe

Hauptzielgruppen der Beratungsstelle der Jüdischen Gemeinde sind:

- Gemeindemitglieder über 60 Jahre (ca. 3.850 Personen) und ihre Angehörigen
- Überlebende der Shoa und deren Angehörige
- deutschsprachige Eingereiste vor allem aus der ehemaligen Sowjetunion, Israel, Polen, Rumänien,
- Gemeindemitglieder mit Behinderungen.

Aufgaben

Zu den Aufgaben gehören vor allem:

- Information und Beratung,
- Case-Management,
- Gruppenarbeit (für Gemeindemitglieder mit Behinderungen).

Finanzierung/Ressourcen

	2011
Zuwendungssumme (in Euro)	35.892,69

Quelle: Landesamt für Gesundheit und Soziales

Leistungen 2011

Nach den vorliegenden vorläufigen statistischen Werten für das Jahr 2011 ist eine geringe Steigerung der Klientinnen und Klienten gegenüber dem Jahr 2010 zu verzeichnen. Hier erfolgte ein Anstieg von 152 auf 176 Menschen. Darunter waren 128 Ratsuchende, die über 60 Jahre alt waren. Von den über 60 Jährigen haben rund 40% die Shoa überlebt und rd. 5% sind Familienangehörige von Shoa-Überlebenden. Ein erheblicher Teil der Beratungsarbeit muss daher als Hausbesuch stattfinden, da nicht nur wegen Gebrechlichkeit, sondern mit zunehmendem Alter auch aus großer Angst vor dem öffentlichen Raum keine Wege mehr allein zurückgelegt werden.

Von den sonstigen Ratsuchenden kommen die Hälfte aus der ehemaligen Sowjetunion und die andere Hälfte aus Israel, Polen, Rumänien, Südamerika und Deutschland.

48 Menschen mit Behinderungen nutzten das Angebot der Beratungsstelle. Hier werden auch jüngere Klientinnen und Klienten betreut, doch die überwiegende Zahl ist älter als 55 Jahre. Im Unterschied zu den älteren Menschen findet hier ein regelmäßiges Gruppenangebot statt und es werden auch andere Angebote der Jüdischen Gemeinde außerhalb des Projektes gemeinsam wahrgenommen.

Ausblick und Bewertung des Projekts

Die besonderen Problemlagen und Lebenserfahrungen der Überlebenden der Shoa und ihrer Angehörigen führen zu persönlichen Hemmschwellen bei der Nutzung von Regelangeboten außerhalb der Strukturen der Jüdischen Gemeinde. Dies begründet die Weiterführung der Beratungsstelle, die den Anforderungen an kontinuierlicher Begleitung in geschützter Atmosphäre Rechnung trägt.

Angebotsbereich 1.1.5 – Fachberatungsstellen Altenhilfe

Allgemeines

Die für Soziales zuständige Senatsverwaltung fördert seit 10 Jahren zur Planung und Gestaltung sowie zum Austausch über altersrelevante Herausforderungen von Zugewanderten in Berlin die Arbeit des Kompetenzzentrums „Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe“ (komzen). Das komzen engagiert sich für die Einbindung älterer Zuwanderinnen und Zuwanderer in die Berliner Altenhilfe- und Pflegestrukturen, insbesondere informiert, sensibilisiert, vernetzt und berät das komzen Institutionen der Altenhilfe und Pflege und fördert Ehrenamt sowie den Aufbau von Selbsthilfestrukturen.

Träger der Projekte sind gemeinschaftlich der Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V. und der Arbeiterwohlfahrt - Kreisverband Kreuzberg-Friedrichshain e.V..

Ziele

Die Berliner Altenhilfeangebote sind nachhaltig kultursensibel ausgerichtet, d.h. sie berücksichtigen die Bedürfnisse älterer Zuwanderinnen und Zuwanderer, deren Teilhabemöglichkeiten damit verbessert sind. Leitziele sind:

- die interkulturelle Öffnung der Institutionen, Einrichtungen, Projekte, Ämter und Gremien,
- die Gewinnung von Ansprechpartnern und Multiplikatoren,
- die Initiierung, Entwicklung und Begleitung sowie Identifizierung und Kommunikation guter, nachahmenswerter Praxisbeispiele.

Die Arbeit des komzen zielt auf eine entsprechende Bewusstseinsentwicklung bei der Zielgruppe und auf die Verankerung der Interkulturellen Öffnung in Leitlinien und Konzepten.

Zielgruppe

Hauptzielgruppen des komzen sind:

- politisch Verantwortliche im Bereich Soziales und Gesundheit
- Migrantenorganisationen
- Leitungskräfte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Einrichtungen der Altenhilfe incl. Altenpflege
- Funktionäre von Wohlfahrts- und Berufsverbände
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Leiterinnen und Leiter für Senioren/ Altenhilfe zuständige Verwaltungen
- Seniorenpolitische Gremien
- Verantwortliche im Aus- und Fortbildungsbereich
- Medienvertreterinnen und -Vertreter

Aufgaben

Im Kontext der Zielstellungen nimmt das komzen folgende allgemeinen Aufgaben wahr:

- Information und Beratung,
- Erstellung von Arbeitshilfen und konzeptionellen Grundlage und Planungsdokumenten,
- Umsetzung Handlungsempfehlungen
- Identifizierung, Bekanntmachung von „Good Practice“;

- Initiierung, Durchführung von oder Beteiligung an Referenzmodellen
- Durchführung und Beteiligung an Fachveranstaltungen
- Kooperation und Vernetzung
- Öffentlichkeitsarbeit

Finanzierung/Ressourcen

	2007	2008	2009	2010	2011
Anzahl Projekte	2	2	2	2	2
Zuwendungssumme (in Euro)	96.341,63	140.000,--	140.000,--	180.000,--	180.000,--

Quellen: 2007 bis 2010: Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege,

2011: Landesamt für Gesundheit und Soziales

Leistungen 2011

In 2011 waren über 1100 persönliche und telefonische Kontaktaufnahmen zu verzeichnen und damit 200 mehr als im Vorjahr. Im Berichtszeitraum führte das Projekt 75 telefonische, 34 persönliche Beratungen und 98 Beratungen der Zielgruppen vor Ort durch.

Im Verhältnis zum Vorjahr ist dies nahezu eine Verdopplung der Beratungen Vorort, daneben war ein Rückgang der telefonischen Beratungen um rd. 30 % zu verzeichnen. Auch die persönliche und telefonische Informationsweitergabe hat zugenommen, telefonische Informationen waren es im Berichtszeitraum immerhin 240 (130 mehr als im Vorjahr).

Die unterschiedliche Bereithaltung von Informationen auf der Homepage hat zur starken Entlastung in der Arbeit im Vergleich zum Vorjahr hinsichtlich des Versandes von Informationsmaterialien und der Notwendigkeit von persönlichen Beratungen geführt.

Insgesamt wird das Beratungsangebot des komzen in Form von Präsentationen, Interviews, Begleitung von Modellprojekten und Kooperationen sehr gut angenommen.

- Im Rahmen der Jahresvorhaben 2011 wurden vom komzen – neben der regelmäßigen Informations- und Beratungstätigkeit, der Gremienarbeit, der Teilnahme an 14 Fachveranstaltungen Dritter mit eigenen Beiträgen und der Begleitung der IKÖ-Prozesse in ausgewählten Berliner Bezirken - eine Reihe weiterer herausragender Erfolge erzielt:
- 2011 hat das komzen Erstellung der „Handlungsempfehlungen Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe“, der „Standards für kultursensible Arbeit“ sowie einer „Good-practise-Datenbank“,
- Gewinnung von älteren Zuwanderern für die Seniorenvertretungswahlen in 2011 (insg. 21 im Vergleich zu sieben in 2006),
- Gewinnung zweier migrationsspezifischer Einrichtungen für die Bewerbung um einen Sitz im neu gewählten Landesseniorenbeirat (Seniorenclub *Achwa* der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und Integrationsverein ImpULS e.V. – Interkultureller Treffpunkt im Gemeinschaftshaus Gropiusstadt Berlin)
- Sozialräumliche Öffnung im Rahmen des Referenzmodells zur kultursensiblen Pflege in Kooperation mit Vitanas,
- Fortsetzung der Veranstaltungsreihe „Jetzt reden wir“ am 11. und 18. Mai in Kooperation mit dem Club Dialog und dem DPW / den Stadtteilzentren („Ältere Zuwandererinnen und

Zuwanderer mischen sich ein...“) sowie Beteiligung an Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung „50 Jahre Einwanderung ...“,

- Filmische Dokumentation zum Kommen und Herstellung von „Spots“ im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit.

Ausblick und Bewertung

Das Kommen hat im vergangenen Berichtszeitraum eine qualitativ und quantitativ hochwertige und im Land Berlin unverzichtbare Arbeit im Hinblick auf Interkulturelle Öffnung in der Altenhilfe geleistet. Nicht zuletzt ist es der vielseitigen Präsenz des Kompetenzzentrums zu verdanken, dass die Bedeutung der interkulturellen Öffnung als Querschnittsaufgabe stärker ins Bewusstsein der Verantwortlichen und der Handelnden in diesem Feld rückt.

Mit den Handlungsempfehlungen für die Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe und den Standards für eine kultursensible Arbeit ist eine Basis zur Umsetzung des Gesetzes für Partizipation und Integration in Berlin geschaffen worden, deren Anwendung und Weiterentwicklung weiterhin, mindestens bis 2014, vom Kommen zu begleiten ist. Ein Schwerpunkt besteht in der Verbesserung der Bedingungen zur Gewinnung junger Menschen mit Migrationshintergrund als Altenpflegefachkräfte.

Für die Zukunft ist die Kooperation mit Organisationen von Zuwanderer-Communities zur Beförderung der interkulturellen Öffnung der Altenhilfe zu verstärken.

Angebotsbereich 1.2.1 – Hospize

Die beiden Hospizprojekte Zentrale Anlaufstelle Hospiz und Hospiz- und PalliativVerband Berlin e.V. (ehemals Landesarbeitsgemeinschaft Hospiz) werden seit Oktober 2000 nach einem Beschluss im Abgeordnetenhaus mit einer Festbetragsfinanzierung in Form eines Zuschusses gefördert. Grundlage bildete zudem das erste „Hospizkonzept - Förderung der Hospizentwicklung im Land Berlin“ aus dem Jahr 1998. Während die Landesförderung der damals 10 ambulanten ehrenamtlichen Hospizdienste ab 2002 durch die Krankenkassenförderung abgelöst wurde, setzte sich die Landesförderung der beiden Hospizprojekte ab 2003 im Rahmen des damaligen LIGA-Vertrages und aktuell im ISP fort. Die Projekte sind Bestandteil des 3. Hospiz- und Palliativkonzeptes.

	2007	2008	2009	2010	2011
Anzahl Projekte	2	2	2	2	2
Zuwendungssumme (in Euro)	60.417,--	60.417,--	60.417,--	60.417,--	60.417,--

Quellen: 2007 bis 2010: Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege,

2011: Landesamt für Gesundheit und Soziales

Zentrale Anlaufstelle Hospiz (ZAH)

Allgemeines / Entstehung

Die Zentrale Anlaufstelle Hospiz in Trägerschaft der UNIONHILFSWERK Sozialeinrichtungen gemeinnützigen GmbH ist aus dem Bundesmodellprojekt „Hospizbüro“ (1997 - 2000) hervorgegangen und hat sich seitdem als ein gesamtstädtisches Spezialangebot rund um die Themen Sterben, Tod und Trauer etabliert.

Ziel des Projektes

Ziel des Projektes ist es, als Anlauf, Informations-, Beratungs- und Vermittlungsstelle zu dienen und bei Fragen im Umgang mit schwerer/tödlich verlaufender Krankheit, zur pflegerischen, medizinischen und palliativen Versorgung zu helfen, konkrete Unterstützung beim Erstellen von Patientenverfügungen zu leisten und das passende Trauerangebot zu finden. Durch Netzwerkarbeit, Institutionenberatung und Fortbildungen nimmt die ZAH wesentlich Einfluss auf die Verbreitung und Implementierung hospizlichen Handelns in allen Berliner Versorgungsstrukturen.

Zielgruppen

Die ZAH richtet sich in erster Linie an rat- und hilfeschende Betroffene, d.h. schwerstkranke und sterbende Menschen, pflegende Angehörige und andere Bezugspersonen, aber auch an Pflegepersonal, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen und weitere Akteure der Altenhilfe und Pflege sowie an Medien und Multiplikatoren.

Aufgaben

Der Schwerpunkt der Projektarbeit ist Beratung und Vermittlung. Dabei hat sich die Patientenverfügungsberatung zu einem neuen Schwerpunkt entwickelt. Die ZAH beteiligt sich an

der berlinweiten Datenbank Hilfelotse. Mediation, Vortragstätigkeit und Gremien-/Netzwerkarbeit runden das Aufgabenspektrum ab.

Finanzierung / Ressourcen

Das Projekt wird hauptsächlich durch das Land Berlin gefördert. Vom Träger wird der vom Land gewährte Zuschuss mit 24.298,00 € ergänzt. Dankenswerter Weise hat der Bezirk Reinickendorf die Bereitstellung mietfreier Räume für die ZAH ermöglicht, so dass vom Träger lediglich die Betriebskosten aufgebracht werden müssen.

Die ZAH erledigt ihre Aufgaben mittels eines multidisziplinären Teams. Neben den zwei teilzeitbeschäftigten Mitarbeiterinnen werden acht ehrenamtliche Mitarbeiterinnen eingesetzt, die mit hohem Engagement einzelne Aufgabenbereiche (z. B. die Patientenverfügungsberatung) weitgehend selbstständig unter Anleitung ausführen.

Leistungen 2011

Das hohe Durchschnittsniveau der Beratungen von Einzelpersonen konnte im Jahr 2011 gehalten werden. Insgesamt wurden 571 Einzelfallberatungen und 96 Patientenverfügungsberatungen durchgeführt. Mit Institutionen wurden 80 Beratungsgespräche geführt, wobei Trauerbegleitung/-angebote am häufigsten (bei ca. einem Drittel der Gespräche) thematisiert wurde.

Unter den Personen mit Einzelfallberatung befanden sich 367 Personen im Alter von 61 bis 80. Das Verhältnis der direkt Betroffenen zu Angehörigen lag etwa bei zwei zu einem Drittel.

420 an den Beratungen teilnehmenden Personen waren weiblich. Nahezu die Hälfte der Gespräche hatte eine Dauer von 10 bis 30 Minuten; 78 Gespräche dauerten länger. Zur Häufigkeit der nachgefragten und besprochenen Themen gibt folgende Tabelle Auskunft, wobei mehrere Themen in einem Gespräch angesprochen worden sein können:

Gesprächsthemen Einzelfallberatung

Gesprächsthema	Anzahl
Patientenverfügung/Vorsorgevollmacht	291
Ethische Fragestellung	136
Stationäres Hospiz	133
Schmerztherapeutische/Palliative Versorgung	96
Psychische/Persönliche Krise	92
Bewältigung eines Todesfalls/Trauer/-angebote	67
Ambulanter Hospizdienst	65
Aus- Weiterbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten	64
Palliativ-geriatrische Versorgung	58
Ehrenamtliche Tätigkeit	56

Gesprächsthema	Anzahl
Bewältigung des eigenen Sterbens	50
Allg. Infos zu Hospizarbeit/Palliativversorgung	28

Die Zahl der von Ehrenamtlichen durchgeführten Patientenverfügungsberatungen stieg von 17 im Jahr 2007 auf 96 im Jahr 2011 an. Mit 77 Personen war die große Mehrheit der Beratenen im Alter zwischen 61 und 80 Jahren. 70 Personen waren weiblich.

Gegenüber Einzelfallberatungen dauern die Patientenverfügungsberatungen länger und könne sich über mehrere Gespräche hinziehen. So gab es in 2011 beispielsweise 10 Fälle, bei denen Gesprächsdauer und Nachbereitungszeit 10 – 15 Stunden dauerte.

Im Jahr 2011 hielt die Zentrale Anlaufstelle Hospiz bei unterschiedlichen Organisationen und Selbsthilfegruppen insgesamt 15 Fachvorträge für verschiedene Zielgruppen, wie Interessierte, Ehrenamtliche, Auszubildende und Studenten sowie Ärzte. Die Hälfte der Vorträge erfolgte zum Themenkreis „Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht, Betreuungsverfügung“.

Mit durchschnittliche 14 bis 15 teilnehmenden Personen waren die Vorträge gut besucht.

Seit vielen Jahren leitet die ZAH den Arbeitskreis Trauer Berlin. Sie arbeitete darüber hinaus in 2011 in folgenden wichtigen Netzwerken und Zusammenschlüssen mit:

- Arbeitskreis Palliative Pflege, RG Berlin der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin
- PalliativZentrum Berlin-Brandenburg e. V.
- Hospiz- und PalliativVerband Berlin e.V.
- Netzwerk Palliative Geriatrie Berlin.

Die ZAH arbeitet mit den Berliner Pflegestützpunkten (PSP) zusammen, stellt ihnen standardisierte Handreichungen für die Beratung zur Verfügung und beteiligt sich an der Pflege der Datenbank Hilfelotse.

Geschäftsstelle des Hospiz- und PalliativVerbandes Berlin e.V. (HPV Berlin)

Allgemeines / Entstehung

Der HPV Berlin ist aus der 1999 gegründeten Landesarbeitsgemeinschaft Hospiz (LAG Berlin) mit damals neun Mitgliedern hervorgegangen. 2010 erfolgte die offizielle Umbenennung als Antwort auf die gestiegenen Anforderungen, die Mitgliederzusammensetzung sowie als Reaktion auf die Umbenennung der Bundesarbeitsgemeinschaft Hospiz in Deutscher Hospiz- und PalliativVerband, deren Mitglied der HPV Berlin ist. 2011 hatte der HPV Berlin 31 Mitglieder, davon 20 ambulante Hospizdienste, 9 stationäre Hospize, 1 stationäres Kinderhospiz, 2 Hospizdienste in Einrichtungen, 1 Palliativstation, 2 ambulante Palliativ-Pflegedienste, 1 Palliativ-ärztlicher Dienst sowie die Zentrale Anlaufstelle Hospiz. Hinzu kamen in 2011 drei weitere Träger, die sich in der einjährigen Anwartschaft befanden.

Um die Verbandsarbeit zu stärken erfolgt die Förderung einer hauptamtlich besetzten Geschäftsstelle.

Ziel des Projektes

Der HPV Berlin ist in erster Linie Interessenvertreter seiner Mitglieder, um die umfassenden Ziele der Hospizbewegung und Palliative Care sowohl im Land Berlin als auch auf der Bundesebene umzusetzen. In diesem Sinne betreibt der HPV Berlin Öffentlichkeitsarbeit, Gremien- und Netzwerkarbeit und beteiligt sich an der quantitativen und qualitativen Weiterentwicklung der Hospiz- und Palliativstrukturen im Land Berlin. Gegenüber den Krankenkassen nimmt er die Aufgabe einer Verhandlungsgemeinschaft bei Vertragsverhandlungen wahr. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit stellt die jährlich stattfindende Hospizwoche einen besonderen Schwerpunkt dar. Durch die Geschäftsstelle werden die Aktivitäten entsprechend unterstützt und zielen vor allem auf den reibungslosen Ablauf der allgemeinen Verwaltung des Verbandes ab.

Zielgruppen

Die Geschäftsstelle arbeitet nach Weisung des Vorstandsvorsitzenden bzw. des geschäftsführenden Vorstandes - bzw. nach Absprache mit dem geschäftsführenden Vorstand auch der Beisitzer des Vorstandes. Je nach übertragener Aufgabe stellen die Zielgruppen der Arbeit der Geschäftsstelle die Zielgruppen des HPV Berlin dar. Dazu gehören die Mitgliedsorganisationen, Politik und Verwaltung, Krankenkassen, andere Träger und Verbände, Gremien und Netzwerke, die schwerstkranken und sterbenden Menschen mit den Angehörige/Nahestehenden selbst sowie die allgemeine Öffentlichkeit.

Aufgaben

Der Schwerpunkt des vom Land Berlin geförderten Projektes besteht vorrangig in der Unterstützung der grundsätzlich ehrenamtlich betriebenen Verbandsarbeit. Die Aufgaben entsprechen der üblichen Geschäftsstellentätigkeit, wie allgemeine Verwaltung (Weitergabe von Informationen, Erstellung und Weitergabe von Protokollen, Schriftverkehr, Terminüberwachung, Aktenablage, Führung der Akten und der Statistik), Buchhaltung und Kassenführung sowie Einarbeitung und Pflege von Informationen auf den Internetseiten des HPV. Im Besonderen gehören auch die Teilnahme an den Sitzungen der AG Öffentlichkeitsarbeit und Übernahme relevanter Aufträge, insb. zur Organisation der jährlich stattfindenden Hospizwoche, sowie die Erfassung, Weiterleitung, Bearbeitung und Dokumentation von Beratungsanfragen sowie der Anfragen von HPV Mitgliedern/Anwärtern zum Aufgabenspektrum.

Finanzierung / Ressourcen

Das Projekt wird durch das Land Berlin seit 2000 gefördert. Vom Träger wird der vom Land gewährte Zuschuss durch Eigenmittel (Mitgliedsbeiträge, Spenden) um 5.600 € aufgestockt. Die Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Berliner Hospizwoche wird zusätzlich durch Drittmittel gefördert.

Leistungen 2011

Die Darstellung der Leistungen konzentriert sich auf den Bereich Anfragenbearbeitung, der von entsprechend großer Außenwirkung ist. Die Daten dokumentieren eindrucksvoll die wichtige Aufgabe der Geschäftsstelle als sog. Schaltzentrale zwischen den einzelnen Zielgruppen. Insgesamt erreichten den HPV in 2011 2.459 Anfragen, von denen fast die Hälfte von Verbandsmitgliedern, rund 700 von anderen Institutionen und über 500 von Privatpersonen kamen.

Im Schnitt hat die Geschäftsstelle die Hälfte der Anfragen von Institutionen und Privatpersonen direkt beantwortet. Siehe dazu die folgende Übersicht.

Bearbeitung von Anfragen

Bearbeiter	Personen	Institutionen
von der Geschäftsstelle direkt beantwortet	247	389
vom Vorstand bearbeitet	19	47
an die Zentrale Anlaufstelle Hospiz weitergeleitet	30	26
an einzelne Hospiz- und Palliativdienste weitergeleitet	228	214
gesamt	524	676

In 2010 und 2011 hat die Geschäftsstelle darüber hinaus eine wichtige Aufgabe bei der Erstellung des 3. Hospiz- und Palliativkonzeptes für das Land Berlin übernommen, indem sie für die Leistungsbilanz die freiwillig zur Verfügung gestellten Daten der Mitgliedsorganisationen koordinierte.

Angebotsbereich 2.1 – Selbsthilfeprojekte für Senioren, für Menschen mit Behinderung und für Sonstige

Allgemeiner Überblick

Nach wie vor stellen die Selbsthilfegruppen und -projekte eine wichtige Ergänzung zum professionellen Versorgungssystem dar. Zentrale Merkmale der Selbsthilfe sind die gemeinsame Betroffenheit, das heißt die eigenen Probleme in die Hand zu nehmen und im Rahmen der eigenen Möglichkeiten aktiv zu werden. Die Motive für die Gründung von Selbsthilfegruppen und -organisationen waren und sind vielfältig. Sie reichen von gesundheitlichen Problemen bis hin zu Menschen in besonderen Situationen beispielsweise Seniorinnen und Senioren, Arbeitslosen-Initiativen, Frauenselbsthilfegruppen, Integrationselbsthilfegruppen oder andere sozial tätige Gruppen für Erwachsene.

Entwicklungen

Die Angebote benötigen weiterhin regelmäßige Unterstützung. Aufgrund der engen finanziellen Spielräume, sollte zukünftig insbesondere durch regelmäßige Netzwerktreffen eine engere Projektbegleitung erfolgen.

In der Projektgruppe wurden die einzelnen Selbsthilfeprojekte vorgestellt, Schwerpunkte der Arbeitsplanung 2012 festgelegt und die Verlagerung des Projektes 542 – Eltern für Integration – in den Behindertenbereich besprochen. Da die thematische Zuordnung dieses Projektes im Bereich der Beratungsprojekte für Menschen mit Behinderung (3.2.1) sinnvoller wäre, soll dieses Projekt perspektivisch in den entsprechenden Angebotsbereich wechseln.

Zusammenfassende Darstellung der Daten für 2.1.1

Im Angebotsbereich 2.1.1 wurde das Projekt Großelterndienst des Berliner Frauenbund 1945 e.V. gefördert.

	2007	2008	2009	2010	2011
Anzahl Projekte	5	1	1	1	1
Zuwendungssumme (in Euro)	184.029,03	54.615,03	54.615,03	54.615,03	54.615,03

Quellen: 2007 bis 2010: Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege,

2011: Landesamt für Gesundheit und Soziales

Der Großelterndienst vermittelt Wunschgroßeltern an die Kinder Alleinerziehender und hilft somit sowohl den alleinerziehenden Eltern als auch den älteren Menschen (Wunschgroßeltern). Durch den Einsatz der Wunschgroßeltern wird den alleinerziehenden Eltern u.a. der Wiedereinstieg in den Beruf bzw. der Erhalt des Arbeitsplatzes ermöglicht – sie werden entlastet in ihrer Doppelrolle als Mutter und Erwerbstätige. Durch die Betreuung der Kinder der Alleinerziehenden erleben die älteren Menschen wieder das Gefühl, gebraucht zu werden, für andere Menschen eine Bedeutung zu haben.

Dies ist unerlässlich für Selbstbewusstsein und psychische Stabilität, gerade in der heutigen Zeit mit zunehmenden Einpersonenhaushalten.

Soziodemografische Daten

Die Angebote wurden in 2011 von insgesamt 470 Personen genutzt, was einen leichten Rückgang der Nutzung gegenüber 2010 (489 Nutzerinnen und Nutzer) bedeutet. Die Altersverteilung der Nutzerinnen und Nutzer zeigt, dass das Angebot schwerpunktmäßig von Personen der Altersgruppe 60-69 Jahre genutzt wird. Die meisten Nutzerinnen und Nutzer waren Frauen (426, 90,6%). Dies setzt den Trend der vergangenen Jahre fort.

Leistungsdaten

Informationen, Beratungen, Vermittlungen und Hausbesuche

Im Projekt wurden 4.162 Informationen weitergegeben, dies bedeutet gegenüber 2010 einen Rückgang von 13,4%. Ratsuchende wurden 270 Mal beraten, demgegenüber stand 2010 eine Beratungsanzahl von 384. In 195 Fällen fand eine Vermittlung (an Fachkräfte bzw. Fachstellen: 2, von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern: 167, an Selbsthilfegruppen und ehrenamtliche Initiativen: 26) statt, was einen leichten Rückgang um 8% gegenüber dem Jahr 2010 bedeutet. Hausbesuche fanden nicht statt.

Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen und Treffen von Selbsthilfegruppen

Öffentlichkeitsarbeit, in Form von Werbematerialerstellung, Pressearbeit, Medienarbeit, Teilnahme an Fachtagungen, Internetauftritt, ist mit 27 Aktivitäten verzeichnet und damit weiter sehr präsent. Es wurden 39 Veranstaltungen (Informationsveranstaltungen, Fortbildungen, kulturelle Veranstaltungen, Gesprächsgruppe und Ausflüge) angeboten, die von geschätzt 508 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht wurden. Bei einer Veranstaltung mehr ist die geschätzte Teilnehmerzahl im Vergleich zum Vorjahr um 66 Personen gesunken. Es trafen sich 9 Selbsthilfegruppen mit einer durchschnittlichen Teilnehmerzahl von 27 Personen, damit wurden die Selbsthilfegruppen von durchschnittlich 22 Personen mehr genutzt als 2010.

Ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

In 2011 beschäftigte das Projekt 15 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dies sind drei mehr als im Vorjahr. Nachdem 2010 alle Frauen waren, sind in 2011 13,3% der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter männlich.

Probleme im Berichtszeitraum

Der Großelterndienst formulierte die dringende Notwendigkeit, die personelle Ausstattung des Projektes zu verbessern, da der Bedarf stetig steigt und nicht gedeckt werden kann. Immer mehr Alleinerziehende wenden sich an das Projekt, da die Arbeitszeiten nicht mit den Kinderbetreuungszeiten übereinstimmen. Für die gezielte Werbung neuer Wunschgroßeltern ist keine freie Kapazität im Projekt vorhanden.

Bewertung

Die Zahlen zeigen, dass das Projekt weiterhin einen großen Zulauf hat. Auch wenn die Zahlen in einigen Bereichen einen leichten Rückgang erkennen lassen, kann der Großelterndienst den enormen Bedarf nicht decken, da nicht genügend Wunschgroßeltern geworben werden können. Das Projekt leistet einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag und ist ein wichtiger Bestandteil im

Angebotsbereich der Selbsthilfe. Gemeinsam mit dem Großelterndienst sollten Lösungsmöglichkeiten für die Gewinnung weiterer Wunschgroßeltern entwickelt werden.

Zusammenfassende Darstellung der Daten für 2.1.4

Im Förderbereich 2.1.4 wurde das Projekt P 542 – Eltern für Integration e.V. gefördert.

	2007	2008	2009	2010	2011
Anzahl Projekte	4	1	1	1	1
Zuwendungssumme (in Euro)	39.125,43	12.885,--	12.885,--	12.885,--	12.885,--

Quellen: 2007 bis 2010: Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege,

2011: Landesamt für Gesundheit und Soziales

Das Projekt Eltern für Integration ist eine Anlaufstelle für Eltern mit behinderten Kindern. Sie können hier eine Beratung, grundsätzliche Informationen, Entscheidungshilfen sowie sozialpädagogische Anleitung und Unterstützung in Einzel- und Gruppengesprächen nutzen.

Soziodemografische Daten

Die Angebote wurden in 2011 von insgesamt 310 Personen genutzt, was einen leichten Anstieg der Nutzung gegenüber 2010 (270 Nutzerinnen und Nutzer) bedeutet. Die Altersverteilung der Nutzerinnen und Nutzer zeigt, dass das Angebot schwerpunktmäßig von Personen der Altersgruppe bis 17 Jahre genutzt wird. Angaben zum Geschlecht der Nutzerinnen und Nutzer lagen nicht vor.

Leistungsdaten

Informationen, Beratungen, Vermittlungen und Hausbesuche

Im Projekt wurden 335 Informationen weitergegeben, dies bedeutet gegenüber 2010 einen Anstieg von 5,1%. Beratungen fanden, wie im Vorjahr, nicht statt. In 184 Fällen fand eine Vermittlung (an Fachkräfte bzw. Fachstellen: 67, von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern: 15, an Selbsthilfegruppen und ehrenamtliche Initiativen: 102) statt, was einen leichten Anstieg um 9,2% gegenüber dem Jahr 2010 bedeutet. Hausbesuche und Begleitungen fanden 62 Mal statt, also zu 12,9% häufiger als 2010.

Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen und Treffen von Selbsthilfegruppen

Öffentlichkeitsarbeit, in Form von Werbematerialerstellung, Pressearbeit, Medienarbeit, Teilnahme an Fachtagungen, Internetauftritt, ist mit 87 Aktivitäten verzeichnet. Die Teilnahme an Fachtagungen bildete hier, wie im Vorjahr, den Schwerpunkt. Es wurden 28 Veranstaltungen (Informationsveranstaltungen, Fortbildungen, kulturelle Veranstaltungen, Gesprächsgruppe und Ausflüge) angeboten die von geschätzt 510 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht wurden. Bei vier Veranstaltungen weniger ist die geschätzte Teilnehmerzahl im Vergleich zum Vorjahr um 120 Personen gesunken. Selbsthilfegruppen gab es in diesem Berichtszeitraum nicht, nachdem es in 2010 noch eine Gruppe mit durchschnittlich 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gab.

Ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

In 2011 beschäftigte das Projekt 17 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dies sind zwei mehr als im Vorjahr. Zum Geschlecht wurden keine Angaben gemacht.

Bewertung

Die Zahlen zeigen, dass das Projekt weiterhin einen großen Zulauf hat und seine Daten in den Leistungsbereichen überwiegend erhöhen konnte. Das Projekt leistet einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag und ist ein wichtiger Bestandteil im Angebotsbereich der Selbsthilfe.

Zusammenfassende Darstellung der Daten für 2.1.5

Im Förderbereich 2.1.5 wurden die Projekte Berliner Arbeitslosenzentrum evangelischer Kirchenkreise e.V. (BALZ) und Berliner Frauenbund 1945 e.V. (Lehrgang: Mehr Frauen in die öffentliche Verantwortung) gefördert.

	2007	2008	2009	2010	2011
Anzahl Projekte	2	2	2	2	2
Zuwendungssumme (in Euro)	53.330,75	53.330,75	53.330,75	60.415,65	53.330,75

Quellen: 2007 bis 2010: Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege,

2011: Landesamt für Gesundheit und Soziales

Das Projekt des Berliner Arbeitslosenzentrum evangelischer Kirchenkreise e.V. (BALZ) trägt den Titel „Treffpunkt für Arbeitslose, Koordination und Anleitung von Selbsthilfegruppen“. Das BALZ betreibt ein Beratungs- und Begegnungszentrum für Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen. Arbeitslose sollen hier aufgefangen werden bevor soziale Bindungen wegbrechen und die Fähigkeit, am gesellschaftlichen Leben zu partizipieren, deutlich abnimmt. Das Projekt leistet Hilfe zur Selbsthilfe, indem es die Selbsthilfepotentiale der Arbeitslosen stärkt.

Das Fortbildungsprojekt des Berliner Frauenbund 1945 e.V. realisiert jährlich eine Qualifikation für soziale, politische und kulturelle Leitungsaufgaben für Frauen „Mehr Frauen in die öffentliche Verantwortung“. Dieses Fortbildungsangebot zielt auf den Qualifizierungs- und Orientierungsbedarf für gesellschaftliche Arbeit.

Soziodemografische Daten

Die Angebote wurden in 2011 von insgesamt 239 Personen genutzt, was einen leichten Rückgang der Nutzung gegenüber 2010 (252 Nutzerinnen und Nutzer) bedeutet. Die Altersverteilung der Nutzerinnen und Nutzer zeigt, dass das Angebot schwerpunktmäßig von Personen der Altersgruppe 28 bis 59 Jahre genutzt wird. Die meisten Nutzerinnen und Nutzer waren Frauen (172, 73%). Dies setzt den Trend der vergangenen Jahre fort.

Leistungsdaten

Informationen, Beratungen, Vermittlungen und Hausbesuche

In den Projekten wurden 245 Informationen weitergegeben, dies bedeutet gegenüber 2010 einen leichten Rückgang um 2. Beratungen fanden 224 Mal und damit 11 Mal weniger als im Vorjahr statt. In 22 Fällen fand eine Vermittlung (an Fachkräfte bzw. Fachstellen: 14, von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern: 2, an Selbsthilfegruppen und ehrenamtliche Initiativen: 6) statt.

Hausbesuche und Begleitungen fanden 25 Mal statt, gegenüber 2010 ist hier demnach eine marginale Erhöhung zu verzeichnen.

Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen und Treffen von Selbsthilfegruppen

Öffentlichkeitsarbeit, in Form von Werbematerialerstellung, Pressearbeit, Medienarbeit, Teilnahme an Fachtagungen, Internetauftritt, ist mit 84 Aktivitäten verzeichnet. Es wurden 20 Veranstaltungen (Informationsveranstaltungen, Fortbildungen, kulturelle Veranstaltungen, Gesprächsgruppe und Ausflüge) angeboten die von geschätzt 450 Teilnehmerinnen und Teilnehmer besucht wurden. Bei einer Veranstaltung weniger ist die geschätzte Teilnehmerzahl im Vergleich zum Vorjahr um 15 Personen gesunken. Es trafen sich 9 Selbsthilfegruppen mit einer durchschnittlichen Teilnehmerzahl von 15 Personen, damit konnte die Zahl der Selbsthilfegruppen im Vergleich zu 2010 stabil gehalten werden.

Ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

In 2011 beschäftigten die Projekte 11 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dies ist einer mehr als im Vorjahr.

Probleme im Berichtszeitraum

Das Projekt des Berliner Frauenbundes 1945 e.V. hatte Probleme für den laufenden Lehrgang die volle Anzahl von Teilnehmerinnen zu erreichen. Die hierdurch entstandenen Mindereinnahmen konnten jedoch im Berichtszeitraum durch die Reduzierung des Supervisionsangebotes von 3 auf 2 Gruppen und der Einsparung einer Fachdozentin ausgeglichen werden.

Bewertung

Die Zahlen zeigen, dass die Projekte weiterhin einen großen Zulauf haben und ihre Daten in den Leistungsbereichen teilweise erhöhen konnten. Die Projekte leisten einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag und sind ein wichtiger Bestandteil im Angebotsbereich der Selbsthilfe.

Angebotsbereiche 2.2 – Ehrenamtliche Besuchsdienste und Allgemeine ehrenamtliche Tätigkeiten

Allgemeiner Überblick

Die Besuchsdienstprojekte werden im Angebotsbereich 2.2 zusammengefasst und umfassen 2.2.1 Krankenhausbesuchsdienst, 2.2.2 Koordinierung ehrenamtlicher Besuchsdienste, 2.2.4 Besuchsdienst für Hilfebedürftige und 2.2.5 Allgemeine ehrenamtliche Tätigkeiten.

Ehrenamtliche Besuchsdienste haben als Betätigungsfeld von ehrenamtlich engagierten Menschen in Berlin eine lange Tradition. Sie stellen eine sinnvolle Ergänzung zum Engagement der hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheits- und Sozialbereich dar. Ehrenamtliche Besuchsdienste kümmern sich um einsame alte, kranke, schwerstkranke und behinderte Menschen und auch um schwerstkranke Kinder. Die Betreuung wird in Krankenhäusern, Altenpflegeeinrichtungen, Hospizen und zu Hause durchgeführt.

Entwicklungen in den Angebotsbereichen

Die demographische Entwicklung hat bereits jetzt Auswirkungen auf den Angebotsbereich der Besuchsdienste. Zum einen steigt der Bedarf für Besuchsdienste, da die Zahl der alleinlebenden älteren Menschen steigt. Zum anderen sinken die Helferzahlen, denn die aktiven Helferinnen und Helfer werden immer älter bzw. scheiden aus, während die nächste Helferinnen- und Helfer-Generation nicht in gleicher Anzahl zur Verfügung steht. Darüber hinaus steigt die Alltagsbelastung der arbeitenden Menschen, so dass ein nebenberufliches ehrenamtliches Engagement weniger möglich ist.

Die Angebote benötigen weitere Unterstützung, insbesondere durch regelmäßige Netzwerktreffen, so dass der bestehende Bedarf durch die gute Kommunikation der Projekte untereinander – gemeinsam – so gut wie möglich aufgefangen werden kann.

Da aufgrund der engen finanziellen Ressourcen die Projekte kaum einen Spielraum haben, jedoch deutlich geworden ist, dass die Gewinnung von Ehrenamtlichen zunehmend schwieriger wird, soll 2012 eine Broschüre entwickelt und herausgegeben werden, um die Besuchsdienste mehr in den Focus der Öffentlichkeit zu rücken.

Die Tätigkeit der Projektgruppe war davon geprägt, allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern einen umfassenden Überblick über die Angebotsstruktur der Besuchsdienste zu geben. Darüber hinaus wurden in der Projektgruppe die Ergebnisse der Vernetzungstreffen der Besuchsdienste vorgestellt und die Schwerpunkte der Arbeitsplanung 2012 (insbesondere die Erstellung der Broschüre) besprochen.

Zusammenfassende Darstellung der Leistungsdaten für 2.2.1

In der Zielgruppe 2.2.1 wurden, wie in den Vorjahren, 11 Projekte gefördert.

	2007	2008	2009	2010	2011
Anzahl Projekte	13	11	11	11	11
Zuwendungssumme (in Euro)	72.405,82	62.949,38	62.078,75	62.078,75	62.078,23

Quellen: 2007 bis 2010: Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege,

2011: Landesamt für Gesundheit und Soziales

Soziodemografische Daten

der Nutzerinnen und Nutzer

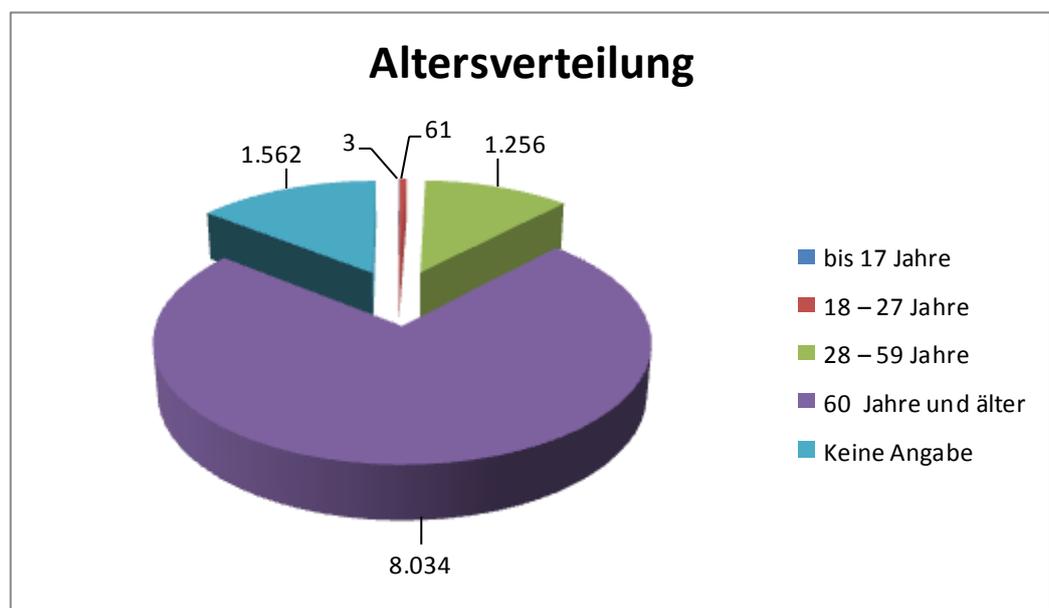


Abb.- Altersverteilung der Nutzerinnen und Nutzer

Von den insgesamt 10.916 (2010: 10.197) Nutzerinnen und Nutzer waren 8.034 Personen (74%) älter als 60 Jahre, 1.256 Personen (12%) zwischen 28 und 59 Jahre und nur 64 Personen (1%) waren jünger als 28 Jahre. Im Vergleich zu 2010 haben sich die Zahlen nicht signifikant verändert. Von den Nutzerinnen und Nutzern waren 58% (6.384 Personen) Frauen und 27% (2.964 Personen) Männer. Auch hier ist kaum eine Veränderung zum Vorjahr erkennbar. Ebenso hat sich der Anteil der Nutzerinnen und Nutzer mit anderen Muttersprachen mit 4% (427 Personen) nicht wesentlich verändert.

der Freiwilligen

In den 11 Projekten waren 342 Freiwillige tätig, dies entspricht einem Rückgang von 28 Personen im Vergleich zu den Daten von 2010. 273 Personen (80%) waren älter als 60 Jahre, 66 Personen (19%) waren zwischen 28 und 59 Jahren, 3 Personen (1%) waren zwischen 18 und 27 Jahren alt. Nur 77 Männer (23%) engagierten sich in den Besuchsdienstprojekten im Gegensatz zu 265 Frauen (77%). Die meisten Freiwilligen (94%, 304 Personen) haben wie in den Vorjahren Deutsch als Muttersprache. Die soziodemographischen Daten der Freiwilligen haben sich demgemäß im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert.

Leistungen

Besuche und Begleitungen durch Freiwillige

Es wurden 10.786 Personen (2010: 10.079) besucht, 213 (2%) davon litten unter einer dementiellen Erkrankung. Insgesamt wurden 31.032 Besuche (2010: 36.549) und 2.410 Begleitungen (2010: 1.772) durchgeführt. Auch hier kann man an den aktuellen Zahlen im Vergleich zum Vorjahr die konstante Projektdurchführung ablesen. Die Daten zur telefonischen Betreuung kann für diesen Bereich nicht ausgewertet werden, da ein Träger im Vergleich zum Vorjahr eine andere Zählweise angewandt hat und die ursprünglichen Daten durch den Träger nicht mehr recherchiert werden können.

Leistungen, die für die Freiwilligen erbracht werden

Für die freiwilligen Helferinnen und Helfer wurden 36 Dankeschön-Veranstaltungen (2010: 40), 251 Beratungen (2010: 256) sowie 59 Qualifizierungen (2010: 50) durchgeführt. Gravierende Veränderungen zum Vorjahr sind auch hier nicht erkennbar.

Probleme im Berichtszeitraum

Das Projekt P 072 berichtete, dass die Anzahl der betreuten Personen mit beginnender Demenzerkrankung zunimmt. Dies zeigt eine Entwicklung, von der in den Netzwerktreffen auch andere Projekte berichtet haben. Die Schwierigkeit für die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, mit diesem Krankheitsbild umzugehen nimmt demnach zu. Das Projekt P 079 gab an, dass es immer schwieriger wird geeignete Ehrenamtliche für den Besuchsdienst zu finden.

Entwicklungen/ Planungen im Berichtszeitraum

Das Projekt P 072 teilte mit, dass der Besuchsdienst auf das private Wohnumfeld erweitert wurde. Hierdurch soll der Kreis der Nutzerinnen und Nutzer ausgebaut und dadurch dem großen Bedarf Rechnung getragen werden. Das Projekt P 230 plant, die Anzahl der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erhöhen, da die Nachfrage weiterhin ungebrochen groß ist und mit den aktuell verfügbaren ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern nicht abzudecken ist.

Bewertung

Die Zahlen zeigen, dass die Projekte ihre Arbeit konstant fortgesetzt haben. Die Projekte leisten einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag zur Unterstützung/Begleitung alleinlebender Menschen.

Zusammenfassende Darstellung der Leistungsdaten für 2.2.2

Im Angebotsbereich 2.2.2 werden, wie in den Vorjahren, 9 Projekte gefördert.

	2007	2008	2009	2010	2011
Anzahl Projekte	8	9	9	9	9
Zuwendungssumme (in Euro)	135.995,20	143.312,17	143.164,58	143.164,58	141.386,27

Quellen: 2007 bis 2010: Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege,

2011: Landesamt für Gesundheit und Soziales

Soziodemografische Daten

der Nutzerinnen und Nutzer

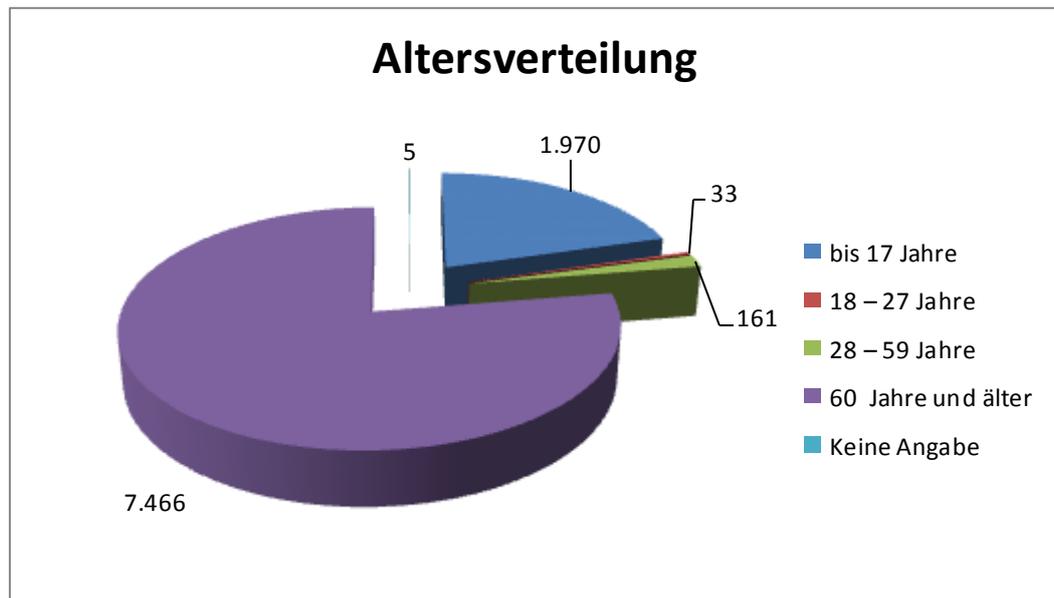


Abb.- Altersverteilung der Nutzerinnen und Nutzer

Die Gesamtzahl der Nutzerinnen und Nutzer beträgt 9.635 Personen (2010: 4.814). Die Mehrzahl der Nutzerinnen und Nutzer (7.466, 77%) ist 60 Jahre und älter, 161 Personen (2%) sind zwischen 28 und 59 Jahre, 33 Personen (unter 1%) sind zwischen 18 und 27 Jahre und 1.970 Personen (20%) sind unter 18 Jahre alt. Von den Nutzerinnen und Nutzer waren 1.386 Männer bzw. Jungen (41%) und 2009 Frauen bzw. Mädchen (59%). Deutsch war für 2.712 Personen (80%) die Muttersprache, für 683 der Nutzerinnen und Nutzer (20%) wurde eine andere Muttersprache angegeben.

In dieser Betrachtung sind erstmals auch die Daten vom Projekt P 523 mit eingeflossen, da für 2011 vom Träger soziodemographische Angaben gemacht wurden. Darüber hinaus wurden im Gegensatz

zu 2010 die statistischen Daten der Projekte P 82 und P 83 nur einmal erfasst, denn es handelt sich real nur um ein Projekt (In 2012 werden diese beiden Projektnummern entsprechend zusammengefasst). Die Vergleichbarkeit mit den Daten aus 2010 ist aus diesen Gründen nicht möglich, jedoch ist in den Netzwerkgesprächen deutlich geworden, dass alle Projekte ihre Arbeit konstant fortgesetzt haben. Die Nutzerdaten vom Projekt P 084 können, wie auch in 2010, nicht ausgewertet werden, da keine Angaben gemacht wurden.

der Freiwilligen

Insgesamt waren 623 Freiwillige in den 9 Projekten tätig. 212 Helferinnen und Helfer sind 60 Jahre und älter, 188 Helferinnen und Helfer sind zwischen 28 und 59 Jahre und 23 Personen sind im Alter von 18 bis 27 Jahre. 252 der ehrenamtlich Tätigen sind Frauen und 171 sind Männer. Die überwiegende Mehrheit der Freiwilligen (333 Personen) hat Deutsch als Muttersprache und nur 90 Helferinnen und Helfer haben eine andere Muttersprache. Das Projekt P 084 hat keine soziodemographischen Daten für die Freiwilligen (200) angegeben, dadurch ist eine Auswertung mit Prozentangaben für diesen Bereich nicht sinnvoll. Die statistischen Daten der Projekte P 82 und P 83 wurden nur einmal erfasst, denn es handelt sich real nur um ein Projekt (In 2012 werden diese beiden Projektnummern entsprechend zusammengefasst). Die Vergleichbarkeit mit den Daten aus 2010 ist daher nicht möglich, jedoch ist in den Netzwerkgesprächen deutlich geworden, dass alle Projekte ihre Arbeit konstant fortgesetzt haben.

Leistungen

Besuche und Begleitungen durch Freiwillige

Im Berichtszeitraum wurden 3.455 telefonische Betreuungen und 252 Veranstaltungen durchgeführt. Es wurden 9.524 Personen besucht, 99 davon litten an Demenz. Insgesamt wurden 15.374 Besuche und 2.650 Begleitungen durchgeführt. Die statistischen Daten der Projekte P 82 und P 83 wurden nur einmal erfasst, denn es handelt sich real nur um ein Projekt (In 2012 werden diese beiden Projektnummern entsprechend zusammengefasst). Die Vergleichbarkeit mit den Daten aus 2010 ist daher nicht möglich, jedoch ist in den Netzwerkgesprächen deutlich geworden, dass alle Projekte ihre Arbeit konstant fortgesetzt haben.

Leistungen, die für die Freiwilligen erbracht werden

Für die Freiwilligen wurden 12 Dankeschön-Veranstaltungen, 793 Beratungen und 80 Qualifizierungen durchgeführt. Die statistischen Daten der Projekte P 82 und P 83 wurden nur einmal erfasst, denn es handelt sich real nur um ein Projekt (In 2012 werden diese beiden Projektnummern entsprechend zusammengefasst). Die Vergleichbarkeit mit den Daten aus 2010 ist daher nicht möglich, jedoch ist in den Netzwerkgesprächen deutlich geworden, dass alle Projekte ihre Arbeit konstant fortgesetzt haben.

Probleme im Berichtszeitraum

Das Projekt P 084 berichtet dass die stetig wachsende Zahl von freiwillig Engagierten bei nur einer hauptamtlichen Koordination zunehmend zu Kapazitätsgrenzen führt. Hier sollte im Rahmen der Netzwerktreffen nach Lösungsmöglichkeiten gesucht werden, um eine Überlastung der Koordination zu vermeiden. Das Projekt P 523 beklagt, dass geeignete Mensch-Hunde-Teams fehlen. Im Berichtszeitraum konnten die Anfragen von 60 Pflegeeinrichtungen nicht erfüllt werden – diese Einrichtungen stehen weiterhin auf der Warteliste. Auch hier sollte in den Netzwerktreffen der Austausch mit den anderen Projekten gesucht werden. Auch die geplante Erstellung der Broschüre „Berlin besucht - Unterwegs sein zum Menschen“ als Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit für

alle Besuchsdienstprojekte wird ein Instrument sein, um für das Projekt P 523 mehr Mensch-Hunde-Teams zu akquirieren.

Entwicklungen/ Planungen im Berichtszeitraum

Das Projekt P 082 berichtet, dass die Nachfrage nach Besuchsdiensten für Angehörige in Pflegeheimen weiterhin ansteigt und nicht alle angefragten Betreuungen mit den Besuchen Ehrenamtlicher abgedeckt werden können. Die Gewinnung Ehrenamtlicher ist nach wie vor eine Hauptaufgabe. Auch hier wird die geplante Broschüre die Öffentlichkeitsarbeit des Projektes unterstützen, um möglichst viele neue Ehrenamtliche zu gewinnen. Das Projekt P 084 möchte zukünftig stärker Menschen mit Behinderungen als ehrenamtliche Helferinnen und Helfer im Besuchsdienst einsetzen. Der Gedanke, dass sich Menschen mit Behinderungen für das Gemeinwesen engagieren und selbst ehrenamtlich tätig werden soll mehr Gewicht bekommen. Dieses Thema soll in den nächsten Netzwerktreffen aufgegriffen und diskutiert werden, denn ggf. ist dieser Ansatz auch für andere Besuchsdienstprojekte zukünftig interessant.

Bewertung

Die Zahlen zeigen, dass die Projekte ihre Arbeit konstant fortgesetzt haben. Die Projekte leisten einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag zur Unterstützung/Begleitung alleinlebender Menschen.

Zusammenfassende Darstellung der Leistungsdaten für 2.2.4

In der Zielgruppe 2.2.4 wird das Projekt P 077 gefördert.

	2007	2008	2009	2010	2011
Anzahl Projekte	1	1	1	1	1
Zuwendungssumme (in Euro)	7.413,--	7.413,--	7.413,--	7.413,--	7.413,--

Quellen: 2007 bis 2010: Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege,
2011: Landesamt für Gesundheit und Soziales

Soziodemografische Daten

der Nutzerinnen und Nutzer

Im Berichtszeitraum wurden 202 Nutzerinnen und Nutzer erfasst, damit konnte das Projekt des HVD 107 Nutzerinnen und Nutzer mehr erreichen als im Jahr 2010. 74,7% (151 Personen) waren Frauen und 25,2% (51 Personen) waren Männer. Die Verteilung der Geschlechter bei den Nutzerinnen und Nutzern hat sich demnach gegenüber 2010 nur wenig verändert. Fast alle Nutzerinnen und Nutzer waren 60 Jahre und älter (200 Personen; 99%) und nur 2 waren zwischen 28 und 59 Jahren (1%), dies setzt den Trend von 2010 fort, dass dieses Angebot vorrangig ältere Menschen erreicht. Genau diese Aussage lässt sich auch in Bezug auf die Muttersprache der Nutzerinnen und Nutzer machen (99% deutsch, 1% andere), denn sehr ähnliche Werte wurden 2010 erfasst.

der Freiwilligen

32 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, waren im Berichtszeitraum für das Projekt aktiv, dies bedeutet einen Zuwachs von Freiwilligen um 3 Personen. 43,7% (14 Personen) davon waren 18-27 Jahre und 56,3% (18 Personen) waren 28-59 Jahre. Hier ist eine deutliche Veränderung zum Vorjahr zu erkennen, da 2010 noch die Mehrzahl der Freiwilligen 60 Jahre und älter waren. Die Verteilung der Geschlechter hat sich nicht verändert und bleibt bei 69% Frauen und 31% Männer. Alle Freiwilligen waren deutscher Muttersprache, demnach ist der einzige Freiwillige mit anderer Muttersprache von 2010 ausgeschieden.

Leistungen

Besuche und Begleitungen durch Freiwillige

Im Berichtszeitraum gab es 600 telefonische Betreuungen (2010: 525) sowie 40 Veranstaltungen (2010: 25). Es wurden 53 Personen besucht und dies bedeutet eine Erhöhung um 10 Personen gegenüber 2010. Es wurden 360 Besuche (2010: 200) sowie 600 Begleitungen (2010: 250) durchgeführt. Hier ist eine deutliche Leistungssteigerung erkennbar.

Leistungen, die für die Freiwilligen erbracht werden

Für die Freiwilligen gab es eine Dankeschön-Veranstaltung (2010: 1), 8 Beratungen (2010: 10) und 12 Qualifizierungen bzw. Fortbildungen (2010: 12). Diese Leistungszahlen blieben somit konstant.

Entwicklungen/ Planungen im Berichtszeitraum

Es wird eine Regionalisierung des Projektes angestrebt und es soll eine feste Koordinierung für das Projekt eingerichtet werden. Die Weiterführung der koordinierenden Aufgaben, durch andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit anderen Aufgaben, als „Nebenaufgabe“ ist nicht weiter tragbar, da sich das Projekt weiterentwickelt und wachsen wird. Der Bedarf für eine ausgeweitete Projektdurchführung ist eindeutig vorhanden, da derzeit lange nicht alle Anfragen bedient werden können, bzw. ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fehlen.

Bewertung

Die Zahlen zeigen, dass das Projekt seine Arbeit konstant fortgesetzt hat und darüber hinaus viele Leistungsdaten erhöhen konnte. Das Projekt leistet einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag zur Unterstützung/Begleitung alleinlebender Menschen.

Zusammenfassende Darstellung der Leistungsdaten für 2.2.5

In der Zielgruppe 2.2.5 werden, wie in den Vorjahren, 2 Projekte gefördert. Bei den Projekten des Unionhilfswerk e.V. und bei dem Projekt „BERTA“ des AWO Nordost e.V. handelt es sich um Besuchsdienstprojekte deren Ziel es ist, der Vereinsamung alleinlebender meist älterer Menschen entgegenzuwirken.

	2007	2008	2009	2010	2011
Anzahl Projekte	3	2	2	2	2
Zuwendungssumme (in Euro)	36.855,-	28.675,-	28.675,-	28.675,-	28.675,-

Quellen: 2007 bis 2010: Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege,

2011: Landesamt für Gesundheit und Soziales

Soziodemografische Daten

der Nutzerinnen und Nutzer

Hierzu hat nur P 174 Angaben gemacht. Es wurden 64 Nutzerinnen und Nutzer erreicht (28 Männer und 35 Frauen). In 2012 hat die Projektleitung gewechselt und erstmals wurden in der statistischen Auswertung lediglich die Nutzerinnen und Nutzer des Besuchsdienstes erfasst und nicht mehr die Nutzerinnen und Nutzer der Seniorentreffpunkte. So ist die große Diskrepanz der Zahlen im Vergleich zum Vorjahr (2010: 3.600 Nutzerinnen und Nutzer) zu erklären. Die Arbeit des Besuchsdienstes wurde konstant fortgesetzt und ist jetzt erstmals eigenständig statistisch erfasst. Der Anteil der Nutzerinnen und Nutzer mit anderer Muttersprache hat sich gegenüber 2010 kaum verändert und liegt bei 7,8%. Die Altersverteilung hat sich ebenfalls nicht wesentlich verändert, denn weiterhin ist die überwiegende Mehrheit der Nutzerinnen und Nutzer 60 Jahre und älter. Nur eine Person war im Bereich 28-59 Jahre erfasst.

der Freiwilligen

In den beiden Projekten wurden im Berichtszeitraum 255 freiwilligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, dies bedeutet gegenüber 2010 einen Rückgang von 6 Personen. Der überwiegende Anteil mit 211 Personen (82,7%) ist 60 Jahre und älter, während 44 Personen (17,3%) im Bereich 28-59 Jahre erfasst sind. Diese Altersverteilung setzt den Trend der vergangenen Jahre fort. 74,5% der Freiwilligen waren Frauen (190) und 25,5% waren Männer. Fast alle Helferinnen und Helfer (98,8%, 252) haben Deutsch als Muttersprache. Auch hier zeigen sich keine nennenswerten Unterschiede zum Vorjahr.

Leistungen

Besuche und Begleitungen durch Freiwillige

Es wurden im Berichtszeitraum 2.282 Besuche durchgeführt, dies entspricht einem Zuwachs von 418 Besuchen im Vergleich zum Vorjahr. Zur telefonischen Betreuung und zu den Begleitungen hat nur das Projekt P 085 Angaben gemacht, danach wurden 802 telefonische Betreuungen und 206 Begleitungen durchgeführt und ein Vergleich zu den Gesamtzahlen aus 2010 ist nicht möglich.

Leistungen, die für die Freiwilligen erbracht werden

Für die Freiwilligen wurden 4 (2010: 25) Dankeschön-Veranstaltungen, 1.168 (2010: 24) Beratungen und 6 (2010: 4) Qualifizierungen durchgeführt. Die aktuellen Zahlen weichen sehr von den Zahlen des Vorjahres ab. Dies kann mit dem Wechsel der Projektleitung bei P 174 und der engeren Projektbegleitung bei P 085 im Rahmen der Netzwerktreffen erklärt werden. Bisherige Missverständnisse bei der statistischen Erfassung konnten so besprochen werden.

Probleme im Berichtszeitraum

P 174 gab an, dass die Gewinnung jüngerer ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr schwierig ist. Dies entspricht auch den Schilderungen anderer Projekte im Netzwerktreffen der Besuchsdienste und zeigt, dass die Öffentlichkeitsarbeit ein noch wichtigerer Schwerpunkt in der Zukunft werden sollte.

Bewertung

Die Zahlen zeigen, dass die Projekte ihre Arbeit konstant fortgesetzt haben und die Anzahl der Besuche sogar steigern konnten. Die Projekte leisten einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag zur Unterstützung/ Begleitung alleinlebender Menschen.

Angebotsbereiche 3.1.2, 3.1.5 und 3.1.6

Allgemeiner Überblick

Die unter 3.1.2 - Datenbank für Menschen mit Behinderung -, 3.1.5 - Wohnplatzvermittlung und Beratung für Menschen mit Behinderung - und 3.1.6 - Treffpunkt für Menschen mit Behinderung - zusammengefassten Projekte sind teilweise als Beratungs- und Freizeitprojekte bzw. Treffpunkte konzipiert. Gemeinsam sind sie an der Zielgruppe der Menschen mit Behinderungen, vorrangig mit geistig/körperlicher Behinderung oder Lernbehinderung gepaart mit Verhaltenssymptomatik ausgerichtet. In dieser Zielrichtung sind sie als komplementäre Mosaiksteine zur regelhaften, entgeltfinanzierten Versorgungssituation im Land Berlin nicht wegzudenken in dem Angebotssystem der Behindertenhilfe.

Gerade diese Schnittstellenthematik hat an Bedeutung zugenommen und spiegelt oft Entwicklungen in seinen wechselseitigen Beziehungen zwischen zuwendungs- und entgeltfinanzierten Angeboten wieder.

Entwicklung im Angebotsbereich

Die Neukonstituierung der Regierung in Berlin nach den Wahlen zum Abgeordnetenhaus hat in sozialpolitischer und fachlicher Hinsicht die bisherigen Zielrichtungen verändert. Im Einzelnen wird dies in den Anforderungen an die Projekte deutlich.

Angebotsbereich 3.1.2 - Datenbank für Menschen mit Behinderung

	2007	2008	2009	2010	2011
Anzahl Projekte	1	1	1	1	1
Zuwendungssumme (in Euro)	35.790,--	35.790,--	35.790,--	35.790,--	35.790,--

Quellen: 2007 bis 2010: Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege,

2011: Landesamt für Gesundheit und Soziales

Das Projekt wurde zunehmend in seiner Breite den Anforderungen und Nachfragen entsprechend angepasst, d.h. die ursprüngliche Ausrichtung, eine Informationsquelle für Menschen mit Behinderung zu entwickeln hinsichtlich der Erkenntnisse von Barrierefreiheit und Zugänglichkeit im öffentlichen Raum, zu Gebäuden, Restaurants, etc. hat sich gravierend verändert. Der Personenkreis der Anfragenden hat sich zu einem Angebot für Berlin – Besucherinnen und - Besucher, ältere Menschen, Menschen mit Kindern etc. gewandelt.

Besonders zu erwähnen ist die massive Beeinträchtigung der Dienstleistungen, die Mobidat bislang anbieten konnte, durch Wegbrechen der personellen Ressourcen, hier insbesondere der durch Kommunal Kombi finanzierten Beschäftigten. In 2012 wird sich deshalb eine erhebliche Veränderung der Strukturen ergeben müssen, soweit nicht durch Bürgerarbeit ein personaler Ersatz eintreten kann. Dies ist in 2012 stärker in den Fokus zu nehmen. Die durch einen neue Software - Wiki Navi – vorgesehene nutzerbasierende Informationsplattform wird sich einer kritischen Bewertung unterziehen lassen müssen. Ergänzend kann für 2011 noch auf die Zusammenarbeit von Mobidat mit dem Landesbeauftragten für Behinderte zum Signet Berlin barrierefrei hingewiesen werden. Hier hat Mobidat eine wesentliche unterstützende und prüfende Funktion eingenommen.

Die Weiterentwicklung des wichtigen Angebots ist strukturell unerlässlich, innovative Ansätze zur Beteiligung sind kritisch zu begleiten. Dabei wird auch die Neuordnung als Berlin Angebot zu prüfen sein.

Angebotsbereich 3.1.5 - Wohnplatzvermittlung und Beratung für Menschen mit Behinderung

Allgemeiner Überblick

Die Wohnplatzvermittlung und Beratung für Menschen mit Behinderung wird durch 5 Projekte unterschiedlicher Träger organisiert, die in der Öffentlichkeit den gemeinsamen Namen Lotse tragen. Vier Regionen plus begleitender Technik bilden den technischen Rahmen für das Gesamtprojekt.

	2007	2008	2009	2010	2011
Anzahl Projekte	5	5	5	5	5
Zuwendungssumme (in Euro)	189.050,29	189.050,29	189.050,29	189.050,29	189.050,29

Quellen: 2007 bis 2010: Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege,

2011: Landesamt für Gesundheit und Soziales

Anfragen

Wiederum ist in 2011 wie in den Vorjahren eine leichte Steigerung der Anfragen (4 % im Vergleich zu 2010) zu verzeichnen gewesen. Insgesamt waren es 1.119 Menschen mit Behinderungen, die sich selbst oder durch Dritte über Lotse informiert haben.

Die Anzahl der Direktmelder hat sich im Berichtszeitraum von 10 auf rd. 13,5 % erhöht. Der Anteil der Familienangehörigen liegt nunmehr bei rd. 34,5%. Von Seiten der Bezirksämter ebenso von Seiten der Jugendhilfeeinrichtungen sind die Anfragen leicht gesunken.

Art der Beeinträchtigungen

Als Zielgruppe ist im Beratungsauftrag die Gruppe der Menschen mit Mehrfachbehinderung, also mit geistiger und Körperbehinderung benannt. Sie liegt in der Nachfrage bei rd. 45,5 %, also ein leichter Anstieg gegenüber 2010. Es folgt die Gruppe mit geistiger Behinderung (21 %) und körperlich Behinderte mit rd. 22 %. Der Personenkreis der seelisch Behinderten nimmt weiterhin nur geringen Raum ein und entspricht damit den Zuwendungsvoraussetzungen.

Der Personenkreis der jüngeren lernbehinderten Menschen mit einem gepaarten besonderen psychosozialen Unterstützungsbedarf hat weiter zugenommen, in quantitativer und qualitativer Hinsicht.

Altersstruktur, Geschlecht, Muttersprache

Das Gesamtbild der in 2011 erhobenen Daten zeigt im Vergleich zu 2010 ein nahezu unverändertes Bild und bedarf deshalb keiner näheren Interpretation.

Die Gruppe der 18 – 29 Jährigen liegt bei rd. 43 %, der Anteil der Männer bei ca. 60 %.

Bemerkenswert ist hier auch, dass der Anteil der Nachfragen von Menschen mit Behinderungen und Migrationshintergrund einerseits leicht angestiegen ist, jedoch im Gesamtvergleich weiterhin mit 10

% erheblich unterrepräsentiert ist. Dies kann in der positiven Lesart auf gestiegenes Vertrauen und verstärkte Beratungsangebote (s. dazu P 177) zurückgeführt werden. Bei negativer Lesart sind kultursensible Strukturen und Verfahren weiterhin unzureichend präsent, auch in den entgeltfinanzierten Einrichtungen und Diensten.

Summarisch betrachtet ist die Anzahl der Beratungsleistungen von 3.761 bei 1.119 Nutzerinnen und Nutzern im Vergleich zu 2010 mit 3.502 Beratungen von 1.074 Nutzerinnen und Nutzern doch erkennbar gestiegen.

Beratung und Prozessbegleitung

Die reinen Beratungsleistungen unterscheiden sich erheblich von den Beratungsleistungen mit Prozessbegleitung, nämlich hinsichtlich Dauer und Intensität.

Von 601 anfragenden Personen wurden 244 (40%) erfolgreich vermittelt. 82 Personen (14%) wollten vorerst im Wohnangebot verbleiben. 180 Personen waren Ende 2011 weiterhin akut suchend oder in einer Vermittlungsphase.

Da der Sachbericht für 2011 eine erhebliche redaktionelle Überarbeitung erfahren hat, die ab Anfang September 2011 vorliegt, sind weitergehende Auswertungen erst zu einem späteren Zeitpunkt möglich.

Bewertung

Das Angebot wird weiter intensiv nachgefragt, es besitzt eine hohe Präsenz und Akzeptanz in der Öffentlichkeit und ist gut vernetzt. Es stellt ein komplementäres unverzichtbares Angebot in der Behindertenhilfe dar, da wichtige Dienstleistungen für die Zielgruppen erbracht werden.

Unter Einbeziehung weitere Beratungsprojekte ist die Entwicklung zu einem Beratungs- und Kompetenzzentrum in der Behindertenhilfe perspektivisch denkbar.

Angebotsbereich 3.1.6 – Treffpunkt für Menschen mit Behinderung

	2007	2008	2009	2010	2011
Anzahl Projekte	5	51	5	5	5
Zuwendungssumme (in Euro)	44.482,38	44.482,38	44.482,38	44.482,38	44.482,38

Quellen: 2007 bis 2010: Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege,

2011: Landesamt für Gesundheit und Soziales

Zielgruppe

Die Zielgruppe des Projektes sind weit überwiegend Menschen mit Behinderungen unterschiedlichen Alters. Teilweise werden die Angebote auch für Senioren speziell zugeschnitten. Sie richten sich an die betreffenden Menschen direkt oder an Familienangehörige und Betreuerinnen und Betreuer.

In 2011 betrug die Anzahl der Nutzerinnen und Nutzer 2.875. Die vorliegenden Daten weisen in der Altersgruppe der 18 – 27 Jährigen 891 Nutzerinnen und Nutzer, in der Altersgruppe der 28 – 59 Jährigen 102 Nutzerinnen und Nutzer, von 60 – 69 Jahre 816 Nutzerinnen und Nutzer und bei den 70 – bis 79 Jährigen 103 Nutzerinnen und Nutzer aus. Wg. des hohen Anteils von Nutzerinnen und Nutzern ohne Altersangaben ist keine weitere Vergleichbarkeit gegeben. Es wurden statistisch 306 Männer und 715 Frauen erfasst.

Leistungen:

Es wurden insgesamt 64 Veranstaltungen durchgeführt die sich wie folgt darstellen lassen:

Gegenstand	Anzahl	Nutzerinnen und Nutzer
Information	10	190
Kulturelles	2	89
Gesprächsgruppen	38	380
Offene Treffen	4	100
Freizeiten	5	2.036

Darüber hinaus fanden eine Reihe von Veranstaltungen, z.B. von Selbsthilfegruppen statt. Insgesamt ist ein weiteres Ansteigen der Aktivitäten quantitativ und qualitativ durch ein breiteres Angebot festzuhalten.

Bewertung

Das Projekt ist gut vernetzt, präsent gut bekannt. Bei der Inanspruchnahme ist ein Anstieg gegenüber 2010 um über 10 % zu verzeichnen.

Angebotsbereich 3.2.1 - Beratungsangebote für Menschen mit Behinderung

	2007	2008	2009	2010	2011
Anzahl Projekte	8	9	9	9	9
Zuwendungssumme (in Euro)	445.857,66	461.307,66	469.032,66	469.032,66	469.032,66

Quellen: 2007 bis 2010: Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege,

2011: Landesamt für Gesundheit und Soziales

Allgemeiner Überblick

Die Beratungsprojekte für Menschen mit Behinderung nehmen aufgrund ihres Engagements einen wichtigen Platz in der Beratungsstruktur für behinderte Menschen ein. Sie sind aus dem Versorgungssystem nicht mehr wegzudenken, da sie eine wichtige Rolle neben den professionellen Angeboten übernehmen. Viele Menschen mit Beeinträchtigungen nutzen die Beratungsstellen und schätzen das Fachwissen der Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter. Die Beratungsinhalte sind auf die Bedarfe der Nutzerinnen und Nutzer ausgerichtet.

Regelmäßig finden durch eine Fachkraft angeleitete Netzwerktreffen statt. Somit können Qualitätsstandards erhalten und verbessert werden. Die Zusammenarbeit und Vernetzung aller Beratungsprojekte ist aufgrund der vielfältigen Probleme der Ratsuchenden immer wichtiger, da nur so eine qualifizierte Beratung beibehalten werden kann. Jedoch sollte weiterhin die Vernetzung innerhalb der Beratungsangebote ausgebaut und die Zusammenarbeit mit den Freizeit- und Wohnprojekten befördert werden.

In fast in allen Beratungsprojekten werden Ehrenamtliche vielseitig eingesetzt. Diese ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind eine wichtige Stütze in der fachlichen Arbeit der Beratungsprojekte.

Im Berichtszeitraum wurden bei 8 Projekten 7.661 Klientinnen und Klienten erfasst. Das Projekt „Fachstelle Migration und Behinderung“ liefert einen Sachbericht in Textform und wird im Folgenden gesondert dargestellt.

Entwicklung im Angebotsbereich

Gefördert wurde insbesondere die weitere Vernetzung untereinander durch regelmäßige Netzwerktreffen zur weiteren Stabilisierung des Angebotes. Migration und Behinderung ist für die Beratungsprojekte ein wichtiges Thema und soll in den weiteren Jahren vertieft werden.

In der Projektgruppe wurden u. a. Schwerpunkte der Arbeitsplanung 2012 besprochen. Perspektivisch sollen die Projekte durch Vernetzung neben den Angeboten im Behindertenbereich auch mit den Stadtteilzentren / Nachbarschaftshäusern verbunden werden, so dass auch Kleinstprojekte zukünftig eine reale Chance haben.

Leistungen

Soziodemografische Nutzerdaten

Im Vergleich der Altersstrukturen wurden die 28 bis 59-Jährigen (3.139) und die über 60-Jährigen (3.128) am häufigsten beraten und betreut. 303 Klientinnen und Klienten waren zwischen 18 und 27 Jahren und 84 Personen wurden unter 17 Jahre gezählt. Von 1.007 Personen wurden keine Angaben gemacht. Insgesamt wurden 7.661 Klientinnen und Klienten beraten, davon sprachen 4.720 Personen deutsch.

Information, Beratung und Vermittlung

Es wurden im Berichtsjahr 8.051 Beratungen durchgeführt, davon 4.510 persönliche, 1.565 telefonische und 378 Fachberatungen. Es wurden 1.598 überwiegend schriftliche Informationen herausgegeben.

Eine Vermittlung an Fachstellen fand 405 Mal statt und an Selbsthilfegruppen 131 Mal. Somit wurden im Berichtsjahr 536 Vermittlungen durchgeführt.

Veranstaltungen und Gruppenangebote

Bei den Veranstaltungen wurden die einmaligen Angebote sowie auch die regelmäßig wiederkehrenden ausgewertet und der Stundenanteil gezählt. Bei 94 einmaligen Angeboten mit einer Stundenzahl von 171 kamen z. B. 966 Besucherinnen und Besucher. Monatliche Veranstaltungen wurden 15 durchgeführt mit 584 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, außerdem fanden zwei 14-tägige Veranstaltungen statt mit 133 Teilnehmerinnen und Teilnehmern und 2 wöchentliche mit 37 Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Einzelbetreuung, Unterstützung und Begleitung

Hilfen zu Haus- und Krankenbesuche wurden 338 Mal, sozialpädagogische Einzelbetreuung 5 Mal, Hilfe zur Kommunikation 202 Mal und 49 Mal Begleitung zu Ämtern, Arztpraxen, Einkäufen usw. gegeben.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Insgesamt werden die Beratungsprojekte von 95 Ehrenamtlichen getragen und unterstützt. Im Jahr 2011 kamen 8 neue ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dazu. Überwiegend sind es Frauen (51), die sich ehrenamtlich betätigen und ihre Aufgabe darin sehen.

Bewertung

Das vielfältige Beratungsnetz wird weiterhin kontinuierlich von Betroffenen und deren Familien nachgefragt und positiv in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Die Angebote sind gut vernetzt und stoßen mit den fachlich qualifizierten Beratungen auf große Akzeptanz bei den Betroffenen. Sie stellen eine wichtige Ergänzung zu den professionellen Beratungsangeboten dar.

Fachstelle Migration und Behinderung

Allgemeiner Überblick

Das Projekt richtete sich ursprünglich als Beratungsobjekt an einzelne, nachfragende Personen. Im Anlauf des Projektes stellte sich dieser Ansatz als nicht zielführend heraus. In 2008 entstand eine erhebliche strukturelle Veränderungsnotwendigkeit, die zum Inhalt hatte, dass das Projekt sich als Fachstelle eher institutionell aufstellte und damit den AWO Landesverband bei der kulturellen Öffnung unterstützte. Darüber hinaus sollten Teilnahmen an Gremien, Vernetzungstreffen, Moderation des Fachforums etc. stärker in den Fokus treten. Im Fachforum sind mittlerweile rd. 30 Mitgliedsorganisationen und Einzelpersonen vertreten.

Aufgrund der besondere Ausgangssituation, der Komplexität der Thematik, der Einbeziehung sehr unterschiedlicher Beteiligter und auch der strukturellen Neuaufstellungen erfolgte auch 2011 die Berichtslegung des Projekts durch Vorlage einer beschreibenden Leistungsbilanz. Insbesondere erfolgte darin der Nachweis der Tätigkeiten im Projekt durch diverse Informationsreihen und Gespräche mit Vereinen und Trägern der Behindertenhilfe. Neben der sehr intensiven Fortführung des oben beschriebenen Fachforums erfolgten eine größere Anzahl von Impulsreferaten, die Durchführung einer Fortbildungsreihe innerhalb des AWO Landesverbandes – Interkulturelles Lernen – sowie die Teilnahme an Arbeitsgruppen und Gremien. Hervorzuheben sind auch Übersetzungen und weitere Broschüren zur Verbreiterung der Fragen und Antworten aber auch zur Sensibilisierung, z.B. von Behindertenberatungsstellen und Migrantenberatung.

Bewertung

Der strukturelle Ansatz mit einem hohen Vernetzungsgrad hat sich bewährt, wobei die Anzahl individueller Beratungen rückläufig ist. Eine positive Entwicklung stellt die Verstärkung der Informationsleistung in Richtung von Interessenvertretungen und Vereinen der jeweiligen Community dar. Der AWO-Landesverband und andere Verbände werden weiter als Multiplikatoren eingebunden.

Angebotsbereich 3.2.2 – Kontakt- und Beratungsstelle

	2007	2008	2009	2010	2011
Anzahl Projekte	1	1	1	1	1
Zuwendungssumme (in Euro)	20.450,--	20.450,--	20.450,--	20.450,--	20.449,08

Quellen: 2007 bis 2010: Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege,

2011: Landesamt für Gesundheit und Soziales

Allgemeiner Überblick

Zielgruppe dieses Angebots des ASL e.V. sind Menschen mit Behinderung sowie ihre Angehörigen, private Kontaktpersonen und Assistenten, ebenso wie Fachkräfte, Selbsthilfegruppen, Ehrenamtliche und Multiplikatoren zum Angebotsbereich.

Leistungen

Soziodemographische Daten

Insgesamt wurden im Zeitraum 180 Klientinnen und Klienten gezählt. Davon war die Altersgruppe zwischen 28 und 59 Jahren die am meisten gezählte mit einer Gesamtzahl von 87 Personen. Dem folgt die Altersgruppe 60 Jahre und älter mit 39 Personen, unter 17 Jahren mit 5 und keine Angaben machten 6 Personen. Davon waren 102 Frauen und 78 Männer, 138 Klientinnen und Klienten sprachen deutsch und 42 eine andere Sprache.

Information, Beratung, Vermittlung

Insgesamt wurden 809 Informationen weitergegeben, davon 222 persönliche, 403 telefonische und schriftliche auch per Internet 184.

Auf den Beratungsteil fallen 421 Beratungen, davon wiederum 59 telefonische, 283 persönliche und schriftliche auch via per Internet 48. Davon wurden 31 Fachberatungen durchgeführt.

Vermittlungen an Fachkräfte, Fachstellen insgesamt 53, Vermittlung an Selbsthilfegruppen und ehrenamtliche Initiativen 49.

Veranstaltungen und Gruppenangebote wurden insgesamt 4 durchgeführt.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Im Projekt arbeiten 8 Ehrenamtliche, davon 3 Frauen, zwei Ehrenamtliche sind neu dazugekommen und zwei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten die Grundsicherung nach SGB XII.

Bewertung

Aufgrund der Nachfrage durch die spezielle Zielgruppe behinderter Menschen mit hohem / höchsten Assistenzbedarf ist das Projekt gut ausgelastet.

Angebotsbereich 3.3.1 – Freizeitangebote für Menschen mit Behinderung

	2007	2008	2009	2010	2011
Anzahl Projekte	13	13	13	14	14
Zuwendungssumme (in Euro)	446.595,36	451.382,68	451.382,68	462.528,08	461.080,25

Quellen: 2007 bis 2010: Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege,

2011: Landesamt für Gesundheit und Soziales

Allgemeiner Überblick zum Angebotsbereich

Mit Blick auf die Berliner Freizeitprojekte für Menschen mit und ohne Behinderung fällt die große Vielfalt der Projekte auf. Alle bieten auf verschiedenste Weise tägliche Freizeitangebote an. Die Akzeptanz der Projekte zeigt, wie groß der Bedarf der Menschen mit Behinderung in unserer Stadt ist.

In den 14 Freizeitprojekten können sich Menschen mit den verschiedensten Behinderungen treffen, davon können in 10 Projekten Menschen mit geistiger Behinderung betreut werden, in 5 Projekten Menschen mit körperlichen Behinderungen, in weiteren 5 Projekten Sinnesbehinderte, 1 Projekt steht für Menschen mit psychischer Behinderung und autistische Menschen, weiterhin gibt es ein Projekt für schwerstbehinderte Menschen und in ein weiteres für Stotterer - die Stottererselbsthilfe.

Schwerpunkte der Projekte liegen im sozialintegrativen Bereich, im kulturellen Bereich, geringfügige Bildungsangebote und Gesundheitsprävention sowie auch Angebote im Freizeitbereich.

Der Zusammenarbeit aller Projekte ist es zu verdanken, dass die Freizeitangebote für Menschen mit Behinderung als so qualifiziert und umfassend wahrgenommen werden. Die Freizeitprojekte übernehmen gesellschaftliche Verantwortung, indem sie niemanden ausgrenzen und Barrieren abbauen.

Alle 3 Monate finden regelmäßige Vernetzungstreffen statt, an denen sich alle Projekte beteiligen. Hier werden fachliche Themen aufgegriffen, Probleme besprochen und diskutiert sowie gemeinsame Öffentlichkeitsveranstaltungen geplant. Die Vernetzungstreffen werden von einer externen Mitarbeiterin fachlich angeleitet und jährlich ausgewertet. So wurde u.a. das Referenzhandbuch 2010 für Standards des Qualitätsmanagement, weitergeführt und bei entsprechenden Veranstaltungen vorgestellt. Ein weiteres Thema ist der Internetauftritt der Projekte. Die Internetseite der Freizeitprojekte wird barrierefrei gestaltet und soll so für den Zugriff aller bereitgestellt werden. Die Finanzierung erfolgte bisher aus Sondermitteln.

In fast allen Projekten helfen Ehrenamtliche. Im Berichtszeitraum waren insgesamt 256 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer tätig, aus nichtdeutscher Herkunft wurden 17 Ehrenamtliche benannt. Einige Projekte können auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesfreiwilligendienstes zurückgreifen, die in den Projekten eine hervorragende Arbeit leisten, und ohne diese vieles brach liegen würde. Die Freizeitprojekte beteiligten sich unter anderem auch 2011 an der Berliner Freiwilligenbörse im Roten Rathaus mit einem Stand.

Das Bestreben der Freizeitprojekte besteht außerdem darin, durch breite Öffentlichkeitsarbeit auf Stadtteilstesten, Märkten und Messen einen Einblick in ihre Arbeit und in die Fertigkeiten und Fähigkeiten der Menschen mit Behinderung zu geben.

Für die Freizeitprojekte sind im Sachbericht Mehrfachnennungen möglich.

Entwicklung im Angebotsbereich

Weitere Unterstützung der Angebote, insbesondere durch ständige Vernetzung untereinander, regelmäßige Netzwerktreffen, dadurch stetige Stabilisierung des Angebotes, um die Spielräume für die Projekte zu erhöhen.

In der Projektgruppe wurden u. a. Schwerpunkte der Arbeitsplanung 2012 besprochen. Perspektivisch sollen die Projekte durch Vernetzung neben den Angeboten im Behindertenbereich auch mit den Stadtteilzentren/ Nachbarschaftshäusern verbunden werden, so dass auch Kleinstprojekte zukünftig eine reale Chance haben.

Leistungen

Soziodemographische Daten

Die Sachberichte enthalten wie in den Vorjahren prozentuale Angaben und Durchschnittswerte. In der Vergangenheit wurde dies aus fachlicher und sachlicher Notwendigkeit von den Projekten gewünscht. Die Daten geben gewisse Anhaltspunkte, hinterlassen jedoch auch einige offene inhaltliche Fragen, die nicht mit den Zahlen erklärt werden können. Die Auswertung lässt keine eindeutigen quantitativen Aussagen zu, sondern konzentriert sich in der Regel auf die inhaltliche Einschätzung der Projekte. Daraus können nur Richtwerte und Tendenzangaben abgeleitet werden.

Nach den übermittelten Zahlen (Besucherinnen und Besucher, Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Klientinnen und Klienten) kann eingeschätzt werden, dass über die Hälfte der Nutzerinnen und Nutzer zwischen 28 und 59 Jahre alt sind

Bewertung

Die Angebote werden regelmäßig nachgefragt und sind gut ausgelastet. Durch Vernetzung der Projekte sind die Freizeitangebote ein einzigartiges Angebot Berlins. Sie ergänzen die Angebote für Menschen mit Behinderung in hervorragender Qualität. Mit ihren professionellen Angeboten und ihrer Breitendarstellung in der Öffentlichkeit geben sie eine Übersicht in die Fähigkeiten und Fertigkeiten von Menschen mit Behinderung. Die Zusammenarbeit mit den Angeboten zur Tagesstruktur in Verbindung zu den Wohneinrichtungen ist bei den Freizeitprojekten ebenso hervorzuheben.

Die Vernetzungstreffen müssen weiter bestehen bleiben, da ein reger Erfahrungsaustausch die Weiterentwicklung der Projekte befördert. Das gemeinsame Miteinander der Freizeitprojekte bietet eine gute Grundlage für deren Erhalt und Ausbau.

Angebotsbereich 4.1 – Angebote der Wohnungslosenhilfe

I. Vorbemerkung zur Auswertung 2011

	2007	2008	2009	2010	2011
Anzahl Projekte	14	14	13	13	13
Zuwendungssumme (in Euro)	3.084.179,11	3.093.071,22	2.991.210,61	2.916.460,61	2.982.402,38

Quellen: 2007 bis 2010: Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege,

2011: Landesamt für Gesundheit und Soziales

Die nachfolgenden Ausführungen sind identisch mit der „Personenbezogenen Dokumentation 2011/ Kurzfassung“ für den Angebotsbereich Wohnungslosenhilfe vom 24.08.2012, die durch die Qualitätsgemeinschaft Soziale Dienste e.V. erstellt und mit dem zuständigen Fachbereich der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales abgestimmt worden ist.

Förderprogramm/Zielgruppe

Der Berliner Senat fördert niedrigschwellige Angebote der Wohnungslosenhilfe seit Ende 70er Jahre. Seit dem 01.01.2011 werden die Einrichtungen und Dienste im Integrierten Sozialprogramm – ISP gefördert.

Die Angebote richten sich vorwiegend an Menschen die auf der Straße leben oder an Menschen die vor drohendem Wohnraumverlust stehen.

In den Diensten und Einrichtungen mit Ausnahme der ambulanten medizinischen Versorgung wird unbürokratisch und ohne Zugangsvoraussetzungen Hilfe geleistet. In den unterschiedlichen Angebotsbereichen sind in differenzierten Leistungsbeschreibungen die Zielgruppe, das Leistungsspektrum und die Standards festgelegt. Ziel dieser niedrigschwelligen Angebote ist es, existenzielle Notlagen zu verhindern oder zu beseitigen und die Bereitschaft der Hilfesuchenden zu fördern, weitergehende Hilfen, insbesondere die Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII, anzunehmen, sofern die persönlichen Voraussetzungen vorliegen. In diesem Sinne arbeiten die Einrichtungen und Dienste sowohl Existenz sichernd als auch präventiv und integrativ.

Durch die vorgeschalteten niedrigschwelligen Hilfen findet ein Teil der Zielgruppe den Zugang zu den weitergehenden Hilfen der sozialen Sicherung und Integration. In die Auswertung sind die Daten aller Projekte der Zielgruppe 4.1 mit direkten Klientenkontakten eingeflossen.

Dokumentation

Seit dem Jahr 2004 werden die durch die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales geförderten Einrichtungen und Dienste der Wohnungslosenhilfe in einer personenbezogenen Dokumentation erfasst und ausgewertet. Das Instrument wurde im Rahmen der seinerzeit bestehenden Treuhänderischen Zuwendungsverträge mit der Liga gemeinsam entwickelt und eingeführt.

Seitdem liegen für diese Zielgruppen jährliche Dokumentationen vor, mit denen es möglich ist, die Arbeit der Dienste differenziert zu analysieren und detaillierte Erkenntnisse über die Zielgruppen in den Jahresvergleichen zu gewinnen.

Die teilnehmenden Einrichtungen und Dienste führen die Erhebung IT-gestützt durch. Die Auswertung erfolgt mit dem Statistikprogramm SPSS.

Bei den Einrichtungen und Diensten, die vorwiegend Versorgungsleistungen anbieten, sind ausschließlich die Klienten erfasst worden, die Beratungsleistungen erhalten haben. Das betrifft die Bahnhofsdienste und die Notübernachtungen Franklinstr.

Da der Zugang zum Hilfesystem von jedem Angebotstyp erfolgen kann und soll, war aufgrund der Aggregation der Daten eine Doppelzählung in den zurückliegenden Jahren möglich. Aus diesem Grund soll ab dem Jahr 2012 zur Erhöhung der Datenqualität auf eine Aggregation der Angebotstypen verzichtet werden.

Eine Doppelzählung von Klienten innerhalb eines Angebotstyps ist zwar nicht völlig auszuschließen, wird aber wegen der vermutlich geringen Fallzahlen im Weiteren zu vernachlässigen sein.

Die in den Projekten erfasste Zahl von Klienten und Klientinnen entspricht nicht der tatsächlichen Anzahl von wohnungslosen Menschen in Berlin.

Zum einen können Doppelzählungen nicht ausgeschlossen werden, wenn Klienten und Klientinnen mehrere der Einrichtungen aufsuchen. Zum anderen werden einige Menschen vom Hilfesystem überhaupt nicht erreicht. Ferner müssten für eine genauere Annäherung an die Anzahl wohnungsloser Menschen weitere Faktoren und Erhebungen hinzugezogen werden:

- die Anzahl der gemäß §§ 67 ff. SGB XII betreuten Menschen in besonderen Lebenslagen verbunden mit sozialen Schwierigkeiten.
- die Anzahl der in den bezirklichen Obdachloseneinrichtungen nach dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz Berlin (ASOG) untergebrachten Menschen.

Auch hier kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass Klienten und Klientinnen in mehreren Einrichtungen und Projekten erfasst werden. Eine Addition der Zahlen in den unterschiedlichen Erhebungen verbietet sich daher.

Ergebnisse

Wie schon bereits in den Vorjahren veranschaulicht die Auswertung der personenbezogenen Daten 2011 ebenfalls deutlich die Problemlagen und den Hilfebedarf der Menschen, die die Dienste und Einrichtungen aufsuchten.

Außerdem ist ein umfassender Vergleich zu den Vorjahresdaten möglich; so können Entwicklungen schnell erkannt und problematisiert werden.

In den Projekten der Wohnungslosenhilfe haben insgesamt 12.019 Klienten und Klientinnen Hilfsangebote wahrgenommen, 8.736 Männer (72,8 %) und 3.264 Frauen (27,2 %). Die Gesamtzahl der erfassten Klienten und Klientinnen ist im Berichtsjahr um 825 gestiegen.

Die Klientinnen und Klienten waren durchschnittlich 40 Jahre alt.

Die Anzahl der in den Projekten hilfesuchenden EU-Bürger ist von 14,9% (2009) auf 21,8% gestiegen.

90,6 % der Männer und 68,6 % der Frauen sind allein stehend ohne Kind.

40,2 % hatten bei Kontaktbeginn kein Einkommen, 34 % erhielten Arbeitslosengeld II und 1,5 % Sozialhilfe.

7,1 % der Klienten und Klientinnen gingen einer Erwerbstätigkeit nach.

74,9 % der Männer und 57,5 % der Frauen waren aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen.

Als die wichtigsten Problemfelder werden von den Fachkräften in Rangfolge genannt:

- Wohnsituation
- Materielle Absicherung
- Arbeit und Ausbildung
- Umgang mit Behörden
- Gesundheit
- Psychosoziale Stabilität

Einige Beispiele der Leistungen, die von den Projekten 2011 erbracht und der Ergebnisse, die erzielt wurden:

- Es wurden knapp 28.000 Beratungen durchgeführt
- Es konnten knapp 7.500 Menschen erfolgreich an soziale Dienste vermittelt werden
- In 111 Fällen konnte die Wohnung erhalten werden (obwohl der Räumungstermin häufig schon feststand)
- 70 Wohnungslose wurden in eine Wohnung vermittelt.
- Mehr als 13.000 Mal wurden Wohnungslose medizinisch behandelt
- Über 26.000 Mal haben Obdachlose einen Schlafplatz in den beiden Notübernachtungen erhalten
- Nahezu 855.000 Mal wurden Essen und/oder Getränke ausgegeben

Einrichtungen

Es nahmen insgesamt 12 Projekte der Wohnungslosenhilfe an der Datenerhebung/Datenauswertung teil. Nicht teilgenommen hat das Projekt „Kältehilfe-Telefon/Webauftritt“ der GEBEWO pro gGmbH, in dem keine personenbezogenen Leistungen, sondern übergeordnete gesamtstädtische Koordinationsaufgaben erbracht werden.

Zu Beginn des Berichtsjahres 2011 fand bei zwei Projekten ein Trägerwechsel statt; seit Januar 2011 ist die GEBEWO pro gGmbH Träger der Beratungsstelle Gneisenastr. 2; GANGWAY e.V. ist Träger des Projekts „Straßensozialarbeit“.

Beratungsstellen

- Berliner Stadtmission Soziale Dienste gGmbH/Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V. Beratungsstelle Levetzowstr.
- GEBEWO pro gGmbH Beratungsstelle Gneisenastr. 2
- Beratung + Leben GmbH Beratungsstelle Schottstr. 6

Straßensozialarbeit

- GANGWAY e.V. Straßensozialarbeit

Medizinische Versorgung

- Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V. Ambulanz Jebenstr. 3
- Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V. Arztmobil
- MUT Gesellschaft für Gesundheit mbH Ambulanz Weitlingstr/Stralauer Pl.

Bahnhofsdienste

- Berliner Stadtmission Soziale Dienste gGmbH Zoologischer Garten
- IN VIA - Kath. Mädchensozialarbeit für das EB Berlin e.V. Ostbahnhof
- MUT Gesellschaft für Gesundheit mbH Ostbahnhof/Lichtenberg

Notübernachtungen

- GEBEWO pro gGmbH Notübernachtung Tieckstr. 17
- Berliner Stadtmission Soziale Dienste gGmbH/Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V. Notübernachtung Franklinstr. 27

II. Soziodemographische Daten

1. Gesamtzahl Klienten und Klientinnen in der Erhebung:

12.019 Hilfesuchende suchten die an der Dokumentation beteiligten Einrichtungen im Jahr 2011 auf.

Männer 8.736 (72,8 %) **Frauen 3264 (27,2 %)**

Werte im Vergleich zu Vorjahren:

Jahr	Gesamtzahl	Männer	Frauen
2011	12.019	8.736	3.264
2010	11.194	7.796	3.394
2009	11.104	7.797	3.292

Keine Angaben zum Geschlecht 2011: 19 = 0,2%

2. Alter

Das durchschnittliche Alter liegt 2011 bei 39,7 Jahren.

Männer	Frauen
Durchschnittsalter 40,2 Jahre	Durchschnittsalter 38,3 Jahre

Werte im Vergleich zu Vorjahren:

Jahr	Gesamt	Gesamt	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	Mittelwert	Median	Mittelwert	Mittelwert	Median	Median
2011	39,7	38,0	40,2	38,3	39	36

2010	39,0	37,5	40,2	36,3	40	33
2009	40,96	41	41,91	38,70	43	38

keine Angaben zum Alter 2011: 486=4,0%

3. Staatsangehörigkeit in Prozent

70,7% der Hilfesuchenden haben die deutsche Staatsangehörigkeit.

Männer	Frauen
71,3% deutsche Staatsangehörigkeit	68,9% deutsche Staatsangehörigkeit

Werte im Vergleich zu Vorjahren in Prozent:

Jahr	Gesamt	Gesamt	Gesamt	m	w	m	w	m	w
	Deutsch	EU	Sonst.	Dtsch	Dtsch	EU	EU	sonst.	sonst.
2011	70,7	21,8	7,5	71,3	68,9	21,8	21,6	6,8	9,5
2010	73,0	18,7	8,2	73,8	71,3	19,0	18,0	7,1	10,6
2009	77,7	14,9	7,4	77,8	77,3	15,3	14,0	6,9	8,7

keine Angaben Staatsangehörigkeit 2011: 65=0,5 %

4. Muttersprache in Prozent

32,5 % der Hilfesuchenden kommen aus Migrantenfamilien.

Männer	Frauen
31,8% aus Migrantenfamilien	34,3% aus Migrantenfamilien

Werte im Vergleich zu Vorjahren in Prozent:

Jahr	Gesamt mit Migrations- hintergrund	Männer mit Migrations- hintergrund	Frauen mit Migrations- hintergrund
2011	32,5	31,8	34,3
2010	29,1	28,2	31,2
2009	24,9	24,2	25,3

keine Angaben zur Muttersprache: 62=0,5 %

5. Haushaltsstruktur in Prozent

84,6% der Hilfesuchenden sind allein stehend ohne Kind/er.

7,5% leben in Haushaltsgemeinschaften mit Kind(ern).

Männer	Frauen
90,6% allein stehend ohne Kind	68,6% allein stehend ohne Kind

Werte im Vergleich zu Vorjahren in Prozent:

Jahr	Gesamt allein stehend ohne Kind/er	Männer allein stehend ohne Kind/er	Frauen allein stehend ohne Kind/er
2011	84,6	90,6	68,6
2010	83,1	90,5	66,0
2009	82,9	90,5	64,8

keine Angaben Haushaltsstruktur 2011: 77=0,6%

6. Einkommen bei Kontaktbeginn in Prozent

Bei Kontaktbeginn erhalten 34,0% der Klienten und Klientinnen ALG II;

kein Einkommen haben 40,2%;

5,4% finanzieren ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit;

1,5 % beziehen Sozialhilfe.

Männer	Frauen

33,5% ALG II	35,3% ALG II
44,5% kein Einkommen	28,3% kein Einkommen
4,7% Erwerbstätigkeit	7,3% Erwerbstätigkeit
1,3% Sozialhilfe	2,2% Sozialhilfe

Werte im Vergleich zu Vorjahren in Prozent:

	Gesamt	Männer	Frauen
	2011	2011	2011
Erwerbstätigkeit	5,4	4,7	7,3
ALG II	34,0	33,5	35,3
kein Einkommen	40,2	44,5	28,3
Sozialhilfe	1,5	1,3	2,2
	Gesamt	Männer	Frauen
	2010	2010	2010
Erwerbstätigkeit	5,4	4,3	7,8
ALG II	37,2	37,3	37,2
kein Einkommen	36,8	40,9	27,3
Sozialhilfe	1,8	1,7	2,0
	Gesamt	Männer	Frauen
	2009	2009	2009
Erwerbstätigkeit	5,6	4,3	8,6
ALG II	37,8	38,2	36,9
kein Einkommen	36,0	40,2	26,1
Sozialhilfe	1,6	1,3	2,3

Keine Angaben Einkommen 2011: 529=4,4%

7. Erwerbstätigkeit in Prozent

7,1 % aller Klienten und Klientinnen sind erwerbstätig. Das ist der niedrigste Stand in den letzten 3 Jahren.

Männer	Frauen
6,0% Erwerbstätigkeit	9,9% Erwerbstätigkeit

Werte der Erwerbstätigkeit im Vergleich zu den Vorjahren in Prozent:

Jahr	Gesamt erwerbstätig ja	Männer erwerbstätig ja	Frauen e erwerbstätig ja
2011	7,1	6,0	9,9
2010	7,9	6,4	11,3
2009	8,4	7,1	12,2

keine Angaben Erwerbstätigkeit 2011:481=4,0 %

8. Wohnsituation in Prozent

70,2 % der Klientinnen und Klienten sind aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen

Männer	Frauen
74,9% Wohnungslos	57,5% Wohnungslos

Werte im Vergleich zu den Vorjahren in Prozent:

Jahr	Gesamt Aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen	Männer Aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen	Frauen Aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen
2011	70,2	74,9	57,5
2010	65,8	73,1	49,2
2009	59,1	67,2	43,0
2008	55,9	64,9	36,5

keine Angaben Wohnungsnotfall 2011: 70=0,6%

9. Krankenversicherung in Prozent

37,9% aller Klientinnen und Klienten sind nicht krankenversichert.

Männer	Frauen
41,1% nicht krankenversichert	29,4% nicht krankenversichert

Werte im Vergleich zu den Vorjahren in Prozent:

Jahr	Gesamt	Männer	Frauen
	Nicht krankenversichert	Nicht krankenversichert	Nicht krankenversichert
2011	37,9	41,1	29,4
2010	32,3	37,1	23,6
2009	32,9	37,4	22,4

keine Angaben Krankenversicherung 2011: 512=4,3%

III. Probleme in Rangfolge

Die sieben am häufigsten genannten Probleme sind:

		Männer		Frauen
1	Wohnsituation	6767	Wohnsituation	2607
2	materielle Absicherung	4434	materielle Absicherung	1955
3	Arbeit, Ausbildung	4248	Umgang mit Behörden	1369
4	Gesundheit	3012	Psychosoziale Stabilität	1313
5	Umgang mit Behörden	2994	Arbeit/Ausbildung	1259

Rangfolge der Probleme der Klienten und Klientinnen insgesamt :

	Problem	Gesamt
1	Wohnsituation	9574
2	materielle Absicherung	6389
3	Arbeit, Ausbildung	5507
4	Umgang mit Behörden	4363
5	Gesundheit	4220
6	psychosoziale Stabilität	3849

IV. Darstellung der wichtigsten Leistungen und Ergebnisse⁵

	Gesamt	Männer	Frauen
Beratungen	27987	17401	10564
Erfolgreiche Vermittlung an soziale Dienste	7446	5523	1909
Erhalt der Wohnung	111	68	43
Vermittlung einer Wohnung	70	50	50
medizinische Behandlung	13304	11441	1862
Übernachtungen	26193		
Ausgabe von Warm/Kaltemahlzeiten bzw. Getränken	854773		
Bekleidungsausgaben	23350		

Bewertung SenSoz

Die Rückführung der zuwendungsförderten Projekte der Wohnungslosenhilfe in die Verantwortung der Verwaltung erfolgte im Berichtsjahr unter der Prämisse größtmöglicher Kontinuität.

⁵ Hier werden sämtliche Leistungen, auch die der Notübernachtungen und Bahnhofsdienste, aufgeführt. Da nicht bei jeder Leistung das Geschlecht angegeben war, ergibt die Addition der Werte für Männer und Frauen nicht die Gesamtsumme an Leistungen und Ergebnissen.

Projektspezifische Entwicklungen

Hervorzuheben ist die mit dem Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V. abgestimmte Schließung des Projekts „Ambulante medizinische Versorgung Obdachloser - Ambulanz Jebenstr“. Aufgrund der veränderten Bedarfslage verständigten sich die Partner, das Projekt über 2011 hinaus nicht weiter zu als gesamtstädtische Aufgabe zu verfolgen.

Projektübergreifende Entwicklungen

Fachlich hervorzuheben ist in der Tendenz - auch unter Berücksichtigung möglicher Doppelzählungen - eine stetige Zunahme von Menschen in problematischen Lebenslagen zu beobachten. Beispielhaft ist die Zunahme von Menschen ohne Einkommen, Menschen ohne Wohnung /die Anzahl von Menschen, die aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen sind. Auf den präventiven Auftrag der Angebote sei hinwiesen.

Fazit

Die auf hohem Niveau fortgesetzte Anzahl von Beratungsleistungen verdeutlicht den weiterhin großen Bedarf an niedrighschwelligen sozialen Diensten zur Integration in die Regelversorgung.

Angebotsbereich 4.2 Straffällige, Haftentlassene

	2007	2008	2009	2010	2011
Anzahl Projekte	4	4	4	4	4
Zuwendungssumme (in Euro)	588.611,52	588.611,52	680.787,38	696.477,58	678.500,00

Quellen: 2007 bis 2010: Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege,
2011: Landesamt für Gesundheit und Soziales

Die nachfolgenden Ausführungen sind identisch mit der „Personenbezogenen Dokumentation 2011 - Kurzfassung“ für den Angebotsbereich Straffälligenhilfe vom 24.08.2012, die durch die Gesellschaft für Beratung Bildung Innovation mbH erstellt und mit dem zuständigen Fachbereich der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales abgestimmt worden ist.

I. Vorbemerkung zur Auswertung 2011

Förderprogramm/ Zielgruppe

Der Berliner Senat fördert niedrigschwellige Angebote der Straffälligenhilfe seit Ende 70er Jahre. In den Jahren 1996 bis 2010 sind die Einrichtungen und Dienste im Rahmen von Treuhänderischen Zuwendungsverträgen mit der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege gefördert worden und seit dem 01.01.2011 im Integrierten Sozialprogramm (ISP).

Dokumentation

Seit dem Jahr 2004 werden die durch die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales geförderten Einrichtungen und Dienste der Straffälligenhilfe in einer personenbezogenen Dokumentation erfasst und ausgewertet. Das Instrument wurde im Rahmen der seinerzeit bestehenden Treuhänderischen Zuwendungsverträge mit der Liga gemeinsam entwickelt und eingeführt.

Die Dokumentation klienten- und leistungsspezifischer Daten basiert auf einem für die Straffälligen- und Haftentlassenenhilfe entwickelten Datensatz der Bundesarbeitsgemeinschaft der Straffälligenhilfe. Die vier Einrichtungen der Berliner Straffälligen- und Haftentlassenenhilfe haben ihre Dokumentationsprogramme vervollkommnet und stabilisiert.

Seitdem liegen für diese Zielgruppen jährliche Dokumentationen vor, mit denen es möglich ist, die Arbeit der Dienste differenziert zu analysieren und detaillierte Erkenntnisse über die Zielgruppen in den Jahresvergleichen zu gewinnen.

Die teilnehmenden Einrichtungen und Dienste führen die Erhebung IT-gestützt durch. Die Auswertung erfolgt mit dem Statistikprogramm SPSS.

Eine Doppelzählung von Klienten innerhalb des Angebotsbereichs Straffälligenhilfe ist nicht völlig auszuschließen, kann aber wegen der vermutlich geringen Fallzahlen im Weiteren vernachlässigt werden.

Über 4.000 Klientinnen und Klienten wurden in 2011 hinsichtlich soziodemographischer und leistungsbezogener Kriterien erfasst. Zusammenhänge zwischen verschiedenen Datensätzen, insbesondere in Bezug auf Alter, Geschlecht, Haushaltsstruktur u.ä. wurden berechnet

(„Kreuztabellen“) und im Bericht „Integriertes Sozialprogramm – ISP. Angebotsbereich: Straffälligenhilfe. Personenbezogene Dokumentation 2011“ beschrieben. In dieser Zusammenfassung werden diese auszugsweise und komprimiert vorgestellt.

Ergebnisse

Die dargestellten Ergebnisse dokumentieren eine hohe Inanspruchnahme vor allem an Beratungsangeboten im Zuge der Entlassungsvorbereitung auch in den JVA und im Rahmen der Gestaltung der Alltagsprozesse nach Haftende, einschließlich der Ermöglichung des Zugangs zum sozialen Hilfesystem in den Beratungsstellen außerhalb der JVA. Diese Inanspruchnahme bezieht sich hauptsächlich auf Existenz sichernde Maßnahmen und die Klärung aktueller Probleme. Allerdings reicht die Problemvielfalt darüber hinaus von Suchtproblemen über das Erfordernis psychischer Stabilisierung bis zu Problemen mit Angehörigen. Derartig komplexe Problemlagen behalten ihre Bedeutung auch nach der Haftentlassung bei der Eingliederung in den sozialen Alltag.

Einrichtungen

Im Berichtsjahr 2011 befanden sich vier Freie Träger mit Informations-, Beratungs- und Vermittlungsangeboten für inhaftierte und straffällige Menschen und deren Angehörige in der Förderung:

- Beratungsstelle (PNR 011), Freie Hilfe Berlin e.V.
- Zentrale Beratungsstelle (PNR 192) Straffälligen- u. Bewährungshilfe e.V.
- Beratungsstelle JVA Moabit (PNR 012), Universalstiftung H. Ziegner
- Drinnen und Draußen (PNR 196), Berliner Stadtmission soziale Dienste gGmbH

Zu den Kernleistungen gehören die Beratung und Information von Straffälligen und Haftentlassenen sowie deren Angehörigen sowohl in den eigenen Räumen, als auch aufsuchend im Strafvollzug. Des Weiteren werden bei Bedarf Klientinnen und Klienten an Fachdienste vermittelt.

Die vorgestellten Leistungen der vier Einrichtungen der Straffälligen- und Haftentlassenenhilfe werden seit Jahren kontinuierlich erbracht. Diese Beratungsstellen sind eine stabile und für die Klientinnen und Klienten verlässliche Säule bei der Vorbereitung auf die Haftentlassung und der Wegbereitung ins soziale Hilfesystem.

II. Soziodemographische Daten

1. Gesamtzahl der Klientinnen und Klienten

Im Jahr 2011 suchten 4.066 Hilfesuchende die vier an der Dokumentation beteiligten Einrichtungen auf.

Männer: 3.472 (85,4%) Frauen: 593 (14,6%)

In 2011 ist der Frauenanteil nahezu gleich geblieben (plus 0,5% gegenüber 2010).

Die Abnahme der Anzahl von 651 Frauen in 2010 auf 593 Frauen in 2011 entspricht einer Abnahme von 8,9%.

Werte im Vergleich zu den Vorjahren:

Jahr	Gesamtzahl	Männer	Frauen
2011	4.066	3.472	593

2010	4.614	3.960	651
2009	4.057	3.465	589
2008	3.331	2.964	366

Fehlende Werte Geschlecht 2011: 1 Fall = 0,02%

2. Alter

Das durchschnittliche Alter liegt 2011 bei 37,55 Jahren.

Männer	Frauen
Durchschnittsalter 37,64 Jahre	Durchschnittsalter 37,04 Jahre

Werte im Vergleich zu den Vorjahren:

Jahr	Gesamt	Gesamt	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	Mittelwert	Median	Mittelwert	Mittelwert	Median	Median
2011	37,55	35	37,64	37,04	35	36
2010	37,29	35	37,25	37,57	35	36
2009	36,43	34	36,28	38,00	34	36
2008	36,44	35	36,24	38,00	34	37

Fehlende Werte Alter 2011: 2 Fälle = 0,05%

3. Staatsangehörigkeit in Prozent

75,6% der Hilfesuchenden haben die deutsche Staatsangehörigkeit.

Männer	Frauen
75,1% deutsche Staatsangehörigkeit	78,0% deutsche Staatsangehörigkeit

Der Anteil der Klientinnen und Klienten mit deutscher Staatsangehörigkeit ist wie im Vorjahr erneut leicht gesunken (minus 0,7%).

Werte im Vergleich zu den Vorjahren:

Jahr	Gesamt	Gesamt	Gesamt	m	w	m	w	m	w
	Deutsch	EU	Sonstig	Deutsch	Deutsch	EU	EU	sonst.	sonst.
2011	75,6	4,2	19,5	75,1	78,0	4,0	5,4	20,0	16,6
2010	76,3	3,9	19,1	75,9	78,6	3,8	4,6	19,5	16,7
2009	77,6	3,8	17,8	77,5	78,1	3,1	8,3	18,6	13,6
2008	74,8	3,5	21,7	74,6	76,8	3,1	6,3	22,3	16,9

Fehlende Werte Staatsangehörigkeit 2011: 33 Fälle = 0,8%

4. Muttersprache in Prozent

Die Muttersprache von **70,1%** der Klientinnen und Klienten ist Deutsch.

Männer	Frauen
69,5% deutsche Muttersprache	73,4% deutsche Muttersprache

Der Anteil der Hilfesuchenden mit deutscher Muttersprache hat 2011 im Gegensatz zum Vorjahr um 1,2% abgenommen. Bei Männern und Frauen hat sich die Abnahme der Personen mit deutscher Muttersprache angeglichen: Im Vergleich zum Vorjahr gab es in 2011 1,2% weniger Männer mit deutscher Muttersprache und 1,7% weniger Frauen.

Werte im Vergleich zu den Vorjahren:

Jahr	Gesamt	Männer	Frauen
	Deutsch	Deutsch	Deutsch
2011	70,1	69,5	73,4
2010	71,3	70,7	75,1
2009	73,2	72,8	75,8
2008	71,2	71,3	70,5

Fehlende Werte Muttersprache 2011: 42 Fälle = 1,0%

5. Schulabschluss in Prozent

26,9% der Hilfesuchenden haben keine abgeschlossene Schulausbildung.

Männer	Frauen
27,0% ohne Schulabschluss	26,0% ohne Schulabschluss

Der Anteil der Hilfesuchenden ohne Schulabschluss ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,8% gefallen. Bei den Frauen nahm dieser Anteil um 1,1% zu, bei den Männern um 1,2% ab.

Werte im Vergleich zu den Vorjahren:

Jahr	Gesamt ohne Abschluss	Männer ohne Abschluss	Frauen ohne Abschluss
2011	26,9	27,0	26,0
2010	27,7	28,2	24,9
2009	27,5	28,1	23,8
2008	29,1	29,2	27,8

Fehlende Werte Schulabschluss 2011: 219 Fälle = 5,4%

6. Haushaltsstruktur in Prozent

77,8% der Hilfesuchenden sind allein stehend ohne Kind(er). 15,0% leben in Hausgemeinschaft mit Kind(ern).

Männer 81,5% allein stehend ohne Kind	Frauen 53,7% allein stehend ohne Kind
---	---

Der Anteil an Haushalten mit Kind(ern) ist im Vergleich zum Vorjahr bei beiden Geschlechtern wieder leicht angestiegen (Männer 0,3%, Frauen 0,2%).

Werte im Vergleich zu den Vorjahren:

Jahr	Gesamt ohne Kind(er)	Männer ohne Kind(er)	Frauen ohne Kind(er)
2011	77,8	81,5	53,7
2010	78,1	81,8	53,9
2009	78,3	81,6	57,2
2008	75,0	76,8	59,8

Fehlende Werte Haushaltsstruktur 2011: 435 Fälle = 10,7%

7. Einkommen bei Kontaktbeginn in Prozent

Bei Kontaktbeginn erhalten **33,5%** der Klientinnen und Klienten ALG II. Kein Einkommen haben **14,6%**. **6,3%** finanzieren ihren Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit. **1,1%** beziehen Sozialhilfe.

Männer	Frauen
32,0% ALG II	42,3% ALG II
12,7% kein Einkommen	25,7% kein Einkommen
5,9% Erwerbstätigkeit	8,7% Erwerbstätigkeit
1,1% Sozialhilfe	1,0% Sozialhilfe

Der Anteil der Hilfesuchenden, die kein Einkommen haben, ist wie im Vorjahr bei den Frauen deutlich höher als bei den Männern. Bei den Männern ist die Anzahl der Personen ohne Einkommen um 1,7% zurückgegangen, während sie bei den Frauen um 2,4% angestiegen ist. Die Erwerbstätigenquote (Haupteinkommen aus Erwerbstätigkeit) ist bei Frauen ebenfalls höher als im Vorjahr.

Werte im Vergleich zu den Vorjahren:

	Gesamt	Männer	Frauen
	2011	2011	2011
Erwerbstätigkeit	6,3	5,9	8,7
ALG II	33,5	32,0	42,3
kein Einkommen	14,6	12,7	25,7
Sozialhilfe	1,1	1,1	1,0
	Gesamt	Männer	Frauen
	2010	2010	2010
Erwerbstätigkeit	6,2	6,0	7,8
ALG II	34,3	32,6	44,5
kein Einkommen	15,7	14,4	23,3
Sozialhilfe	0,9	1,0	0,5
	Gesamt	Männer	Frauen
	2009	2009	2009
Erwerbstätigkeit	6,1	5,7	8,1
ALG II	35,3	34,4	40,4
kein Einkommen	15,1	12,6	30,1
Sozialhilfe	0,8	0,8	1,4

Fehlende Werte Einkommen 2011: 80 Fälle = 2,0%

8. Berufsausbildung in Prozent

55,0% der Klientinnen und Klienten haben keine abgeschlossene berufliche Ausbildung.

Männer	Frauen
55,4% keine abgeschlossene Ausbildung	52,2% keine abgeschlossene Ausbildung

Der Anteil der Männer ohne abgeschlossene Berufsausbildung ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,0% gesunken. Der Anteil der Frauen ohne abgeschlossene Berufsausbildung ist um ganze 4,9% gestiegen.

Werte im Vergleich zu den Vorjahren:

Jahr	Gesamt ohne Ausbildung	Männer ohne Ausbildung	Frauen ohne Ausbildung
2011	55,0	55,4	52,2
2010	56,5	56,4	57,1
2009	57,2	57,5	55,7
2008	56,6	56,4	57,6

Fehlende Werte Ausbildung 2011: 265 Fälle = 6,5%

Unter 25-Jährige	25 und älter
81,0% keine abgeschlossene Ausbildung	52,3% keine abgeschlossene Ausbildung

Der Anteil der unter 25-Jährigen ohne beruflichen Abschluss ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,4% gestiegen. Bei den über 25-Jährigen sank dieser Anteil um 1,6%.

Werte im Vergleich zu den Vorjahren:

Jahr	unter 25 ohne Ausbildung	über 25 ohne Ausbildung
2011	81,0	52,3
2010	79,6	53,9
2009	81,5	54,0
2008	88,3	52,0

9. Erwerbstätigkeit in Prozent

21,9% aller Klientinnen und Klienten sind erwerbstätig.

Männer 23,7% Erwerbstätigkeit	Frauen 11,0% Erwerbstätigkeit
---	---

Werte der Erwerbstätigkeit im Vergleich zu den Vorjahren:

Jahr	Gesamt	Gesamt	Männer	Frauen
	erwerbstätig ja	erwerbstätig nein	erwerbstätig ja	erwerbstätig ja
2011	21,9	78,1	23,7	11,0
2010	20,2	79,8	22,0	9,5
2009	21,0	79,0	22,9	9,8
2008	21,1	78,9	22,4	10,7

Fehlende Werte Erwerbstätigkeit 2011: 44 Fälle = 1,1%

Insgesamt befinden sich 1,7% mehr Klientinnen und Klienten in einer Erwerbstätigkeit als im Vorjahr.

III. Probleme in Rangfolge

Insgesamt gibt es 8.856 Nennungen zu Problemlagen.

Die sechs am häufigsten genannten Probleme sind:

		Männer		Frauen
1.	anhängiges Strafverfahren / strafrechtliche Sanktionen	1.767	anhängiges Strafverfahren / strafrechtliche Sanktionen	316
2.	Wohnsituation	874	Fremdenfeindlichkeit	222
3.	Schulden	841	Wohnsituation	207
4.	Fremdenfeindlichkeit	805	Umgang mit Behörden	182
5.	Haftsituation	785	Schulden	158
6.	Umgang mit Behörden	711	Haftsituation	115

Bei beiden Geschlechtern sind die sechs am häufigsten genannten Probleme dieselben, nur die Rangfolge ist unterschiedlich. Allerdings ist sowohl für Männer, als auch für Frauen „anhängiges Strafverfahren / strafrechtliche Sanktionen“ das am häufigsten genannte Problem.

Rangfolge der Probleme der Klientinnen und Klienten insgesamt:

	Problem	Gesamt
1.	anhängiges Strafverfahren / strafrechtliche Sanktionen	2.083
2.	Wohnsituation	1.081
3.	Fremdenfeindlichkeit	1.027
4.	Schulden	999
5.	Haftsituation	900
6.	Umgang mit Behörden	893

Der Anteil der Klientinnen und Klienten mit Problemen im Rahmen der Fremdenfeindlichkeit ist zum ersten Mal so auffällig hoch.

IV. Darstellung der Leistungen und Ergebnisse

	Gesamt	Männer	Frauen
Beratungen innerhalb der Beratungsstelle	14.654	13.132	1.511
Vermittlungen an Spezialdienste	374	357	17
Beratungen Angehöriger	239	90	149
Beratungen innerhalb der Strafvollzugsanstalten	3.923	3.522	390
Anzahl der Vermittlungen an Spezialdienste innerhalb der Strafvollzugsanstalten	33	33	0
Inanspruchnahme von Hilfen zur finanziellen Existenzsicherung	364	309	55
Inanspruchnahme von spezialisierten Hilfeangeboten	2.284	1.923	360
Wohnung vermittelt	385	366	19

Wohnungsverlust abgewendet	62	35	27
Arbeitsplatzverlust abgewendet	7	7	0
Vermittlung in Arbeitsverhältnisse (sozialversicherungspflichtig)	61	61	0
Vermittlung in Beschäftigung (z.B. MAE und ABM)	19	18	1
Vermittlung in Aus- und Weiterbildungsmaßnahme	43	39	4
Sonstiges	2.237	1.826	410

Bewertung SenSoz

Die Rückführung der zuwendungsförderten Projekte der Straffälligenhilfe in die Verantwortung der Verwaltung erfolgte im Berichtsjahr unter der Prämisse größtmöglicher Kontinuität.

Projektspezifische Entwicklungen und Projektübergreifende Entwicklungen

Die Entwicklung der Zielgruppe im Berichtszeitraum gegenüber den Vorjahren zeichnet sich durch eine hohe Kontinuität aus.

In den erhobenen Variablen der sozio-demografischen Daten gab es nur geringfügige Veränderungen in den Lebenslagen.

Fazit

Die auf hohem Niveau fortgesetzte Anzahl von Beratungsleistungen verdeutlicht den weiterhin großen Bedarf an niedrigschwelligen sozialen Diensten zur Integration in die Regelversorgung.

Angebotsbereich – 4.3.3 Überschuldete

Allgemeiner Überblick

	2007	2008	2009	2010	2011
Anzahl Projekte	1	1	1	1	1
Zuwendungssumme (in Euro)	71.580,86	71.580,86	71.580,86	71.580,86	70.500,86

Quellen: 2007 bis 2010: Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege,
2011: Landesamt für Gesundheit und Soziales

Das Projekt P 198 „Übergreifende Belange von Schuldner- und Insolvenzberatung“ ist ein Einzelprojekt. Der Förderumfang (Fehlbedarfsfinanzierung) umfasst eine Personalstelle für eine/n juristische/n Mitarbeiter/in bei der Landesarbeitsgemeinschaft Schuldner- und Insolvenzberatung Berlin e.V. (LAG SIB e.V.) sowie dazugehörige Sachmittel und betrug 2011 insgesamt rd. 70.500,86 €.

Die Förderung ist verbunden mit einer Zielvereinbarung, in der konkrete Angaben zu Zielgruppen, Zielsetzung und Art der Leistungen enthalten sind und wie folgt zusammengefasst werden können:

Zielgruppen

- alle Mitgliedsorganisationen der LAG SIB e.V. (anerkannte Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen)
- Senats- und Bezirksverwaltungen, Fachgremien auf Landes- und Bundesebene
- andere Beratungsdienste / Träger, Politik, Verbände, Öffentlichkeit.

Ziele

- hohe Beratungskompetenz in den Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen sowie Qualitätsentwicklung
- enge Zusammenarbeit mit Verwaltungs- und Fachgremien zur Umsetzung von Querschnittsaufgaben (z.B. QM, Statistik), Gesetzesanalysen und -entwicklungen
- Öffentlichkeitsarbeit, Maßnahmen zur Prävention, Vernetzung mit Kooperationspartnern.

Leistungen

- kontinuierliche Infos zu Rechtsprechung und Gesetzgebung („Fachberatung für die Fachberater“), Fortbildungen (Angebot auch für Bezirke), Arbeitsgruppen, Qualitätsmanagement (Umsetzung und Weiterentwicklung Qualitätshandbuch);
- Positionspapiere, Gutachten, Analysen und Beratung in Vorbereitung auf Gesetzesreformen bzw. zu deren Auswirkungen
- (Mit)Ausarbeitung, Koordinierung aller LAG-Aktivitäten (z.B. fachliche Rundbriefe, Ratgeberbroschüren, Veranstaltungen, Webseite, Gremienarbeit).

Die LAG SIB e.V. ist kompetenter Ansprechpartner in Bezug auf die Praxisauswirkungen der Umsetzung der Insolvenzordnung und damit verbundener Rechtsgebiete. Sie versteht sich als Interessenvertreter für die von Ver- und Überschuldung betroffenen Bürger des Landes Berlin.

Im Arbeitsfeld Schuldner- und Insolvenzberatung haben viele Rechtsfragen erheblichen Einfluss auf die tägliche Arbeit. Durch die Tätigkeit eines juristischen Mitarbeiters innerhalb des Vereins werden zentrale Fragestellungen bezüglich der Insolvenzordnung und der damit in Zusammenhang stehenden Rechtsvorschriften gebündelt, fachkompetent bearbeitet und entsprechende Informationen kontinuierlich an die Fachberater/innen der Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen vermittelt. Außerdem werden Aktivitäten und Öffentlichkeitsarbeit der LAG SIB e.V. koordiniert und die aktive Mitarbeit in Bundes- und Landesgremien abgesichert.

Entwicklungen

Besondere Schwerpunkte im Jahr 2011 betrafen folgende Themen:

Umsetzung Reform Kontopfändungsschutz („P-Konto“)

Im ersten Halbjahr gab es erneut Veränderungen durch ein Korrekturgesetz zum sogenannten „Monatsanfangsproblem“ sowie Änderungen durch die Erhöhung der Pfändungsfreigrenzen.

Im zweiten Halbjahr standen Probleme und Vorbereitungen für das mit der Reform verbundene Außerkrafttreten des bisherigen Kontopfändungsschutzes über das SGB zum 31.12.2011 im Vordergrund. Um zu vermeiden, dass insbesondere Empfänger von Sozialleistungen zu Beginn des Jahres 2012 komplett mittellos sein könnten, wurde eine umfangreiche Informations- und Öffentlichkeitskampagne gestartet. Es wurde verstärkt Kontakt mit den anderen Akteuren zu dieser Frage, den Banken, der Justiz, den JobCentern und Bezirksämtern aufgenommen. Dadurch konnte eine breite Aufmerksamkeit für das Problem hergestellt, zahlreiche Betroffene erreicht und in vielen Einzelpunkten Detaillösungen gemeinsam mit den anderen Akteuren entwickelt werden. Der Informationsaustausch kann auch in Zukunft fruchtbar sein, da direkte Ansprechpartner auf Seiten der Banken, der Justiz, der Bezirke und der JobCenter zur Verfügung stehen.

Vorbereitung Projekt Gütesiegel für soziale Schuldnerberatung in Berlin

Erarbeitung der Konzeption und von Regularien für die Durchführung des Qualitätssiegel-Prozesses innerhalb der LAG SIB e.V. . Parallel dazu erfolgte die Vorbereitung und Überwachung eines Antrags an die DKLB-Stiftung zur Finanzierung dieses Projekts.

Der Antrag wurde am Jahresende bewilligt.

Fachtag im Berliner Abgeordnetenhaus

Im Frühjahr wurde eine Veranstaltung im Berliner Abgeordnetenhaus unter der Überschrift „Investieren in Schuldnerberatung – investieren in die Zukunft !“ sowohl inhaltlich als auch organisatorisch vorbereitet und koordiniert. Der Fachtag fand am 8. April statt und stieß auf reges Interesse.

Zusammenfassende Darstellung der Leistungsdaten

Halbjährlich wird ein Bericht vorgelegt, der die Tätigkeit des juristischen Mitarbeiters der LAG SIB e.V. zur Ausfüllung des o.g. Projekts im Zeitraum des ersten sowie des zweiten Halbjahres

beschreibt. Darin werden die Aktivitäten ausführlich dargestellt und die Schwerpunkte erläutert sowie beides mit konkreten Zahlen untersetzt.

Besonderes Augenmerk wird auf Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gerichtet.

Die Arbeit der LAG SIB e.V. hat einen hohen Stellenwert im Zusammenhang mit fachlicher Professionalität rund um das Thema Schuldner- und Insolvenzberatung – auch bundesweit. Durch die anhaltend hohe Nachfrage in den Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen, die mit den vorhandenen Kapazitäten nur zu einem geringen Anteil abgedeckt werden kann, sind die Ressourcen der Fachberater in den SIB-Stellen nahezu ausgeschöpft.

Die Arbeit des juristischen Mitarbeiters innerhalb des Vereins ist deshalb für alle Berater/innen der Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen unverzichtbar für deren fachliche Unterstützung und notwendige Qualifizierung.

Letztendlich ist auch die sehr gute und beiderseitig nutzbringende Zusammenarbeit mit der Fachverwaltung innerhalb des Senats hervorzuheben. Es besteht enger Kontakt sowohl durch regelmäßige Gespräche mit dem Vorstand der LAG SIB e.V. als auch in kontinuierlichen Arbeitsgruppen oder themenbezogen darüber hinaus.

Die Fortführung des Projekts ist aus allen o.g. Gründen unbedingt zu befürworten.

Angebotsbereich 5.1.1 – Migrantensozialdienste

	2007	2008	2009	2010	2011
Anzahl Projekte	4	4	4	4	4
Zuwendungssumme (in Euro)	651.800,--	648.190,45	651.622,75	651.300,--	651.300,--

Quellen: 2007 bis 2010: Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege,

2011: Landesamt für Gesundheit und Soziales

Wesentliche Aufgaben und Ziele im Angebotsbereich

Migrantensozialdienste (MSD) sind Angebote der Migrationssozialarbeit, hervorgegangen aus dem von Bund und Ländern langjährig gemeinsam finanzierten Programm „Sozialberatung für ausländische Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen - Ausländersozialberatung“ (ausgelaufen mit der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes zum 1.1.2005). Dabei handelt es sich um 4 Projekte an insgesamt 9 Standorten. Die Standorte liegen in Kreuzberg, Mitte (Wedding), Schöneberg, Lichtenberg, Neukölln und Tempelhof (Marienfelde).

Migrationssozialarbeit hat die Aufgabe, Migrantinnen und Migranten in Krisen und schwierigen Lebenssituationen zu begleiten und Unterstützungsangebote zu organisieren.

Gemäß der zugrundeliegenden Konzeption handelt es sich bei den MSD um spezialisierte fachliche Dienste der regulären sozialen Versorgung in der Einwanderungsgesellschaft.

Zielgruppen sind bereits länger in Deutschland lebende Menschen mit Migrationshintergrund einschließlich der Flüchtlinge und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler ab dem 27. Lebensjahr mit Beratungs- und Förderbedarf, Jugendliche mit Migrationshintergrund, soweit nicht jugendspezifische Probleme im Vordergrund stehen, Beschäftigte sozialer Dienste und Einrichtungen sowie Beschäftigte in Einrichtungen der Migrationssozialarbeit und von Migrantenorganisationen.

Die MSD haben das Ziel, die individuellen Ressourcen und Kompetenzen von Menschen mit Migrationshintergrund im Umgang mit Integrationsanforderungen zu stärken, ihre Teilhabe an allen gesellschaftlichen Hilfesystemen zu verbessern sowie zur Entwicklung interkultureller Kompetenz in Einrichtungen sozialer und gesundheitlicher Versorgung beizutragen.

Die 5 Module der Konzeption bilden die Aufgaben- und Leistungsbestandteile:

- Bedarfsorientierte Einzelfallberatung und -begleitung von Menschen mit Migrationshintergrund, primär in Clearingfunktion
- Anregung und Unterstützung interkultureller Öffnungsprozesse von Diensten und Einrichtungen sowie der Netzwerkpartner, primär in den vorherrschenden Arbeitsfeldern, beispielsweise durch fallbezogene Co-Beratung
- Niedrigschwellige Elternarbeit
- Förderung von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement sowie

Herkunftsland

Übersicht über die fünf häufigsten Herkunftsländer je Migrantensozialdienst (2011)

P 300	Anzahl Personen	P 301	Anzahl Personen	P 302	Anzahl Personen	P 303	Anzahl Personen
Arbeiterwohlfahrt LV Berlin e.V. Standorte Kreuzberg, Mitte (Wedding), Schöneberg		Diakonisches Werk Berlin- Brandenburg- schlesische Oberlausitz e.V. Standort Neukölln		Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V. Standorte Lichtenberg, Kreuzberg, Tempelhof (Marienfelde)		Polnischer Sozialrat e.V. Standort Kreuzberg	
Türkei	1.194	Libanon	72	Türkei	101	Polen	438
Bosnien- Herzegowina	135	Polen	48	Russische Föderation	81	Russland	12
Kroatien	101	Türkei	34	Kasachstan	24	Roma / Sinti	32
Spanien	75	Afrikanische Staaten	23	Ukraine	23		
Serbien- Montenegro	64	Ehemaliges Jugoslawien	17	Vietnam / Irak	20		
Gesamt	1.569		194		249		482

Damit kamen wie im Jahr 2010 die meisten Klientinnen und Klienten der MSD-Projekte aus der Türkei (1.329), gefolgt von Polen (486) und verschiedenen Herkunftsländern des ehemaligen Jugoslawien (317). Die Projekte wurden je nach Standort und vorgehaltenen Sprachkompetenzen unterschiedlich frequentiert. Aufgrund dieser Streuung konnten heterogene Zielgruppen von Ratsuchenden erreicht werden.

Aufenthaltsdauer

Die meisten Klientinnen und Klienten hielten sich seit mehr als 20 Jahren in Deutschland auf (46 % / 1492). Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Anteil der Rentnerinnen und Rentner mit 17 % (564) relativ hoch war. Es folgte die Gruppe derer, die seit 9 bis 20 Jahren hier lebten.

Migrationshintergrund

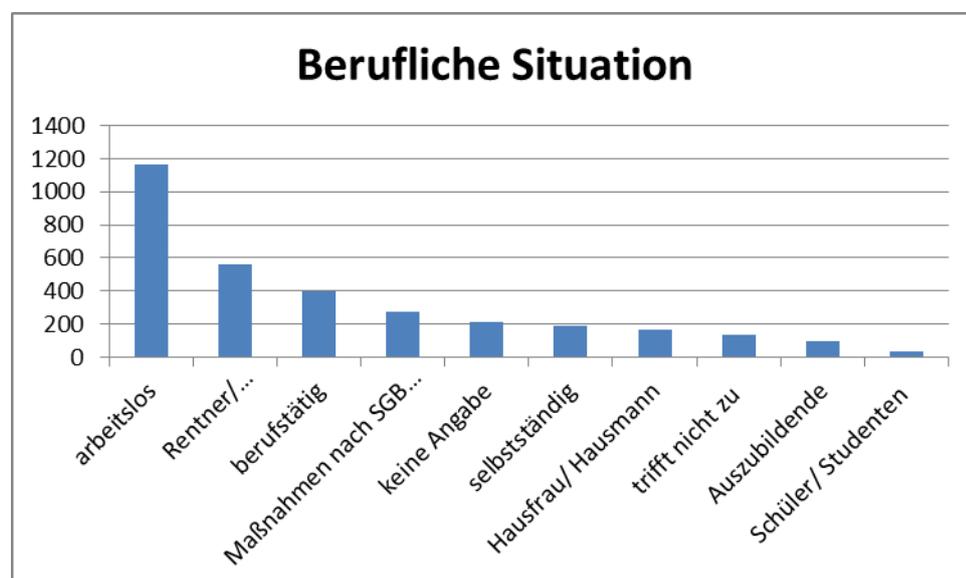
Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an den betreuten Personen betrug 72 % (2314), es folgten die Eingebürgerten mit 12 % (395). 12 % (402) betrug der Anteil der „Sonstigen“ (Personen mit einer Gestattung, Duldung oder Fiktionsbescheinigung). Eine signifikante Verschiebung innerhalb dieser Gruppen gegenüber 2010 ist nicht zu verzeichnen.

Familienstand

52 % (1.692) der Klientinnen und Klienten war verheiratet oder lebte in gleichgestellter Lebenspartnerschaft. Der Anteil der ledigen Personen betrug 13 % (432), die der Geschiedenen 12% (380). Im Vergleich zu 2010 ergaben sich hier keine signifikanten Veränderungen.

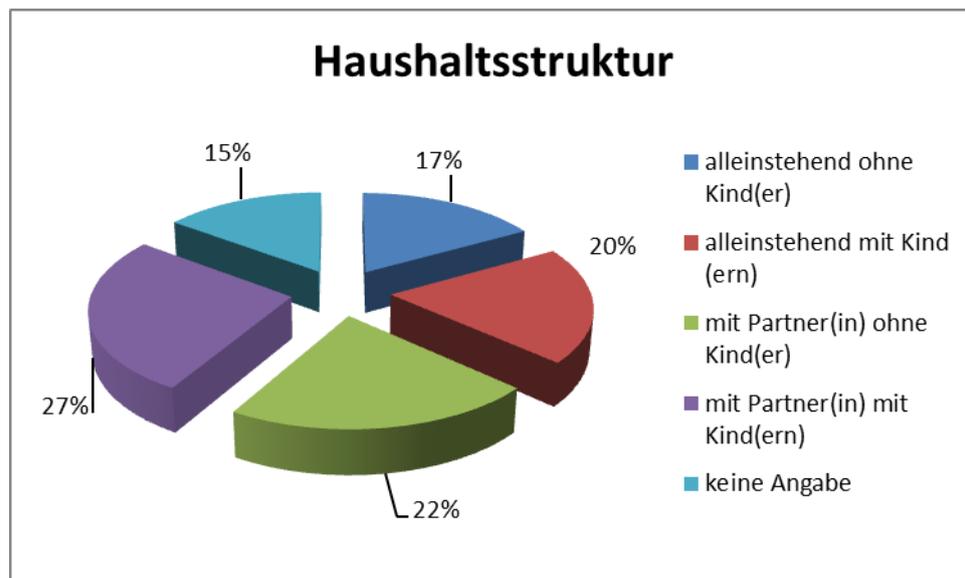
Berufliche Situation

Die größte Gruppe bildeten wie im Vorjahr mit 36 % (1.166) die arbeitslosen Migrantinnen und Migranten. Rentner / Erwerbsunfähige waren 17 % ((564), berufstätig waren 12 % (397).



Haushaltsstruktur

27 % (861) lebte mit Partnerinnen / Partnern mit Kind / Kindern zusammen, im Jahr 2010 betrug dieser Wert noch 30 %. Zugenommen hat der Anteil der alleinlebenden Personen mit Kindern auf 20 % (632) in 2011 gegenüber 13 % in 2010.



Lebensunterhalt bei Kontaktbeginn

In Erwerbstätigkeit / Berufstätigkeit plus ergänzende Leistungen befanden sich 2011 17 % (552). Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII bezogen 44 % (1435). Leistungen nach dem SGB III bzw. dem Asylbewerberleistungsgesetz erhielten jeweils 1% der Betreuten (47 bzw. 32). Rente / Pension erhielten 15 % (479). Unterstützung durch Angehörige oder sonstige öffentliche Leistungen erhielten jeweils 2 % (65, 52).

Leistungsdaten

76 % (2.446) der Klientinnen und Klienten waren Selbstmelder. Das spricht für einen hohen Bekanntheitsgrad und gute Erreichbarkeit der Dienste. 9% wurden von Verbänden und Vereinen an die MSD verwiesen.

Beratungsinhalte

Die Beratungsinhalte im Jahr 2011 waren ähnlich gewichtet wie im Jahr 2010. Themenschwerpunkte bildeten das SGB II und die materiellen Hilfen (jeweils 13 %). Das betraf 1.582 bzw. 1.572 Personen. Zunehmende Nachfrage bestand zu Gesundheitsthemen (11 % / 1.339 Personen) und Wohnungsfragen (9 % / 1.156 Personen). Verbraucherfragen und Rentenfragen machten 8 % bzw. 7 % aus, 6 % der Beratungen betrafen Aufenthaltsfragen. Ehe- und Familienfragen sowie Fragen zu Schule, Ausbildung und Arbeitsmarkt machten jeweils 5 % aus. Häufig werden mehrere Themen gleichzeitig nachgefragt, die Problemlagen werden komplexer.

Leistungen

74 % aller für 2011 angegebenen Klienten bezogenen Beratungen (6.784) erfolgten persönlich, 21 % (1.913) auf telefonischem Wege. 4 % (342) waren Fachberatungen.

Querschnittsthemen im ISP

Die Aktivitäten aller MSD-Projekte als Beitrag zur Unterstützung von Diensten und Einrichtungen sowie Netzwerkpartnern auf dem Gebiet der Interkulturellen Öffnung wurden fortgeführt und ausgebaut. Die MSD engagieren sich auch in den Bereichen der neuen Querschnittsthemen „Inklusion“ und „Antidiskriminierung“, soweit Kapazitäten bestehen. Exemplarisch kann angeführt werden: Das Beratungsangebot der Arbeiterwohlfahrt für Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund am Kreuzberger Standort wurde verstetigt. Ein besonderer Schwerpunkt in

der Netzwerkarbeit wurde in 2011 u.a. auf die Kooperation mit dem Gladt e.V. zum Abbau von Vorurteilen gegenüber Homosexualität unter älteren Migrantinnen und Migranten gelegt.

Querschnittsaufgaben

Alle MSD-Projekte haben ein kontinuierliches Qualitätsmanagementsystem in ihren Leitbildern verankert und waren über regelmäßige Sprechzeiten sowie auch telefonisch erreichbar. Alle Projekte bezogen die Nutzerinnen und Nutzer bei ihrer Leistungsplanung und -erbringung mit ein. Alle Projekte beschäftigten ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und unterstützten die ehrenamtliche Arbeit durch besondere Angebote, wie Aktivitäten zur Anerkennung, Bereitstellung von Sachmitteln, Fortbildung und Qualifizierung sowie Coaching und fachliche Begleitung.

Besonders häufig kontaktierten die MSD-Projekte bezirkliche Stellen, Job-Center und andere Projekte im Einzugsbereich.

Probleme im Berichtszeitraum

Als zentrales Problem wird der teilweise drastische Anstieg der Wohnungsmieten in einigen innerstädtischen Quartieren benannt. Das führt zu einer weiteren Verschlechterung der

Situation betreuter Menschen, die ALG II oder Grundsicherung beziehen, sowie von Seniorinnen und Senioren und Familien mit Kindern. Kostensenkungs- und Umzugsaufforderungen der Job-Center stellen für die Klientinnen und Klienten eine große Schwierigkeit dar, der Problembereich der Überschuldung nimmt zunehmend Raum ein.

Als weitere Problemfelder werden benannt:

- Es besteht andauernder Bedarf an fallbezogener und an Team-Supervision.
- In der Clearingfunktion der MSD bestehen häufig Schwierigkeiten, an bezirkliche Fachdienste zu verweisen, wenn ein entsprechendes – insbesondere interkulturell geöffnetes Angebot – nicht vorhanden ist.
- Teilweise ergeben sich Kapazitätsprobleme bei der Weitervermittlung von Klientinnen und Klienten aufgrund steigenden Bedarfs an niedrighwelligen Angeboten.
- Der Bedarf nach muttersprachlicher Beratung und Betreuung für Klientinnen und Klienten aus dem ehemaligen Jugoslawien kann mit den am Standort vorhandenen personellen Ressourcen nicht gedeckt werden.
- Beim Aufbau einer Kooperation mit einzelnen Job-Centern bestehen unverändert Schwierigkeiten.
- Es sind keine ausreichenden Personalressourcen für den Clearing- und Verwaltungsbereich vorhanden.
- Die finanzielle Ausstattung des MSD erfordert den Einsatz hoher Eigenmittelanteile.

Entwicklungen im Berichtszeitraum / Planungen

Die MSD-Projekte waren und sind bestrebt, im Rahmen vorhandener Ressourcen und durch Ausbau von Kooperationen und Netzwerkarbeit den festgestellten Problemlagen und Entwicklungen zu begegnen - soweit das im Rahmen der Projektarbeit realisierbar ist. Dazu wurden insgesamt folgende wesentliche Vorhaben und Aktivitäten benannt, die sich auf den Berichtszeitraum beziehen, teilweise aber auch längerfristig angelegt sind:

- Prüfung der Möglichkeit einer ehrenamtlichen Rechtsberatung sowie der stärkeren Einbeziehung von Ehrenamtlichen in Kooperation mit anderen Migrationsdiensten in Tempelhof-Schöneberg
- Weiterführung und Vertiefung der Zusammenarbeit mit bezirklichen Vertretern und Gremien sowie der Geschäftsführung des Job-Centers im Bezirk Mitte
- Vertiefung und Ausbau der Zusammenarbeit mit Einrichtungen aus dem Bereich „Migration und Behinderung“ sowie dem Behindertenbeauftragten des Bezirks Mitte
- Planung einer Vortragsreihe für Teilnehmende einer Seniorengruppe in Zusammenarbeit mit der VHS Mitte
- Fortbildungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtungen der niedrigschwelligen Wohnungslosenhilfe im Hinblick auf deren steigende Inanspruchnahme durch EU-Bürgerinnen und -bürger
- Fortbildungen für Stadtteilmütter zu den Themen „Zuwanderungsgesetz, Staatsangehörigkeitsrecht und Rechte des Kindes“
- Initiativen gegen Diskriminierung und Antiziganismus
- Verstärkte Kooperation und interkulturelle Öffnung von trägereigenen Einrichtungen, wie der Behindertenhilfe, der Wohnungslosenhilfe und der Jugendhilfe sowie von Pflegeeinrichtungen durch neue Organisationsformen
- Beteiligung am Aufbau des Präventionsnetzwerkes „Frühe Hilfen“ des Jugendamtes Neukölln
- Ausbau von bedarfsgerechten Gruppenangeboten (z.B. Nachhilfe u.a.)
- Intensivierung der Betreuung und Unterstützung der Hilfesuchenden durch Anbindung eines MAE-Projektes im Berichtszeitraum

Bewertung und Schlussfolgerungen

Die Leistungsangebote der MSD zeichnen sich durch einen mehrdimensionalen und ganzheitlichen Arbeitsansatz aus. Die Personalstellen sind in der Regel in Zentren eingebunden und werden häufig anteilig aus verschiedenen Programmen finanziert. Die MSD arbeiten eng mit bundesgeförderten Migrationsberatungsstellen für erwachsene Zuwanderer (MBE) und Jugendmigrationsdiensten (JMD), aber auch im Verbund mit Allgemeinen Sozialen Diensten zusammen. Sie zeichnen sich durch hohe fachliche Kompetenz und Mehrsprachigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus. Durch bereichsübergreifende stadträumliche Vernetzung können Synergieeffekte erzielt und besteht stabilisierende Funktion in sozial belasteten Quartieren. Die MSD arbeiten nach einer modernen, im Jahr 2009 endabgestimmten, modularen Konzeption, die für flexibles Handeln an den Standorten Raum lässt.

Die Beiträge der MSD zur Interkulturellen Öffnung sind vielfältig und werden jährlich standortbezogen erfasst. Der Bedarf von Ämtern und Einrichtungen nach fallbezogener Co-Beratung und fachlichem Austausch ist groß. Die Aktivitäten der MSD zur Unterstützung interkultureller Öffnungsprozesse beziehen sich auf Dienste und Einrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft sowie Netzwerkpartner - primär in den Arbeitsfeldern der in der Einzelfallberatung vorherrschenden Themen und unter Berücksichtigung der vorhandenen personellen Ressourcen.

Die Einführung eines Standardisierten Berichtswesens für die MSD-Projekte gestaltete sich aufgrund von unterschiedlichen trägereigenen statistischen Erfassungssystemen und EDV-Problemen schwierig. Der Anpassungsbedarf war erheblich. Noch in den Jahren 2009 und 2010 erfolgte eine teilweise fehlerhafte Erfassung von Klienten- und Leistungsdaten. Insofern eignen sich

die Daten aus dem Jahr 2010 nur bedingt für einen Vergleich mit den Daten aus dem Berichtszeitraum.

Die Förderung von Migrantensozialdiensten im ISP als gesamtstädtische Angebote der Migrationssozialarbeit wird weiterhin als unverzichtbar angesehen. Es besteht nach wie vor großer Bedarf an spezialisierten fachlichen Diensten dieses Angebotstyps für die Zielgruppe.

Anhang: Förderung ISP 2011 - Projektübersicht

Zielgruppe	Nr.	inhaltliche Angebotsbezeichnung	Projektbezeichnung (Träger + Kurzbezeichnung des Projekts)	PNR	Förderung, 2011
1.1	1	Mobilitätshilfedienst	HVD Berlin	018	104.276,87
1.1	1	Mobilitätshilfedienst	Fördererverein Heerstr. Nord e.V.	022	120.000,00
1.1	1	Mobilitätshilfedienst	Sozialverband VdK e. V.	023	117.699,37
1.1	1	Mobilitätshilfedienst	Sozialverband VdK e. V.	029	103.673,63
1.1	1	Mobilitätshilfedienst	Sozialverband VdK e. V.	031	90.222,25
1.1	1	Mobilitätshilfedienst	Sozialverband VdK e.V.	033	143.126,24
1.1	1	Mobilitätshilfedienst	Unionhilfswerk	028	79.730,00
1.1	1	Mobilitätshilfedienst	Unionhilfswerk	034	81.210,00
1.1	1	Mobilitätshilfedienst	Volkssolidarität LV Berlin e.V.	030	115.000,00
1.1	1	Mobilitätshilfedienst	Volkssolidarität LV Berlin e. V.	035	100.000,00
1.1	1	Mobilitätshilfedienst	domino e.V.	036	90.064,78
1.1	1	Mobilitätshilfedienst	Beschäftigungswerk - Arbeit für Berlin GmbH	037	54.644,61
1.1	1	Mobilitätshilfedienst - Koordinationsstelle/ Dokumentation	BBI GmbH	041	25.167,50
1.1	1	Mobilitätshilfedienst	DRK Berlin Süd-West	110	131.232,00
1.1	1	Mobilitätshilfedienst	Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.	210	91.032,00
1.1	1	Mobilitätshilfedienst	Diakonieverein Steglitz e.V.	214	143.028,81
1.1	1	Mobilitätshilfedienst	Diakonieverein Steglitz e.V.	217	52.000,00
1.1	1	Mobilitätshilfedienst - Datenbank	BBI GmbH	278	5.531,20
1.1	2	Pflege	Diakonie Stadtmitte e.V. / Pflege in Not	204	91.825,75
1.1	2	Pflege	Humanist. Verband Dt. LV Berlin Menschenkind	038	77.500,00
1.1	2	Pflege	Diakonie Stadtmitte e.V. / Fachstelle für pflegende Angeh.	277	50.000,00
1.1	3	Pflegestützpunkte	Unionhilfswerk gGmbH / KST / Pfl. Wilmersdorf	039	138.049,20
1.1	3	Pflegestützpunkte	Albatros gGmbH / KST / Pfl. Pankow	040	138.049,20
1.1	3	Pflegestützpunkte	Diakonie Steglitz-Zehlendf. e.V. KST / Pfl. Steglitz-Zehlendf.	234	138.549,56
1.1	3	Pflegestützpunkte	Altenhilfe gGmbH (Ev. Johannesst.) KST / Pfl. Spandau	235	138.049,20
1.1	3	Pflegestützpunkte	Diakonie Stadtmitte e.V. /KST / Pfl. Friedr'hain-Kreuzb.	236	147.774,61
1.1	3	Pflegestützpunkte	Evangel. Geriatriezentrum gGmbH KST / Pfl. Mitte	238	122.164,86
1.1	3	Pflegestützpunkte	Volkssolidarität LV Berlin e.V. / KST / Pfl. Lichtenberg	250	138.048,00
1.1	3	Pflegestützpunkte	Albatros gGmbH / KST / Pfl. Marzahn-Hellersd.	251	138.049,20
1.1	3	Pflegestützpunkte	Humanistischer Verband Dt. LV Berlin KST / Pfl. Neukölln / Berliner Seniorentelefon	256/543	146.325,00
1.1	3	Pflegestützpunkte	Albatros gGmbH / KST / Pfl. Reinickendorf	257	138.049,20

1.1	3	Pflegestützpunkte	Sozialverband VdK e.V. / KST/ Pfl. Tempelh.-Schönebg.	259	138.048,80
1.1	3	Pflegestützpunkte	Albatros gmbH / KST / Pfl. Treprow-Köpenick	275	128.688,67
1.1	4	Beratung	Jüdische Gemeinde zu Berlin / Beratungsstelle	709	35.892,69
1.1	5	IKÖ Altenhilfe	AWO KV Friedr.'hain-Kreuzberg Kompetenzzentr. IKÖ Altenhilfe	261	90.000,00
1.1	5	IKÖ Altenhilfe	Caritas e.V. / Kompetenzzentrum Interkult. Öffnung der Altenhilfe	263	90.000,00
1.2	1	Hospiz	Unionhilfswerk gGmbH / Zentrale Anlaufstelle Hospiz	271	41.500,00
1.2	1	Hospiz	Hospiz- und Palliativverband Berlin e.V. / Geschäftsstelle	555	18.917,00
2.1	1	Selbsthilfeprojekt für Senioren	Berliner Frauenbund 1945 e.V.	520 521	54.615,03
2.1	4	Selbsthilfeprojekt für Menschen mit Behinderung	Eltern für Integration e.V. Berlin	542	12.885,00
2.1	5	Selbsthilfeprojekt für Sonstige	BALZ Berliner Arbeitslosenzentrum e.V.	227	22.934,64
2.1	5	Selbsthilfeprojekt für Sonstige	Berliner Frauenbund 1945 e.V.	533	30.396,11
2.2	1	Ehrenamtlicher Besuchsdienst	Sozialwerk Berlin e.V.	072	20.700,00
2.2	1	Ehrenamtlicher Besuchsdienst	Weg der Mitte gemeinnütziger e.V. für ganzheitliche Gesundheit	074	4.800,00
2.2	1	Ehrenamtlicher Besuchsdienst	Perspektive Zehlendorf Laien Helferkreis der Waldhaus- Klinik e.V.	075	3.190,20
2.2	1	Ehrenamtlicher Besuchsdienst	Miteinander Wohnen e.V.	079	7.200,00
2.2	1	Ehrenamtlicher Besuchsdienst	Steglitzer ambulante soziale Dienste e.V.	173	9.034,78
2.2	1	Ehrenamtlicher Besuchsdienst	Ökumenisches Frauenzentrum Evas Arche e.V.	230	4.682,70
2.2	1	Ehrenamtlicher Besuchsdienst	Lazarus-Anstaltskirchengemeinde	231	1.266,07
2.2	1	Ehrenamtlicher Besuchsdienst	Caritas Konferenzen Deutschlands DV Berlin e.V.	522 527	4.601,00
2.2	1	Ehrenamtlicher Besuchsdienst	Ev. Dreifaltigkeitskirchengemeinde Berlin-Lankwitz	526	2.823,48
2.2	1	Ehrenamtlicher Besuchsdienst	Evangelischer Kirchenkreisverband Berlin Nord- West	531	3.780,00
2.2	2	Koordinierung ehrenamtl. Besuchsd.	Deutsche Rheuma-Liga LV Berlin e.V.	073	7.567,12
2.2	2	Koordinierung ehrenamtl. Besuchsd.	Les petits frères des Pauvres Freunde alter Menschen e.V.	081	17.970,00
2.2	2	Koordinierung ehrenamtl. Besuchsd.	Sozialverband VdK Berlin- Brandenburg e.V.	082	21.264,95
2.2	2	Koordinierung ehrenamtl. Besuchsd.	Sozialverband VdK Berlin- Brandenburg e.V.	083	12.528,96
2.2	2	Koordinierung ehrenamtl. Besuchsd.	Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V.	084	21.204,19
2.2	2	Koordinierung ehrenamtl. Besuchsd.	DRK Kreisverband Berlin City e.V.	119 120	18.889,31
2.2	2	Koordinierung ehrenamtl. Besuchsd.	Leben mit Tieren e.V.	523	6.391,15
2.2	2	Koordinierung ehrenamtl. Besuchsd.	Sozialverband Deutschland e.V.	532	21.949,30
2.2	2	Koordinierung ehrenamtl. Besuchsd.	Jüdische Gemeinde zu Berlin	708	13.621,29
2.2	4	Besuchsdienst für Hilfsbedürftige	Humanistischer Verband Deutschlands LV Berlin e.V.	077	7.413,00
2.2	5	allgem. ehrenamtliche Tätigkeiten	Unionhilfswerk LV Berlin e.V.	085	25.565,00

2.2	5	allgem. ehrenamtliche Tätigkeiten	Arbeiterwohlfahrt Nordost e.V.	174	3.110,00
3.1	2	Beratung (Datenbank)	Albatros gGmbH / Mobidat-Datenbank	260	35.790,00
3.1	5	Lotse Berlin	Lebenshilfe gGmbH / Lotse Berlin (Mitte-Nord)	266	46.172,00
3.1	5	Lotse Berlin	aktion weitblick gGmbH / Lotse Berlin (Süd-West)	267	46.172,46
3.1	5	Lotse Berlin	Lebenshilfe gGmbH / Lotse Berlin (Süd-Ost / Ost)	268	45.742,00
3.1	5	Lotse Berlin	Fürst-Donnersmarck-Stiftung / Lotse Berlin (West)	269	46.167,50
3.1	5	Lotse Berlin	aktion weitblick gGmbH / Lotse Berlin (Technik)	270	4.796,33
3.1	6	Treffpunkt	Zukunftssicherung Berlin e.V. / Treffpunkt Zukunftssicherung	226	44.482,38
3.2	1	Beratungsangebot für Menschen mit Behinderung	Beschäftigungswerk GmbH KIB Bizetstraße	089	66.833,44
3.2	1	Beratungsangebot für Menschen mit Behinderung	Lebenshilfe gGmbH / Elternberatung	091	30.933,16
3.2	1	Beratungsangebot für Menschen mit Behinderung	Sozialverband VdK e.V. / Beratung für Behinderte	092	37.324,31
3.2	1	Beratungsangebot für Menschen mit Behinderung	Ges. z. Förd. d. Gehörlosen Beratung und Betreuung	095	139.581,00
3.2	1	Beratungsangebot für Menschen mit Behinderung	Sozialwerk d. Hörgeschädigten Beratung von Schwerhörigen	098	87.686,56
3.2	1	Beratungsangebot für Menschen mit Behinderung	AWO LV Berlin e.V. / Behindertenarbeit	177	50.629,19
3.2	1	Beratungsangebot für Menschen mit Behinderung	Alzheimer-Angehörigen-Initiative Beratung, SHG's	252	16.100,00
3.2	1	Beratungsangebot für Menschen mit Behinderung	Förderverein der Gehörlosen / Beratung und Dolmetscher	274	23.175,00
3.2	1	Beratungsangebot für Menschen mit Behinderung	Netzwerk behinderter Frauen / Feste Anlaufstelle	551	16.770,00
3.2	2	Kontakt- und Beratungsstellen	ASL e.V./ Beratung von behind. Menschen	258	20.449,08
3.3	1	Freizeitangebot für Menschen mit Behinderung	Integral e.V. / Freizeitangebot	057	75.415,00
3.3	1	Freizeitangebot für Menschen mit Behinderung	Beschäftigungswerk GmbH Begegnungszentrum	065	26.075,89
3.3	1	Freizeitangebot für Menschen mit Behinderung	Beschäftigungswerk GmbH KIZ Marzahn / SHG-Zentrum	066	19.429,09
3.3	1	Freizeitangebot für Menschen mit Behinderung	berliner STARThilfe e.V. / Freizeitmaßnahmen	101	27.915,00
3.3	1	Freizeitangebot für Menschen mit Behinderung	Sonnenuhr e.V. / Künstler. Arbeitsgruppen	102	19.845,10
3.3	1	Freizeitangebot für Menschen mit Behinderung	Spastikerhilfe Berlin e.V. / Freizeitarbeit	103	68.001,00
3.3	1	Freizeitangebot für Menschen mit Behinderung	Verein. für Jugendhilfe e.V. Freizeitclub	104	15.690,00
3.3	1	Freizeitangebot für Menschen mit Behinderung	Stiftung Rehab.zentrum Integrativ. Freizeitprojekt	105	35.657,07

3.3	1	Freizeitangebot für Menschen mit Behinderung	aktion weitblick gGmbH / Freizeitclub Treitschkestr.	121	35.072,83
3.3	1	Freizeitangebot für Menschen mit Behinderung	AWO KV Südost e.V. / Treffpunkt Thomasstr. 69	178	102.525,78
3.3	1	Freizeitangebot für Menschen mit Behinderung	Zukunftssicherung. Berlin e.V. Freizeitmaßnahmen	237	11.888,20
3.3	1	Freizeitangebot für Menschen mit Behinderung	Verein für Rehab. Behind. Freizeitcafé	276	11.000,00
3.3	1	Freizeitangebot für Menschen mit Behinderung	Cocas e.V. / Treffpunkt	510	10.792,81
3.3	1	Freizeitangebot für Menschen mit Behinderung	Stotterer-Selbsthilfe Ost Gruppentreffen	511	1.772,48
4.1	1	Beratungsstelle	GEbewo pro GmbH	006	262.275,32
4.1	1	Koordination / Beratungsstelle	Beratung + Leben GmbH	194	168.804,00
4.1	1	Koordination / Beratungsstelle	Berliner Stadtmission Soziale Dienste gGmbH	195	519.811,88
4.1	2	Straßensozialarbeit	Gangway e. V.	013	416.900,00
4.1	3	Medizinische Versorgung / Bhf. Zoo	Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.	125	89.892,79
4.1	3	Medizinische Versorgung / Arztmobil	Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.	272	102.072,60
4.1	3	Medizinische Versorgung Lichtenberg -Ostbahnhof	MUT Gesellschaft für Gesundheit mbH	254	136.512,00
4.1	4	Bahnhofsdienst	Berliner Stadtmission Soziale Dienste gGmbH BhfD Zoo	191	249.684,82
4.1	4	Bahnhofsdienst	MUT Gesellschaft für Gesundheit mbH BhfD Lichtenberg Ostbahnhof	109	32.100,00
4.1	4	Bahnhofsdienst	IN VIA Kath. Mädchen sozialarbeit für das Erzbistum Berlin e.V.	124	142.900,00
4.1	5	Notübernachtungsprojekt	Berliner Stadtmission Soziale Dienste gGmbH	189	734.500,60
4.1	5	Notübernachtungsprojekt	GEbewo Soziale Dienste gGmbH	190	117.933,37
4.1	7	Kältehilfe/Datenbank	GEbewo Soziale Dienste gGmbH	239	9.015,00
4.2	1	Beratungsstelle f. Straffällige und Haftentlassene	Berliner Stadtmission soziale Dienste gGmbH Drinnen und draußen	184	175.000,00
4.2	1	Beratungsstelle f. Straffällige und Haftentlassene	Freie Hilfe Berlin e. V. Beratungsstelle	011	295.000,00
4.2	1	Beratungsstelle f. Straffällige und Haftentlassene	Universal - Stiftung H. Ziegner Beratungsstelle JVA Moabit	012	60.500,00
4.2	1	Beratungsstelle f. Straffällige und Haftentlassene	Straffälligen u. Bewährungshilfe e.V. Zentrale Beratungsstelle	192	148.000,00
4.3	1	Überschuldete	LAG SIB Berlin e. V. Übergreifende Belange der Schuldnerberatung	198	70.500,86
5.1	1	Migrantensozialdienste	Arbeiterwohlfahrt LV Berlin e. V.	300	501.500,00
5.1	1	Migrantensozialdienste	Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e. V.	301	43.560,00
5.1	1	Migrantensozialdienste	Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V.	302	86.240,00
5.1	1	Migrantensozialdienste	Polnischer Sozialrat e. V.	303	20.000,00

Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales
- II B 30 -
Herr Greif
Oranienstr. 106
10969 Berlin
Tel (030) 9028-2903